DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

312 27. JAHRGANG September 2010 4,50 €

AUS DEM INHALT:

GENTRIFIZIERUNG

Im dritten und vorläufig letzten Teil unseres Überblicks über die Konfliktfelder in Hamburg zeigen wir auf, wie vielfältig der Widerstand gegen die Gentrifizierung ist. Es wurde ein »Recht auf Stadt«-Netzwerk gegründet. Das Spektrum der vertretenen Initiativen reicht dabei von KünstlerInnen über verschiedene Bürgerinitiativen, darunter auch KleingärtnerInnen, bis hin zu Gruppen und Projekten aus der linken und autonomen Szene. Seite 3 und 4

JUBILÄUM

»Buchladen zu verschenken« stand im Herbst 1989 in einer Kleinanzeige in der taz mit einer Telefonnummer in Flensburg. Diese war vom seit 10 Jahren existierenden Flensburger Szene-Buchladen »Tigerberg«. Das war der Start der Carl-von-Ossietzky Buchhandlung in Flensburg. Seite 6

EVG

Frischer als aus Bioläden, solidarischer als im Naturkosthandel – der »Löwengarten« im Spreewald bietet als Verbraucher-ErzeugerInnen-Gemeinschaft Lebensmittel bester Qualität ohne Raubbau an Natur und Gesellschaft. Vereinsvorstand Simon Junge will helfen, die Lücke zwischen Gesinnung und Tun, die sich manche von uns eingestehen müssen, zu verringern. Seite 11

CHIAPAS

Am Neujahrstag 1994 erhoben sich ein paar tausend schlechtbewaffnete Indios und Mestizen im südöstlichsten Bundesstaat Mexikos, erklärten dem Staat einen nationalen Krieg und begannen Ländereien zu besetzen. Der Aufstand scheiterte und die anfängliche Guerilla transformierte sich in der Folgezeit in eine einzigartige soziale Bewegung. In bis dahin nicht gekannter Weise verbinden die Zapatisten bis heute lokale Protestanliegen gegen Gewalt an Minderheiten – insbesondere indigenen Frauen – mit nationalen Forderungen an die Zivilgesellschaft für eine Demokratisierung Mexikos in einem globalen Problembewusstsein der zunehmenden Neoliberalisierung. Seite 12

ENERGIE IN BÜRGERHAND

Über 10 Millionen EUR wurden bisher auf den Treuhandkonten der »Energie in Bürgerhand eG« eingezahlt. Erstes Projekt sollte der Einstieg in die »Thüga AG« sein, frühere Tochter der E.ON und seit Anfang dieses Jahres in der Hand zweier Stadtwerkeverbünde. Monatelang führten die Verantwortlichen von »Energie in Bürgerhand« Gespräche, um über eine Beteiligung den Einstieg in die »Thüga AG« zu erreichen. Ende Juli kam die Absage: Genussrechte wurden als Möglichkeit in Aussicht gestellt, aber kein Einstieg als gleichberechtigter Gesellschafter. Seite 13

www.contraste.org

AUTONOMES ZENTRUM KÖLN KALK

»Der Traum ist Haus«

Seit vielen Jahren wünscht sich die Kölner Autonome Szene ein richtig großes Haus, wo mensch sich versammeln kann, wo Partys, Konzerte, Lesungen, Filmvorführungen und vieles mehr veranstaltet werden kann. Im Frühling wurde das Traumhaus gefunden: die verlassene Werkskantine des Nutzfahrzeug- und Motorenherstellers Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) im rechtsrheinischen Stadtteil Kalk, einem Viertel, das aufgrund seiner überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote und hoher Kriminalitätsrate als sozialer Brennpunkt gilt. Seit zehn Jahren stand das Kantinengebäude »op dr Schäl Sick« (hochdeutsch etwa: »auf der schlechten Seite«) leer. Im April 2010 wurde es von jungen Menschen rund um die Kölner »Kampagne Pyranha« besetzt und sogleich mit Leben gefüllt.

Von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Eine Volxküche, ein Umsonstladen, ein Partyraum, eine Galerie und Ateliers, eine Bibliothek, ein Garten, ein Sport- und Jugendraum, ein Nachbarschaftscafé und eine Beratungsstelle für Hartz-IV-EmpfängerInnen wurden eingerichtet. Wer will, kann hier kommerzfrei workshops und Kurse aller Art anbieten.

Im AZ in der Wiersbergstraße treffen sich nun verschiedene politische Gruppen und es begegnen sich unterschiedliche Milieus, ein sympathischer bunter Haufen, der sich breiter Unterstützung aus diversen Ecken erfreut – von Bezirksvertretern der Linken, der Grünen und der SPD bis zum Museumsdirektor. Dennoch droht die Räumung. Die Stadtsparkasse KölnBonn, der das Haus gehört, will keine Zwischennutzung zulassen, sondern pocht auf baldige Räumung und Abriss. Somit ist fraglich, ob die »pinkvermummten kreuz-und-queer-liebenden bäumeumarmenden aussteigenden Wesen« bei Erscheinen dieser CONTRASTE-Ausgabe sich noch im AZ Köln Kalk tummeln. Vielleicht hat die Stadt ja dann schon wie vor vier Jahren beim »Barmer Viertel« (siehe CONTRASTE-Ausgabe Sommer 2006) eine abgezäunte Brache an seiner Stelle angelegt. Versprochen haben die BesetzerInnen jedoch, sich nicht aufreiben zu lassen, sondern überall in Köln weiter ihr munteres solidarisches Wesen zu treiben.

Im August sah das so aus: Die Sparkasse ließ den Strom abschalten, da er angeblich nicht bezahlt wurde, die BesetzerInnen sich somit des Diebstahls schuldig machten. Die »Kampagne Pyranha« versichert aber, das Geld für Nebenkosten überwiesen zu haben. Zugleich wurde seitens der Sparkasse angekündigt, die Wasserversorgung des Autonomen Zentrums abzustellen, woraufhin die Kampagne folgendermaßen reagierte: »Schenkt uns Wasser! Bringt diese Wasserspenden in Eimern, Flaschen, Kanistern, Planschbecken, etc. in die Filialen der Sparkasse KölnBonn. Stellt sie einfach hin, gebt sie am Schalter ab oder verlangt nach den FilialleiterInnen oder....«

Der Nervenkrieg geht vorerst weiter. Trotz aller UnterstützerInnen aus der Nachbarschaft und aus Parteien mit höchst ungewissem Ausgang. GegnerInnen eines autonomen Freiraums wie des Kölner AZ könnte man folgende Gedanken des Bloggers Bert vom 6. August 2010 auf der Seite für ein Autonomes Zentrum in Dortmund ans Herz legen:

»über geschmack lässt sich ja bekanntlich streiten. eine lebendige stadt ist nunmal der ort, wo viele verschiedene menschen und lebensentwürfe zusammenkommen. und ja, es kommt zu berührungspunkten, austausch, auseinandersetzungen, die durchaus spannungen produzieren (aber dadurch eben auch als spannend empfunden werden).

es ist stets »das andere«, wodurch sich die »wir« identität herausprägt. und nur mal so nebenbei: wenn du »das andere« ins off verbannst, weisst du ja gar nicht mehr wer du bist? die ewige drehung um die eigene achse hat bisher noch jedeN schwindelig gemacht.

anstatt die warum-frage zu stellen, ist es womöglich höchste zeit das »warum nicht« zu fokussieren. was passiert, wenn nichts passiert?«●

(www.ruhrbarone.de/autonomes-zentrum-statt-museumsruine/)

Plakat der Kölner Kampagne »Pyranha« Foto: AZ

SCHWERPUNKTTHEMA

Kommunique #3:
»Der Kampf hat gerade erst begonnen« Seite 7

Hoffnungen und Probleme im Freiraum »AZ«:
Punk neben Dreadlock-Hippie, Mama und Alt-Hausbsetzer Seite 7

Interview:
»Wir sind gewaltfrei, friedlich, lustig« Seite 8

Freiräume:
Auf jede Hierarchie wird verzichtet Seite 9

Kleine Medien-Auslese:
»Nach dem Haus ist vor dem Haus« Seite 10

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

DIE UNSOLIDARISCHE ÖKONOMIE:

Überleben in Slums und Ghettos

Flash forward: Stell Dir vor, Du wachst auf und die Normalität ist weg! – Deine Stelle oder Arbeitslosengeld II ist weg und mit ihm das gesamte System der sozialen Sicherung. Und weg sind auch alle rechtsstaatlichen Institutionen. Und Aldi ist weg und Alnatura auch.

Von Wolfgang Ratzel, Berlin ● Du gehst in Dein Bad, drehst den Wasserhahn auf und kein Tropfen tröpfelt: Kein Zähneputzen, keine Katzenwäsche, keine Dusche. Die Heizkörper bleiben kalt, keine Fernwärme mehr. Du gehst aufs Klo, betätigst den Spülhebel: die letzte Wasserfüllung rauscht hinab, dann herrscht Stille; kein Rauschen der Wasserkastenbefüllung mehr, und auch kein Sirren des Kühlschranks – denn mit dem Wasser versiegt auch der Strom: aus dem Kühlfach tropft eine stinkige Soße.

Du stürzt aus der Wohnung: Die Mülltonnen quellen über, aus der Kita um die Ecke tönt kein Kindergeschrei mehr. Du durchstreifst Deinen Kiez und spürst, wie Dich seltsam-aggressive Blicke streifen. Die Grundschule ist geschlossen, das Gymnasium auch: verlegt nach Stadtmitte. Das Ärztehaus? Weggezogen. Keine Tram dröhnt mehr heran, kein Bus hält mehr, die S-Bahn-Station liegt verlassen – abgebaut.

Du holst dein verstaubtes Fahrrad aus dem Keller und radelst zu deiner Bank: Sie zieht erst nächste Woche weg. Die Bankfiliale daneben ist schon verrammelt, die Scheiben eingeworfen. Du checkst Dein Konto: Keine Zugänge.

Du radelst zu deinem JobCenter. Am Eingang hängen drei Zettel: »Das JobCenter ist per Verordnung der Bundesregierung ab sofort geschlossen. Wenden Sie sich bitte ab sofort an die 'Aktion Laib und Seele'!« Daneben deren Aushang: »Sie wohnen in den PLZ-Bereichen 10247+10249, 10405, 10407, 10409 und sind in Not? Wir helfen! Kommen Sie zur Ev. Advents-Zachäus-Kirchengemeinde. Dort erhalten Sie gegen eine Eigenbeteiligung von 1 Euro eine große Tüte frische Nahrungsmittel: Mittwochs 11:00 Uhr -12:00 Uhr; die Wartenummern werden ab 09:00 Uhr ausgeteilt.« Und dann noch ein dritter Zettel: »Im Notfall können Sie sich auch an die Suppenküche im Franziskanerkloster, Wollankstr. 19, 13187 Berlin wenden! Geöffnet: ganzjährig Di, Mi, Do, Fr, Sa, So: 8:30-14:30 Uhr – Letzter Einlass: 14:30 Uhr. Mittagsausgabe immer 12:45-14:30 Uhr. Zwischen Weihnachten + Neujahr kalte Küche.«

Du radelst zum Einsatzort deines »Ein-Euro-Jobs«: »Alle Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung sind beendet. Die Tagesjobvermittlung der JobCenter ist geschlossen. Wenden Sie sich bitte ab sofort an die privaten Arbeitsvermittlungsagenturen.«

Du radelst zurück in die Wohnung. Im Briefkasten liegen zwei Briefumschläge: Du reißt den von der Krankenkasse auf: »Da das JobCenter die Zahlungen eingestellt hat, müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass Ihr Kranken- und Pflegeversicherungsschutz ab sofort erlöschen ist; bitte wenden Sie sich an die bezirkliche Krankennotversorgung.« Der zweite Umschlag stammt vom Vermieter: »Wegen ersatzloser Streichung Ihrer Grundsicherung kündigen wir Ihren Mietvertrag: Bitte wenden Sie sich an die Unterkunftsvermittlungsstelle Ihres Bezirksamts.« Du rennst die Treppe hinauf, atmest kräftig durch, schaltest deinen Laptop an: »No response from server.« Der Router blinkt rot: Deine Digital Subscriber Line (DSL) ist tot; kein Telefon .....

Du erwachst – es war nur ein böser Traum.

Fortsetzung auf Seite 5

NEUE KOLUMNE: elis.corner

Das Lebensnotwenige selbst organisieren

Im Sommer füllen sich die Campingplätze mit Reisenden, die teils aus Geldnot, großteils jedoch aus Begeisterung für das einfache, ursprüngliche Leben für ein paar Wochen ihre gewohnten Komfortsicherheiten aufgeben und ganz nah an der Natur leben. Alles das, was sonst wie von selbst einfach da ist, muss nun selbst organisiert werden.

Kochen auf einem einfachen Gaskocher im Wind oder Grillen, Essen und Trinken im Freien und das, was danach wieder rauskommt, in mehr oder weniger gepflegte Sanitärtrakte tragen – bei jedem Wetter. Zum Wasserholen reicht meist schon ein kurzer Weg zu einer der zahlreichen Zapfstellen. Strom steht meist gegen Aufpreis zur Verfügung, aber viele verzichten im Urlaub darauf – an ein paar Wochen ohne Radio und TV ist noch keineR zugrunde gegangen, und für die Kommunikation tut's auch ein Internetcafe. Je nach Wetterlage kann der Schutz vor Regen, Wind oder kühleren Temperaturen einiges an Aufwand erfordern.

In solcher Art Urlaub nehmen Verrichtungen zur Befriedigung der grundlegenden Lebensbedürfnisse deutlich mehr Raum ein als im Alltag. Das Lebensnotwendige ist nicht mehr so selbstverständlich vorhanden und beansprucht die ihm zustehende Bedeutung im Bewusstsein. Dieses einfache Leben hat den Reiz des Ursprünglichen. Der Zusammenhang zwischen dem, was mensch braucht und dem, was sie oder er dafür tun muss, stellt sich unmittelbarer und weniger entfremdet dar als normalerweise, auch wenn die Abhängigkeit von der Warenwelt keineswegs geringer wird.

Was die einen als vorübergehende Beschwernis freiwillig suchen, wäre für Millionen Menschen auf der Welt schon der pure Luxus. Sie haben keine Möglichkeit, regelmäßig zu kochen oder überhaupt etwas in den Topf oder auf den Teller zu bekommen. Oft sind stundenlange Fußwege zur nächsten Wasserstelle nötig. Toiletten, auf denen es möglich ist, unter hygienischen Bedingungen würdig die Notdurft zu verrichten, sind nicht erreichbar. Insbesondere Menschen auf der Flucht oder in Katastrophengebieten fehlt oft jede Möglichkeit, sich vor Hitze oder Kälte zu schützen. Privilegierte CampingurlauberInnen können in ihrer naturnahen Muße vielleicht eine leise Idee davon entwickeln, was es bedeuten würde, wenn die letzten Grundlagen der Zivilisation einfach nicht mehr vorhanden wären. Und wer schon in Panik verfällt, weil der einzige erreichbare Geldautomat kaputt ist, kann sich damit beruhigen, dass dies eine vorübergehende Unbequemlichkeit ist im Verhältnis dazu, grundsätzlich nicht über die finanziellen Möglichkeiten zu verfügen, sich die lebensnotwendigen Dinge zu kaufen.

Neben den materiellen Lebensgrundlagen gibt es noch die existentiellen sozialen Bedürfnisse – wer Urlaub machen kann, hat die Freiheit, diesen zu verbringen, wie sie oder er möchte. Allein aus Bequemlichkeit oder als Ausgleich zur sozialen Überforderung; in Kleinfamilie wer es mag; oder in einer Gruppe, wer es organisiert kriegt. Für die global Armen gibt es keinen Urlaub, sie leben in oft großen Familien und sozialen Zusammenhängen. Sie sind gezwungen, Tag für Tag mit anzusehen, wie ihre Angehörigen, ihre FreundInnen und Nachbarn/innen an den Folgen der Armut leiden, erkranken und sterben.

Die global Reichen des Nordens erkranken eher an zivilisationsbedingter Fehlernährung und Bewegungsarmut, die technischen Voraussetzungen dafür werden auch durch die Ausbeutung des globalen Südens geschaffen. Ein weniger entfremdeter, naturnäherer Lebensstil hier wäre einer von vielen Schritten zu globaler Gerechtigkeit.●

Elisabeth Voß

AKTION 2010

Redaktion Heidelberg ● Aus Platzgründen hier nur eine kurze Übersicht, näheres dann in unserer Oktoberausgabe.

Leider gab es 3 Abo-Kündigungen und die Kündigungen von 3 Fördermitgliedschaften. Unsolidarisch finden wir es, wenn wir nach 4 Mahnungen Mitgliedschaften und Abos von uns aus wegen Nichtzahlung beenden müssen. Auftauchende Probleme könnten nach einer frühzeitigen Rückmeldung sicher bereinigt werden und wir würden uns unnötige Arbeit und Unkosten für diese Mahnungen sparen können.

Gefreut haben wir uns über 8 Neuabos und 3 neue Fördermitgliedschaften. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 147+.

Auf unserem Spendenkonto gingen in den Sommermonaten 360 EUR ein. Herzlichen Dank! Es fehlen nun noch 1.763 EUR, um ohne neue Verschuldung in das Jahr 2011 starten zu können. Freuen würden wir uns über weitere Spenden (Kontoverbindung siehe nebenstehenden Kasten).●

CONTRASTE Abokampagne

Die nächsten 20 NeuabonnentInnen der CONTRASTE erhalten als Begrüßungsgeschenk den »Wegweiser Solidarische Ökonomie: Anders Wirtschaften ist möglich!« unserer Redakteurin Elisabeth Voß: www.solioeko.de/voss/abokampagne

Auf einer Website zum Wegweiser befinden sich über 400 Links zum Buch, die den Zugang zur Bandbreite der Akteure Solidarischer Ökonomien erleichtern sollen. Diese Website liegt im Portal www.mensch.coop, das von einer jungen Genossenschaft gleichen Namens den politischen Bewegungen und Projekten für ihre Veröffentlichungen zur Verfügung gestellt wird.

Elisabeth Voß: Wegweiser Solidarische Ökonomie: Anders Wirtschaften ist möglich!, Hrsg.: NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2010, 93 Seiten, 9 EUR: www.solioeko.de/voss

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

INTERN

Contraste-Plenum in Könnern

Unter schattigen Bäumen ließ es sich in der Juli-Sommerhitze gut tagen in der attac-villa zu Könnern in der Nähe von Halle. In dieser Jugendstil-Villa können Gruppen zu günstigen Preisen ihre Seminare durchführen, Feste feiern oder einfach Ferien machen. Beim Plenum dabei waren Richard (Könnern), Elisabeth (Berlin), Kai (Göttingen), Ariane und Heinz (Köln) und Dieter (Fuseta/Portugal).

Plenum in Könnern: v.l.o.: Kai, Ariane, Heinz, Elisabeth, Richard, Dieter

Von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Die guten Nachrichten: CONTRASTE kann weiterhin erscheinen, da die Zahl der Abos seit dem letzten Plenum nach einem Ab und Auf doch stabil geblieben ist. Die jährliche Finanzierungslücke konnte in 2009 wieder durch viele Spenden geschlossen werden, für 2010 werden »nur« noch 1.763 EUR benötigt. Herzlichen Dank allen AbonnentInnen und SpenderInnen.

Das in 2009 eingeführte Editorial wurde, bis auf zwei Ausnahmen, von Elisabeth geschrieben. Es ist eigentlich eher ihre Kolumne als ein Text der Redaktion, darum gibt es nun jeden Monat auf Seite 2 »elis.corner«.

Die weniger guten Nachrichten: Unser Zeitungsprojekt braucht, obwohl es journalistisch gänzlich freiwillig und ohne Honorare arbeitet, weiterhin deutlich mehr Abos, um finanziell gesichert über die Runden zu kommen. Altschulden von 6.000 EUR konnten nicht weiter abgetragen werden. Zwei geplante Schwerpunkte fielen aus, es ist uns aber gelungen, kurzfristig Ersatz zu finden. Insgesamt hätten wir uns noch mehr Beiträge aus Projekten und Bewegungen gewünscht.

Liebe Leserinnen und Leser, CONTRASTE ist die Zeitung aus den und für die alternativen selbstorganisierten Bewegungen. Schreibt Berichte und Reportagen! Auch den ein oder anderen Schwerpunkt brauchen wir noch für 2011. Und bitte, empfehlt CONTRASTE weiter oder verschenkt Probeabos.

Auf dem Plenum haben wir eine Abokampagne beschlossen: Die nächsten 20 NeuabonnentInnen der CONTRASTE erhalten als Begrüßungsgeschenk den »Wegweiser Solidarische Ökonomie: Anders Wirtschaften ist möglich!" von Elisabeth Voß (gilt nur für ein reguläres Abo, nicht für ein Schnupperabo). Näheres ist dem nebenstehenden Kasten zu entnehmen.●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2010

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2010: 1.763 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 147+ Neuabos

Gib und Nimm 2010:

Treffen von Umsonstläden und anderen Projekten selbstorganisierten Wirtschaftens

Von Heinz Holzer, Hamburg ● Vom 23. bis zum 26. Sept. 2010 findet in Bremen ein Treffen zu einem selbstorganisierten Wirtschaften jenseits von Markt und Staat statt. Wir wollen dort zusammen mit Euch über Theorie und Praxis bestehender Projekte nachdenken und möglichst eine dauerhafte Verbindung zwischen den Gruppen und Einzelnen schaffen.

Die bisherigen bundesweiten Umsonstläden-Treffen haben dem Erfahrungsaustausch gedient, jedoch kaum zu einer Verbindung der isolierten Ansätze beigetragen. Die allermeisten der über 50 Umsonstläden in diesem Land haben sich angepasst. Sie sind faktisch, auch wenn sie die »Spielregeln« für Umsonstläden im engsten Sinne noch beachten, zu Hilfsorganisationen der Warengesellschaft geworden. Schon eine systematische gegenseitige Versorgung der Aktiven von den Dingen in den Umsonstläden findet kaum statt, geschweige denn weitere warenkritische Projekte im Verbund. Deshalb haben sich die wenigen Umsonstläden-Aktiven, die einen praktisch-gesellschaftsverändernden Anspruch haben, auf die Suche nach anderen ähnlichen Projekten gemacht. Zu den letzten Treffen der Umsonstläden kamen auch TeilnehmerInnen von anderen Selbsthilfeprojekten, Nutzungsgemeinschaften, von der nicht-kommerziellen Landwirtschaft, interkulturellen Gärten und von der Traveling School of Life. Auch diesmal sollen sich wieder alle angesprochen fühlen, die über eine Praxis nicht-kapitalistischen Wirtschaftens nachdenken oder diese auch probieren.

Inhaltlich sollen zwei Schwerpunkte gesetzt werden:
1. Erfahrungsaustausch, Tipps im Alltag (war immer wieder ein wichtiges Thema, insbesondere für »neue« Umsonstläden-Aktive)
2. Perspektiven von verabredetem Wirtschaften / Umsonstökonomie – jenseits von Markt und Staat. Wie lässt sich Schritt für Schritt Erwerbsarbeit überflüssig machen?

Diese Workshop-Ideen: »Verabredetes Wirtschaften und selbstorganisierte Bildung« (Hamburg) und »Die Rolle der InitiatorInnen innerhalb von Projekten« (Hamburg), »Plädoyer für die Abschaffung des Geldes« (Bremen). Das kann gerne noch von TeilnehmerInnen ergänzt werden.

Das Treffen soll vor allem von den Beiträgen der TeilnehmerInnen bestimmt sein, denn wir stehen für Selbstorganisation. Wir wünschen uns, dass auch projektinterne Herrschaftsstrukturen und noch nicht überwundenes Dominanzverhalten zum Thema werden. Für den Samstagabend erwartet euch Livemusik mit politischem Anspruch.

Wenn ihr kommen möchtet, schreibt uns das möglichst frühzeitig, denn wenn viele im letzten Moment kommen, können wir das nicht genügend vorbereiten. Mit einer veganen Volxküche soll eine leckere Grundlage für unsere Gespräche gegeben werden.

Bitte gebt bei einer Anmeldung auch an, ob Ihr eine Kinderbetreuung wünscht, damit wir ein entsprechendes Angebot organisieren können.

Hier könnt ihr euch für das Treffen anmelden:
soz.zentrum@web.de oder
sozialeszentrumbremen@lists.so36.net
www.umsonstladen-k108.de.vu

HAMBURG: »RECHT AUF STADT«-BEWEGUNG (TEIL 3)

»Unter Geiern«

Im Laufe des Jahres 2009 hat sich in Hamburg eine vielfältige und breite Bewegung gebildet, die sich gegen Prozesse der Gentrifizierung und Stadtumstrukturierung richtet und ein »Recht auf Stadt« einfordert. Die zahlreichen Initiativen, die sich u.a. aus KünstlerInnen, Kleingärtnern und Teilen der außerparlamentarischen Linken zusammensetzen, haben es nicht nur geschafft, über Besetzungen, Manifeste und Störaktionen eine große Öffentlichkeit herzustellen, sondern bereits jetzt erste konkrete Erfolge erzielt. Nachfolgend der dritte und vorläufig letzte Teil des Überblicks über die Konfliktfelder der Stadt Hamburg.

r2d2 indymedia ● Im Juni 2009 hatte es bereits eine erste Demonstration sowie ein Workshop-Wochenende unter dem Motto »Recht auf Stadt« gegeben. Mit der Besetzung des Gängeviertels (s. Teil 1, Juni 2010) sowie den Konflikten u.a. um das »Centro Sociale«, »NoBNQ« und Frappant im Spätsommer und frühen Herbst ist eine eigene Dynamik in Gang gesetzt worden. Im zweiten Teil dieser Folge hatten wir den Fokus auf das Gängeviertel, das Schanzenviertel, der seit 20 Jahren besetzten »Roten Flora«, auf die Initiative »No BNQ!« und das Manifest »Not In Our Name, Marke Hamburg« gelegt.

»Recht auf Stadt«-Netzwerk

Mitte September 2009 kam es zu einem ersten Treffen. Etwa 120 Menschen aus allen Altersgruppen (jedoch kaum Jugendliche) aus über 16 verschiedenen Initiativen trafen sich im *»Centro Sociale«*, um das »Recht auf Stadt«-Netzwerk ins Leben zu rufen. Die erste gemeinsame Aktivität war eine Fahrradtour zu den einzelnen Orten des Widerstands Ende Oktober. Das Spektrum der vertretenen Initiativen reichte dabei von KünstlerInnen über verschiedene Bürgerinitiativen, darunter auch KleingärtnerInnen, bis hin zu Gruppen und Projekten aus der linken und autonomen Szene.

Die Besetzung des Gängeviertels im August 2009 hatte auch auf kleinere KünstlerInnen-Projekte inspirierend gewirkt. So erklärten die BewohnerInnen des Künstlerhauses *»Vorwerkstift«* im Karolinenviertel 2009 ihr Haus für »besetzt«, sie boykottierten die Mietzahlungen und überwiesen diese auf ein Treuhandkonto. Das »Vorwerkstift« wurde 1990 als Atelier- und Wohnhaus gegründet, um KünstlerInnen für eine begrenzte Zeit – drei bis maximal fünf Jahre – subventioniert Räume zur Verfügung zu stellen (gezahlt werden müssen lediglich Betriebskosten von etwa 250 Euro).

»Kreativimmobilie« dient der Gentrifizierung

Eine weitere kleine, akut bedrohte KünstlerInnen-Initiative, die ihr Gelände 2009 ebenfalls für besetzt erklärte, war das *»Gartenkunstnetz«* in der Eifflerstraße im Schanzenviertel. Der 2003 gegründete, unkommerziell arbeitende Verein betreibt dort ein 257 Quadratmeter großes Gelände an den Bahnschienen, das er NachwuchskünstlerInnen für verschiedene Projekte zur Verfügung stellt. Weichen soll der Verein laut den Plänen der Finanzbehörde einer sogenannten »Kreativimmobilie« (einer Mischung aus Gewerbeflächen und Künstlerateliers). Die Pläne dafür wurden von der städtischen Sanierungsgesellschaft STEG ausgearbeitet, um den Stadtteil weiter aufzuwerten. Die taz kommentierte: »Verlogener und bizarrer lässt sich Sanierung kaum denken« (taz, 14.09.09).

Aber nicht nur KünstlerInnen, auch KleingärtnerInnen sahen den Raum für ihre Projekte von den städtischen Umstrukturierungsprozessen bedroht. Die Initiative *»Apfelbaum braucht Wurzelraum«* richtet sich schon seit längerer Zeit gegen den Verkauf von etwa 500 Kleingärten in Altona und Bahrenfeld, die aus Sicht der Stadt einem Autobahnzubringer Platz machen sollen. Gegen eine »Zubetonierung ihrer Stadt« und die »Verscherbelung« von Flächen für »Bauwahn und Bodenspekulation« setzen sich die KleingärtnerInnen für den »Erhalt öffentlichen Grüns« ein. Argumentiert wurde aber auch mit der sozialen Bedeutung von Kleingärten, gerade für ältere Menschen. Ein erfolgreiches Bürgerbegehren in Altona mit fast 9.000 Unterschriften vom Frühjahr 2009 ist auf Betreiben der Stadtentwicklungsbehörde unter Anja Hajduk (GAL) jedoch ausgehebelt worden, indem der Senat die Planungen, d.h. von der Bezirksebene weg an sich gezogen hat. Die Räumung und Umsiedlung der Kleingärten ist nach den Plänen der Behörden ca. für das Jahr 2015 geplant.

Eine Initiative, die sich ebenfalls mit öffentlichen Grünflächen beschäftigt und seit November am »Recht auf Stadt«-Netzwerk beteiligt ist, ist die *»Isebek-Initiative«*. Sie setzt sich für den Erhalt des Grünzuges am Isebekkanal in Eimsbüttel ein und verweist u.a. auf die dort beheimatete Artenvielfalt. Seit August 2008 kämpft die Initiative mit einem Bürgerbegehren mit über 12.000 Unterschriften unter dem Motto »Hände weg vom Isebek« darum, diese Forderung durchzusetzen und die Bebauung mit einem Bürohochhaus zu verhindern. Der entsprechende Bebauungsplan konnte erst per gerichtlicher Anordnung vom Verwaltungsgericht am 14. April gestoppt werden. Der Bezirk reagierte im August mit einem Täuschungsmanöver, indem er die Forderungen des Bürgerbegehrens offiziell übernahm, um so den Bürgerentscheid verhindern zu können. Die Initiative antwortete im Oktober damit, Unterschriften für ein neues Bürgerbegehren »Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel« zu sammeln. Ein Versuch der Initiative, in Verhandlungen mit den BezirkspolitikerInnen einen Kompromiss zu erreichen, scheiterte Ende des letzten Jahres. Anfang Februar 2010 war mit über 9.000 Unterschriften auch das zweite Bürgerbegehren erfolgreich.

IKEA – Die Stadt gehört allen Foto: indymedia

Neben den KleingärtnerInnen und der Isebek-Ini setzt sich auch die im November 2007 gegründete *»Buchenhofwald-Initiative«* für den Erhalt öffentlicher Grünflächen ein, in diesem Fall des Buchenhofwaldes in Iserbrook. Dieser u.a. von seltenen Fledermäusen bewohnte Wald läuft nach einem Beschluss des Bezirksamts Altona Gefahr, einer viergeschossigen Wohnanlage mit 66 Wohneinheiten weichen zu müssen. Neben den ökologischen Zielen geht es der Initiative auch um die »Sicherung demokratischer Grundrechte« und die »Stärkung von Bürgerrechten gegenüber Verwaltungsentscheidungen«. Hintergrund ist, dass ein Anfang 2009 von der Initiative erfolgreich auf den Weg gebrachtes Bürgerbegehren vom Senat im Februar 2010 einfach an sich gezogen und damit ausgehebelt wurde. Die Initiative reagierte im März mit einer Demo von ca. 200 Menschen, die mit großen Holzkreuzen als Zeichen für das »Baumsterben« zum Bauverein zogen.

Café- und Vergnügungsmeile in St. Georg

Ebenfalls an der Initiativen-Vernetzung beteiligt ist der *»Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.«*, der sich laut Selbstdarstellung seit über 22 Jahren um die Stadtteilkultur in St. Georg bemüht und bereits im Frühjahr/Sommer 2009 die ersten Ansätze der »Recht auf Stadt«-Bewegung mit unterstützte und die Gentrifizierungsprozesse in St. Georg thematisierte: »Der Verdrängung Hunderter St. Georger MieterInnen in den vergangenen Jahren folgt gerade eine Welle von Schließungen kleiner Läden. Es ist seit einigen Wochen Stadtteilgesprächsthema Nummer eins: das Runterreißen vor allem der Langen Reihe – St. Georgs traditioneller Haupteinkaufsstraße – zu einer Café- und Vergnügungsmeile. Die Nahversorgung bricht immer stärker weg, es kommen dafür neue Kneipen, Restaurants und Weinläden.« Ende August 2009 wurde eine Unterschriftensammlung gegen die »Zerstörung der sozialen Strukturen in St. Georg« gestartet und die Begrenzung der Mietpreissteigerungen, mehr Sozialwohnungen und eine soziale Erhaltenssatzung gefordert. Letztere ist inzwischen vom Senat in Aussicht gestellt worden.

»Kein Ballermann in der Schanze«

Ebenfalls gegen die steigende Außengastronomie und eine damit verbundene Yuppisierung wehrt sich die *»Anwohnerini-Schanzenviertel«*. Dort hat der schwarz-grün regierte Bezirk geplant, die Flächen für Außengastronomie zu erweitern – insgesamt von 141,5 auf 407,5 Quadratmeter. Bereits im April 2009 hatte es auf einem Treffen des Regionalausschusses der Bezirksversammlung aus diesem Anlass Proteste gegeben. Ende Oktober 2009 kam es dann zur Gründung der Initiative. Unter dem Motto »Kein Ballermann in der Schanze« wehren sich die AnwohnerInnen v.a. gegen die Umwandlung des Viertels in eine »Party- und Amüsiermeile« sowie die damit verbundenen Probleme wie Lärmbelästigung und Verschmutzung. Aber auch die Wohnungsfrage und die zunehmende Umwandlung von Miet- und Eigentumswohnungen werden auf Anwohnerversammlungen thematisiert. Ende Januar beschloss die Bezirksversammlung Altona, die Gastronomieflächen nur um 50 % (auf 210 Quadratmeter) zu vergrößern.

Eine Initiative, die bereits seit 2004 gegen die Gentrifizierung des Schanzenviertels kämpft, ist die *»Schanzenturm-Ini«*, die sich gegen die inzwischen erfolgte Umwandlung des Wasserturms im Schanzenpark in ein Mövenpick-Hotel richtet. Am 30. Januar und 13. Februar 2010 kam es zu kleinen Kundgebungen und Umsonst-Volxküchen von HotelgegnerInnen auf dem Hotelvorplatz, die beide Male von der Polizei geräumt wurden.

Gegen den Abriss von fünf an der Elbe gelegenen Häusern in Altona wehrt sich die *»Mieterinitiative Elbtreppe«*. Die BewohnerInnen wurden bereits im Oktober 2005 von der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA über den geplanten Abriss der Häuser informiert und zum Auszug aufgefordert. Als Reaktion entwickelten die MieterInnen ein Genossenschaftsmodell, um sowohl die historisch wertvollen Häuser zu sanieren als auch die gewachsene Mietergemeinschaft zu erhalten. Im November 2009 wurde erreicht, dass zwei der fünf Häuser unter Denkmalschutz gestellt wurden – jedoch nicht die drei Häuser, die die SAGA abzureißen beabsichtigt. Die Bezirksversammlung Altona setzt sich seit Anfang März 2010 überraschend auch für den Erhalt der restlichen Häuser ein und forderte von der Kulturbehörde ein neues Gutachten ein, um das gesamte Ensemble unter Schutz zu stellen.

»Zukunftsplan statt Autobahn«

Während sich ein großer Teil der »Recht auf Stadt«-Initiativen in den zentral gelegenen Stadtteilen um Altona und St. Pauli konzentriert, arbeitet auch jenseits der Elbe der *»Arbeitskreis Umstrukturierung (AKU) Wilhelmsburg«* aktiv gegen die dort voranschreitende Gentrifizierung. Wilhelmsburg und die Veddel sind spätestens mit dem vom damaligen Schwarz-Schill-Senat präsentierten Leitbild »Wachsende Stadt« von 2002, das den städteplanerischen »Sprung über die Elbe« verkündete, zu zentralen Objekten einer gezielten Aufwertung geworden. Der AKU sieht diese Entwicklung kritisch, in einer Broschüre vom April 2009 heißt es: »Die Aufhübschung der Viertel ist jedoch weniger ein Angebot an die Menschen, die hier bereits wohnen, sondern vielmehr für all jene gedacht, die noch kommen sollen: Zahlungskräftigere Bevölkerungsgruppen für einen (...) 'Multi-Kulti-Stadtteil', der besser heute als morgen eine neue Schanze werden soll. Das wird gefeiert: Open-Air-Events machen Stimmung (...). Ein schleichender Bevölkerungsaustausch hat bereits eingesetzt.« Die Künstler kommen zuerst, dann wird der Stadtteil aufgewertet. Gentrifiziert. Die sind die Vorhut.« (taz, 23.09.09)

In den letzten Monaten bewegten v.a. zwei Themen die Öffentlichkeit in Wilhelmsburg: zum einen der geplante Bau einer Autobahn durch den Stadtteil, der sogenannten »Hafenquerspange«, sowie die Verlegung und Vergrößerung der Reichsstraße, zum anderen die massiven Abholzungen von Bäumen für die »Internationale Gartenschau« (IGS). Die Pläne zum Bau einer Autobahn gehen bereits auf die 1980er Jahre zurück. Am 19. September 2009 demonstrierten etwa 100 Menschen in lumpigen Mänteln, mit Koffern und Taschen in den Händen gegen die Autobahnen. Am 31. Oktober waren es bereits mehr als 2.000 DemonstrantInnen, die auf Initiative des Bündnisses »Zukunftsplan statt Autobahn« auf die Straße gingen. Der vom Senat zugestandene Bürgerbeteiligungsprozess blieb jedoch ohne Effekte, es kam zu keinem Kompromiss. Die taz konstatierte, die Bürgerbeteiligung sei »gescheitert« – nicht ohne jedoch die WilhelmsburgerInnen angesichts von Zugeständnissen des Senats als »undankbar und wirklichkeitsfremd« darzustellen (taz, 15.02.10).

Aber nicht nur die Autobahn, auch die Abholzung von rund 3.000 Bäumen – paradoxerweise für die IGS – bringt für Wilhelmsburg ökologische Belastungen mit sich. Und auch hier regte sich Protest: Der Verein »Zukunft Elbinsel« empörte sich, und am 14. Februar 2010 trafen sich über 100 WilhelmsburgerInnen zum Protestspaziergang.

Neben den vielen Initiativen, die sich mit spezifischen Räumen oder Projekten beschäftigen, sind im »Recht auf Stadt«-Netzwerk auch linke Gruppen wie *Avanti – Projekt undogmatische Linke* vertreten, AktivistInnen des Hamburger *Euromayday* oder von *LOMU* (local organized multitude), einem seit 2006 bestehenden Zusammenschluss, der sich mit »Theorien und Utopien, Defiziten und Gretchenfragen für: Kunst & Soziale Plastik, Konsum & Widerstand, Technik & Futurismus, Ich & Wir« beschäftigt.

Bambule ist zurück!

Die Dynamik der Proteste wurde auch von den BewohnerInnen eines berühmten ehemaligen Bauwagenplatzes, der *»Bambule«*, genutzt. Diese hatten bis November 2002 im Karolinenviertel ihren Standort, bevor sie vom damaligen CDU-Schill-Senat nicht nur von ihrem Platz, sondern sogar aus der Stadt getrieben wurden. Diese politisch motivierte Räumung löste eine enorme Protestbewegung aus, die sich im Winter 2002/03 mit Parolen wie »Schill muss weg« und »Bambule, Bambule« in erster Linie gegen die repressive Politik unter Innensenator Ronald Schill richtete. Letztlich konnte kein neuer Platz für Bambule erkämpft werden, und im Jahr 2004 wurde mit dem »Wendebecken« sogar der nächste Wagenplatz geräumt. Die Ankündigung des Senats alle Wagenplätze auflösen zu wollen, wurde jedoch – wohl auch mit Blick auf die starke Protestwelle von 2002/03 – nicht umgesetzt.

Ein Teil der damaligen Bambule-BewohnerInnen kündigte zum 7jährigen Jahrestag der Räumung, Ende November 2009, unter dem Motto »Flash den Mob! Gegen Gentrifidingsbums« eine große Demonstration an. Trotz Regen kamen etwa 2.000 Menschen zur Demo, einige WagenbewohnerInnen hatten sogar einen alten, wohl bei *Ebay* ersteigerten Wasserwerfer mitgebracht. In der Nacht zuvor war in der Markstraße (nahe dem Startpunkt der Demo) von Jugendlichen ein leerstehendes Haus besetzt worden. Als die Demonstration an der Ecke Reeperbahn/Millerntordamm vorbeizog, kam die Meldung, dass die Polizei mit der Räumung des Hauses begonnen hatte. Nur wenige Kleingruppen lösten sich daraufhin aus der Demo und zogen zum Haus, konnten jedoch nichts mehr ausrichten. Nach einiger Zeit versammelten sich etwa 300 Menschen in der Marktstraße, kleine Feuerchen wurden entfacht und es kam zu Rangeleien und vereinzelt auch Festnahmen. Am Tag danach war in der BILD zu lesen: »Chaoten rücken mit Wasserwerfer an! [...] Ein Demonstrant kündigte an: Den werden wir jetzt häufiger in Hamburg einsetzen.« (Bild, 30.11.2009) Der erneute Bambule-Protest blieb jedoch ein kurz aufgeflammtes Revival. In der Folge beteiligten sich die (Ex-)Bambulistas weder am »Recht auf Stadt«-Netzwerk noch kam es zu größeren Protesten von WagenbewohnerInnen.

»Einen Gang zulegen« – Frappant und Kein IKEA

Zwischen den von den Gentrifizierungsprozessen stark betroffenen Stadtteilen Ottensen, Sternschanze und St. Pauli liegend, stellt Altona-Altstadt den für viele Menschen letzten bezahlbaren Stadtteil innerhalb der westlichen Innenstadt dar. Altona-Altstadt sowie Teile von Altona-Nord sind in der letzten Zeit aber immer stärker in den Fokus der innerstädtischen Stadtentwicklung gerückt. Ein wichtiges Planungsinstrument für Bezirk und Stadt ist in diesem Kontext der – öffentlich unkonkrete und eher im Geheimen gehandelte – »Masterplan Altona« (jetzt »Zukunftsplan Altona/Mehr Altona«), der neben einer Verdichtung der beste-

Fortsetzung auf Seite 4

FORTSETZUNG VON SEITE 3

henden Wohnquartiere, der Schaffung neuer »zukunftsorientierter« und »höherwertigerer« Wohnquartiere und der Schaffung neuer Gewerbe- und Büroflächen auch eine »Anpassung« von Grün- und Freiflächen an »gehobene Ansprüche« beinhaltet. Konkrete Beispiele sind in diesem Zusammenhang die Umgestaltung und Flächenverdichtung in und um die Neue Große Bergstraße, mitsamt dem Bau eines neuen IKEA-Groß-Kaufhauses auf dem Gelände des Frappant-Komplexes, die Umgestaltung und Erneuerung des Grünzuges Altona, die Bebauung des Geländes des derzeitigen Fernbahnhofs Altona, die Bebauung des nördlichen Elbufers und der Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur. Welche Konsequenzen diese strategische Aufwertung für die jetzt dort lebenden AnwohnerInnen haben wird, lässt sich in einer von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Auftrag gegebenen Studie für Altona-Altstadt (GEWOS-Gutachten) aus dem Jahr 2004 ablesen.

In diesem Gutachten wird die jetzige Sozial- und Bevölkerungsstruktur des Stadtteils als »problematisch« bezeichnet. Sie zeige »Anzeichen eines problematischen Stadtquartiers mit einem hohen Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern«. Daraus wird gefolgert: Die ökonomische Kraft der EinwohnerInnen sei für eine »positive« Entwicklung zu gering. Die Studie schlägt – zur »Stabilisierung der Großen Bergstraße als Wirtschaftsstandort« – eine Erhöhung der Kaufkraft, also eine »Qualifizierung« der Anwohnerschaft, d.h. den Zuzug von Familien mit höherer Kaufkraft und die gleichzeitige aktive Verdrängung von Menschen der unteren Einkommensklassen, in die entfernt liegenden Stadtrandbereiche, vor.

Nachdem ein früherer Investor »K-Werkstatt« im Dezember 2008 von seinen Kaufplänen für den Frappant-Komplex zurückgetreten war, zeichnete sich ab, dass IKEA zum »Frappant-Retter« (Welt, 13.12.2008), zur Retterin des Stadtteils, gemacht werden sollte. Im Juli 2009 wurde vom schwedischen Unternehmen für ca. 10 Millionen Euro ein Vorvertrag über das Frappant-Gebäude abgeschlossen (der Konzern ImmoTrading, eine Tochter der Hypo Real Estate, ist bis zum heutigen Zeitpunkt jedoch weiterhin Eigentümerin).

Das große ehemalige Einkaufszentrum aus den siebziger Jahren wurde seit Frühjahr 2008 an eine KünstlerInnen-Gruppe (zwischen-)vermietet. Unter den ca. 150 KünstlerInnen befand sich auch die Gruppe SKAM, die kurz zuvor ihre Atelier- und Veranstaltungsräume auf der Reeperbahn verlassen und einem Luxus-Bürohochhaus (den »Tanzenden Türmen«) weichen musste. Die geplante Ansiedlung von IKEA in der Großen Bergstraße fungierte schließlich als Auslöser, durch den sich im Sommer 2009 zum ersten Mal Menschen in Altona-Altstadt zusammenschlossen, um gegen die Pläne des Bezirks vorzugehen. Aus dem Zusammenschluss bildete sich die Initiative »Kein IKEA in Altona«, um gemeinsam die Ansiedlung des Möbelunternehmens zu verhindern, einen Planungsstopp zu erreichen und ein Forum für eine Stadtentwicklung von »unten« zu entwickeln. Aus den Reihen dieser Initiative wurde im August 2009 ein Bürgerbegehren initiiert, um die Pläne von IKEA und dem Bezirk zu stoppen. Mit Plakaten, Flugblättern und Aufklebern wie »Kill Billy« und »Hafencity beleben – IKEA auf die Elbphilharmonie«, die in Altona verteilt wurden, sowie vielen weiteren Aktionen, Informationstagen und Partys wurde das Anliegen in die Öffentlichkeit gebracht.

Auf das Bürgerbegehren der Initiative reagierte die ECA (Einkaufs-City-Altona), eine Werbegemeinschaft lokaler Gewerbetreibender aus der Großen Bergstraße, mit massiver Unterstützung der lokalen CDU und der GAL, am 3. September mit einem eigenen Bürgerbegehren, das die Ansiedlung von IKEA (und damit die Position des Bezirks) unterstützen sollte. Am 16. September 2009 fand eine öffentliche Anhörung in Altona mit VertreterInnen des Unternehmens, der Bezirkspolitik und über 750 AnwohnerInnen, die überwiegend aus GegnerInnen des Projektes bestanden, statt. Der lautstarke Protest der Anwesenden, die sich über Plakate und eigenständige Redebeiträge per Megaphon bemerkbar machten, zwang IKEA in die Defensive. Die VertreterInnen des Konzerns erklärten sogar, nicht »gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung« die Ansiedlung vorantreiben zu wollen.

»Einen Gang zulegen«

Dieser erste Erfolg war auf die Aktivitäten der Initiative zurückzuführen, die die geplante IKEA-Ansiedlung erfolgreich in der lokalen Öffentlichkeit thematisieren konnte. Einen weiteren Erfolg stellte die Sammlung und Übergabe von weit mehr als 2.500 Unterschriften für das Bürgerbegehren dar, die zu einer dreimonatigen sogenannten Suspensionsfrist führte. Während dieser Frist durfte vom Bezirk weder weiter geplant, noch entwickelt werden.

Ende November sollte der Vertrag der KünstlerInnen auslaufen. AktivistInnen des Manifests »Not In Our Name, Marke Hamburg« initiierten daraufhin zusammen mit den KünsterlInnen zum 28. November – parallel zur Bambule-Demonstration – die Aktion »Einen Gang zulegen« (angelehnt an den Gängeviertel-Slogan »Komm in die Gänge«). Am Abend gab es eine von ca. 3.500 Menschen besuchte Party, das Gebäude wurde mit riesigen Transparenten geschmückt. Damit wurde die faktische Besetzung des Gebäude-Komplexes eingeleitet. Eine Woche lang wurde in den Frappant-Räumen mit Veranstaltungen zu den unterschiedlichen Stadtteilinitiativen und »Recht auf Stadt«-Konfliktfeldern ein inhaltliches Programm geboten. Von den Frappant-KünstlerInnen wurde das Konzept einer soziokulturellen Nutzung des Gebäudes als »Stadthaus« als Alternative zu den Plänen der IKEA-Ansiedlung präsentiert. Weder der derzeitige Besitzer des Gebäudes (ImmoTrading) noch die Stadt reagierten öffentlich auf die faktische Besetzung.

Ehemaliger Wagenplatz »Bambule« mit Wasserwerfer auf der Demo Foto: indymedia

Es blieb aber nicht bei der Besetzung – am 12. Dezember besuchten AktivistInnen und KünstlerInnen unter dem Motto »Wenn ihr uns aus Altona vertreibt, kommen wir zu euch!« IKEA in Moorfleet. Etwa 150 Menschen machten es sich in der Filiale gemütlich, stellten Musik an, hängten Plakate auf, spielten Monopoly und veranstalteten eine Kissenschlacht. Die Aktion endete mit einer Demo durch die Filiale.

Am 21. Januar 2010 kam es schließlich zum Bürgerentscheid über die Frage der IKEA-Ansiedlung. Die Pro-IKEA-Initiative hatte es – u.a. durch das Auslegen von Infomaterial in Geschäften und unter fleißiger Mithilfe der Regierungsparteien des Bezirks – bereits im Dezember geschafft, die erforderlichen 5.600 Unterschriften für die Einleitung eines Bürgerentscheids zu sammeln. Ende Dezember begann somit die Verschickung der Unterlagen für den Entscheid an die Wahlberechtigten des Bezirks Altona. Die zugrunde liegende und nur mit »Ja« oder »Nein« zu beantwortende Fragestellung war dabei extrem tendenziös: »Sind Sie dafür, dass in Altona ein IKEA-Möbelhaus gebaut wird und der Stadtteil dadurch nachhaltig belebt und attraktiver wird?« Hinzu kam, dass mit den Unterlagen Informationsmaterial der Pro-Initiative – jedoch keine der Gegenseite – verschickt wurden. Mit diesem Vorgehen schaffte es der Bezirk, die Bemühungen der AnwohnerInnen-Initiative zu konterkarieren und eine halbwegs neutrale oder faire Abstimmung zu verhindern. Die AnwohnerInnen-Initiative reagierte daraufhin mit einer Informationskampagne (u.a. 70.000 Flyer) und versuchte, die Menschen über die Folgen der Ansiedlung des Möbelriesen aufzuklären. Die Kampagne konnte, trotz großem Einsatz, leider nur einen kleinen Teil der Abstimmungsberechtigten erreichen.

Es nahmen schließlich 43% der 186.000 Wahlberechtigten am Bürgerentscheid teil – darunter nicht nur die AnwohnerInnen des Stadtteils (ca. 17.000 Wahlberechtigte), sondern des gesamten Bezirks Altona (inklusive der Elbvororte). 77% von ihnen stimmten für, 23% gegen die Ansiedlung von IKEA. Das Ergebnis stellte einen Rückschlag für die Initiative dar. Zu einem zweiten Bürgerentscheid, den die AnwohnerInnen-Initiative eingeleitet hatte, kam es nicht mehr, da der Senat das Genehmigungsverfahren in dem Fall evozierte (an sich zog).

Das Frappant wurde Anfang März 2010 von der KünstlerInnen-Gruppe verlassen, nachdem seitens der Eigentümerin und des Bezirks massiver Druck auf sie ausgeübt worden war. Die KünstlerInnen einigten sich mit dem Bezirk auf eine Zwischennutzung in der Viktoria-Kaserne in Altona, die sie jedoch nach dem 31. März 2011 schon wieder verlassen müssen. Der Mietpreis für die Ateliers beträgt laut Angaben der taz 4 Euro pro Quadratmeter – bezuschusst vom Frappant-Verein selbst (mit 2 Euro/qm) und der Kulturbehörde (mit weiteren 2 Euro/qm).

Auch nach dem Ergebnis des Bürgerentscheids und der Evokation versucht die AnwohnerInnen-Initiative weiterhin den geplanten Neubau zu verhindern und den Protest gegen den »Masterplan Altona« zu organisieren. Am 15. Februar 2010 wurde zu einem Stadtteilspaziergang unter dem Motto »IKEA, Moorburgtrasse, Masterplan – Unser Atem ist länger!« aufgerufen, an dem über 250 AnwohnerInnen teilnahmen. Zwei Tage später organisierte die Initiative eine – sehr erfolgreiche – erste Stadtteilversammlung, um weitere AnwohnerInnen über die geplanten Maßnahmen zu informieren und sie für anhaltenden Protest zu aktivieren. Im März 2010 wurde unter dem Motto »6-Tage-Schleichen« zu einer täglichen Fahrraddemo vor IKEA aufgerufen. Dabei handelt es sich um eine Protestform, die schon vor über 20 Jahren im Stadtteil gegen die damaligen Pläne einer »City-West« – einem riesigen reinen Büroviertel – erfolgreich benutzt worden ist. Die Aktion wurde jedoch durch die Polizei massiv behindert.

Parallel zu den Protesten hat die Initiative auf juristischem Wege eine Klage eingereicht, da der geplante IKEA-Neubau gegen den Bebauungsplan des Gebietes Große Bergstraße verstößt. Der gültige Bebauungsplan sieht ausschließlich kleinteilige und eine maximal fünfgeschossige Bebauung vor. Über die Klage wird voraussichtlich ab September 2010 entschieden. Die Termine zur Erteilung des Bauvorbescheides werden seit mehr als 9 Monaten immer wieder verschoben. Es bleibt abzuwarten, ob der Bauvorbescheid jemals rechtliche Gültigkeit erhält. Für die Zukunft kündigte die Initiative an, sich weiterhin mit andauernden und vielfältigen Aktionsformen gegen die soziale Umstrukturierung im Stadtteil zur Wehr zu setzen.

Nach Gängeviertel, Vorwerkstift und Gartenkunstnetz, Frappant, dem schnell geräumten Haus in der Marktstraße und den Bäumen im Gählerpark kam es am 12. Dezember zu einer weiteren Besetzung. Diesmal waren es aber weder KünstlerInnen noch Autonome, sondern der Elternverein »Nicos Farm«, der ein Haus besetzte. Nicos Farm e.V. setzt sich seit Januar 2008 mit 25 Mitgliedern für gemeinschaftliche Lebens- und Wohnräume für Eltern mit behinderten Kindern ein. Bisherige Versuche des Vereins, ein Grundstück für ein solches Wohnprojekt zu finden, waren bei der Stadt auf taube Ohren gestoßen. Aus »Wut, Frust und Enttäuschung über Hamburgs Behörden und einen 'ignoranten Senat'« (Mopo, 15.12.09) und inspiriert von der »Recht auf Stadt«-Bewegung besetzten die Eltern eines von acht seit sieben Jahren leerstehenden Häusern am Holstenkamp in Bahrenfeld. Das Grundstück gehört »fördern und wohnen«, einer Anstalt des öffentlichen Rechts, und soll von der Baubehörde vergeben werden. Der Elternverein ist einer von mehreren Bewerbern um das Haus, erhielt aber bereits im November 2009 ein ablehnendes Schreiben von der Behörde. Dass sich Besetzungen lohnen, zeigte sich auch daran, dass bereits drei Tage nach der Besetzung ein Gespräch mit der Sozialbehörde stattfand. Am 20. Dezember wurde die symbolische Besetzung des Hauses vom Elternverein dann beendet, um die weiteren Verhandlungen mit den Behörden abzuwarten.

In direkter Nachbarschaft zum besetzten Haus gastieren die »Holstenpunx«, 16 ehemals obdachlose Jugendliche, die in einem städtisch geförderten und sozialpädagogisch betreuten Wohnprojekt leben. Auch dieses Projekt ist bedroht und nur bis Ende Juni 2010 gesichert, die Stadt plant einen Verkauf des gesamten Grundstücks. Die Altonaer Bezirksversammlung plädierte Ende April 2010 allerdings für einen Verbleib bzw. im Falle des Verkaufs der Häuser für ein Fortbestehen des Projekts Holstenpunx an einem anderen Ort.

Hier endet unser Überblick über die Konfliktfelder unter dem Zeichen der Gentrifizierung in Hamburg. Eine Fortsetzung ist nicht auszuschließen.●

Gekürzte Fassung, Originalbeitrag:
http://de.indymedia.org/2010/05/281505.shtml

Dieser Artikel ist unter einer Creative Commons-Lizenz lizenziert.

Info: www.rechtaufstadt.net

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Wird Berlin-Rixdorf gentrifiziert?

AnwohnerInnen wehren sich gegen Umstrukturierung ihres Kiezes

Sehr untypisch für Berlin mutet der Teil von Berlin-Neukölln an, der gemeinhin als Rixdorf bekannt ist. Der alte Ortskern, der von der bäuerlichen Herkunft des im Laufe der Zeit entstandenen Großbezirkes Neukölln zeugt, spiegelt die Geschichte der ländlichen Vorortgemeinden des damaligen Berlin auch heute noch gut wider.

Nun haben sich AnwohnerInnen aus Rixdorf und den angrenzenden Straßen zum »Initiativkreis Bürgerforum Rixdorf« zusammen gefunden. Ausgangspunkt war für die AnwohnerInnen, die als intransparent und bürgerfern empfundenen Projekte und Aktionen innerhalb des Programms »Soziale Stadt« des dort ansässigen Quartiermanagements Richardplatz-Süd. Die erste Bürgerversammlung fand bereits im Jahr 2009 statt. Ihr folgten bislang in drei weiteren Versammlungen zwischen 50 und 80 Menschen aus dem Kiez.

Herauskristallisiert hat sich ein Kreis von 15 Menschen, die regelmäßig teilnehmen, sich auch außerhalb der Versammlungen treffen und die Treffen vorbereitet und bewerben. Thematisiert werden offizielle Planungen wie z.B. der Umbau der Karl-Marx-Straße, die Verkehrssituation im Gebiet und die von den Teilnehmenden wahrgenommenen Probleme der Veränderung z.B. durch Mietsteigerungen, Verdrängung und Veränderung der Bevölkerungsstruktur/-zusammensetzung. Der Initiativkreis wird von Einrichtungen wie der Diakonie, Gewerbetreibenden wie dem »Blutwurstritter«, der Fleischerei Gleich und Vereinen, wie der Galerie »Olga Benario« oder »Krauses Selbsthilfe Rixdorf e.V.« personell mitgetragen und infrastrukturell unterstützt.

Neben Diskussionen und Aktionen, mit denen der Gentrifizierung kreativ begegnet werden soll, wird in diesem Jahr verstärkt die Einbindung der migrantischen Community im Viertel im Vordergrund stehen. Ein Picknick auf dem zentral gelegenen Richardplatz, zu welchem mit Flugblättern in vier Sprachen eingeladen wurde, war bereits ein großer Erfolg.

Ein Vorort ist Rixdorf schon lange nicht mehr, aber die Initiative der AnwohnerInnen macht Hoffnung, dass sich auch in weniger öffentlich wahrgenommenen Stadtvierteln in Berlin, Menschen für einen sozialen Umstrukturierungsprozess zu ihren Gunsten einsetzen.●

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1: DIE UNSOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Überleben in Slums und Ghettos

Und du hattest noch nichts von verseuchten Böden, vergifteter Luft und verfaultem Trinkwasser geträumt, und nichts von der ständigen Angst, in deiner Unterkunft überfallen zu werden, und nichts von der De-facto Ausgangssperre ab Dunkelheit. Und ungeträumt blieb auch, dass es nie mehr Urlaub geben würde.

Diese Lebenssituation heißt Slum oder Gecekondu (Türkei), Villa Miseria (Argentinien), Favela (Brasilien), Invasione (Ecuador), Barriada (Peru), Bidonville (Afrika), Shanty Town oder Township (Südafrika), Tondo (Philippinen), Ghetto und Banlieue (Industrieländer). Viele Namen für die gleiche Lebenssituation. Für über eine Milliarde Menschen – für jeden sechsten – ist sie alltägliche Wirklichkeit – Tag für Tag, Jahr für Jahr, von der Geburt bis zum frühen Tod.

Vier Strukturmerkmale der Sonderzonen

Man darf »Slum« nicht mit »Ghetto« verwechseln: Wer »Ghetto« sagt, denkt an Elvis Presley oder an Bronx und Harlem (NY) oder Englewood on the South Side (Chicago) oder an South Central, Compton und Lynwood (L.A.).

Wo Ghetto ist, gibt es nämlich Sozialhilfe. Ghettos (und Banlieues) wuchern dort, wo der Kapitalismus noch einen Sozialstaat alimentiert. Wo Slums wuchern, zeigt sich der Kapitalismus als das, was er wesentlich ist und immer schon war: als Asozialstaat.

Aber ob mit oder ohne Sozialhilfe – vier Strukturmerkmale verbinden alle Sonderzonen:

1) Sie sind Ausnahmeräume. Dort herrscht der wirkliche Ausnahmezustand. Niemand hat ihn ausgerufen, die Verfassung gilt für alle, aber die verfassungsmäßigen Rechte sind im Alltag faktisch suspendiert. Sie sind außer Kraft, weil es keine Instanz gibt, die sie durchsetzt.

2) In den Ausnahmeräumen gibt es keinen regulären Markt, man arbeitet informell. Das reguläre, gesetzlich und tariflich geschützte Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis hat sich in die Zonen der Normalität zurückgezogen.

3) Mit dem kapitalistischen Markt verschwindet der Staat. Man kann sich nicht beschweren. Der Rechtsstaat hat keine Adresse mehr. Die wenigen Polizeiposten gleichen Festungen im Niemandsland. Schlimmer: Die Polizei ist ununterscheidbar vom Verbrechen. Wer sein Recht sucht, riskiert, von der Polizei verfolgt zu werden.

4) Das Verschwinden des Marktes und des Staates erzeugt ein Vakuum der Macht, das Kartelle und Banden besetzen. Nunmehr regiert die Willkür. Wer früher Bürger war, verwandelt sich in einen Klienten. Willkür schließt auch Schutz ein: Der »Pate« versorgt seinen Klienten, sofern er ihm bedingungslos dient.

Wie überlebt man in Ghettos?

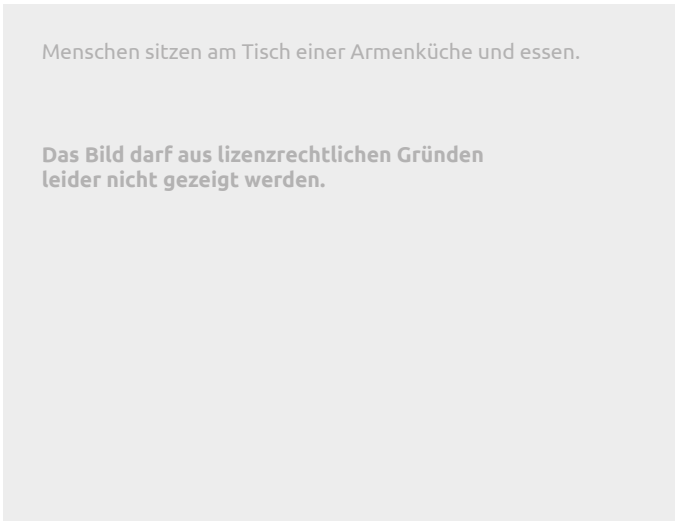
Ghettos sind Softvarianten der Slums, aber dennoch Zonen des ständigen Mangels an allem – trotz Sozialhilfe. Um sie herum funktioniert das Leben der Mittel- und Oberschichten. Am Horizont der Ghettos schimmert immer der »american way of life«.

Loïc Wacquant, Soziologe im Geist Pierre Bourdieus, gelang eine Dokumentation der Ökonomie des Chicagoer Ghettos »The Zone«. Sein Gewährsmann heißt Ricky. Ricky ist ein Hustler – er repräsentiert das »hustling«, die Ökonomie der Straße. Hustling ist keine Anomalie, es ist Ghetto-Normalität. Der Hustler ist neben dem Gorilla, dem Berufsgewalttäter, die zentrale männliche Ghetto-Figur. Seine Gegengestalt ist der »Legit«, der reguläre Lohnarbeiter oder Jobber, eine Seltenheit und eher weiblich. Aus der verkehrten Sicht der Ghetto-Normalität machen Legits »slave jobs«, und man verachtet slave jobs.

Die zentrale weibliche Figur ist die »Welfare Queen«, das sind Frauen, die als alleinerziehende Mütter von Sozialhilfe leben – seit der Clinton-Reform 1996/97 eine aussterbende Spezies. Und daneben die Legit-Frau, die einen regulären Job hat.

Unsolidarische Ökonomie

Wer solidarische Ökonomie sucht, findet sie vielleicht bei den NGOs; aber deren Ghetto-Projekte sind Tränen im Ozean, künstliche Ausnahmen von der Regel, die als hustling zwischen den Fronten der Bandengebiete funktioniert. Der Hustler muss sich zuallererst arrangieren können; ein Fehler, und er ist tot.



Hustling bezeichnet eine Kombination vieler Geschäftsfelder: Der Hustler ist vor allem ein fliegender Händler, ein Hehler: Er kauft Diebesgut an und verkauft es; er lässt gezielt stehlen. Aber er stiehlt auch selbst, raubt Schaufenster aus, bricht in Wohnungen ein, stiehlt Autoteile und Baumaterial. Als Räuber überfällt er Menschen und raubt Geld und Kleidungsstücke, manchmal übernimmt er sogar Auftragsmorde. Er ist zudem ein Spieler, er veranstaltet spontane »gamblings«: Illegale Wetten und Lotterien. Und er ist ein Zuhälter.

Gleichzeitig zockt er »ladyfriends« ab, mindestens eine, oft mehrere. Ladyfriends sind alleinerziehende Mütter, die Sozialhilfe beziehen. Oder Legits, Frauen mit regulärer Arbeit. Der Hustler tritt als deren »Beschützer« auf und schläft mit ihnen, die Frauen bezahlen seine Dienste aus ihrer Sozialhilfe oder ihrem Lohn; er ist somit auch ein Prostituierter. Er arbeitet als (Schutzgeld-) Erpresser und schließlich ist er auch noch Kleinproduzent und Dealer von Alkohol und synthetischen Drogen. Übergangsweise nimmt er auch einen legalen Job an.

Hehler, Dieb, Räuber, Spieler, Zuhälter, Abzocker, Prostituierter, Rauschmittelproduzent, Dealer, legaler Jobber: Diese Patchwork-Ökonomie reicht dennoch nur für ein Leben aus der Hand in den Mund. Reich wird der Hustler nicht, aber er kann früh sterben.

Der Hustler sieht sich in einen Kampf aller gegen alle gestellt, als Einzelkämpfer, ohne Vermittlungsinstanzen. Er kann nur gewinnen, wenn er Dollars macht, möglichst viele Dollars. Im Ghetto geht das nur durch illegale Geschäfte. »Dollars machen« determiniert alles: Freundschaften werden ebenso Mittel zum Zweck wie das, was er »Bruderschaft der Schwarzen« nennt. Sein Blick auf die Welt ist sachlich-abgeklärt. Er lebt freischwebend ohne Bindung an Menschen und Orte. Insofern handelt er völlig unideologisch und total pragmatisch.

Sein Menschenbild entspricht seinem Selbstbild: charmant, fähig zur Kungelei, Hochstapelei, Ausbeutung, Manipulation, zum Schwindel, notfalls zur Gewalt bis hin zum Mord. Aber seine vorrangige Methode heißt Täuschung. Erst wenn er keine Wahl hat, übt er Gewalt aus.

Den Hustler treibt eine paradoxe Antriebskraft: Er träumt das Klischee der US-Mittelklasse – gutbezahlte Stelle, Familie, Eigenheim mit Doppelgarage in der Vorstadt – obschon er weiß, dass es kein Entkommen gibt. Er glaubt an die Allmacht der Bildung und will den Highschool-Abschluss machen, und weiß, dass er immer abbrechen wird.

Wie dem Ghetto entkommen?

Nur Wenige entkommen. Junge Männer könnten durch hartes Trainieren Sport-Profis werden: Profiboxer (was Ricky versuchte) oder Basket-, Base-, Footballer, Leichtathlet. Oder Rapper. Oder slave-jobs. Frauen können es zum Super-Model bringen oder zur Sekretärin oder zur Putzfrau. Beide Geschlechter können BerufssoldatInnen in der US-Army werden.

Wer diese Auswege nicht schafft, hat neben Hustling wenige Alternativen: Junge Männer können sich Banden oder Drogenkartellen anschließen. In Zeiten von Bürgerkrieg und ethnischen oder sozialen Spannungen gibt es noch den Weg in die Milizen. So oder so – ihr Leben wird kurz sein. Jungen Frauen bleibt – wie immer schon – nur der Weg in die Prostitution.

Der Körper als Ware

Wessen Arbeitskraft niemand braucht, dessen Körper wird selbst zur Ware. Wer nichts hat, kann der Mittel- und Oberschicht immer noch seine Organe anbieten, insbesondere die, von denen er zwei hat: die Nieren. Frauen können ihre Gebärmutter zwecks Leihmutterschaft oder ihre Eizellen verkaufen. Aber auch hier wird die »Adresse« wichtig: Wer nimmt schon eine Leihmutter aus dem Ghetto; wer bezahlt schon viel Geld für »schlechte« Eier und Organe aus gestressten Ghetto-Körpern?

Die große Aussichtslosigkeit

Die Lage der Ghettoisierten ist heute aussichtsloser als je zuvor, zumal die Clinton-Sozialhilfe-Reform von 1996/97 die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen um zwei Drittel reduzierte: von 12.320.970 Personen im Jahre 1996 auf 3.895.407 im Jahre 2007.

Diese vollkommene Perspektivlosigkeit leitet aber kein Aufbegehren der Einkommensarmen ein. Die Ghettos sind kein Ort sozialer Unruhe mehr; sie sind vollkommen im Griff der Banden. So sind in den Ghettos von Los Angeles derzeit 400 Gangs mit mindestens 39.000 Mitgliedern aktiv, Tendenz steigend. Der Staat hat die Ghettos aufgegeben; sie nähern sich, da die Bedeutung der Sozialhilfe fortlaufend sinkt, den Slums und Favelas des Südens an.●

Loïc J.D. Wacquant: The Zone. In: Pierre Bourdieu et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997, S. 179 – 204 (La misère du monde, Paris 1993)

Fortsetzung folgt:

- Über die Ökonomie des Notbehelfs in den Slums und Favelas des Südens.
- Gibt es ein Entkommen?

NEUE SERIE

Der politische Krimi

Eine alle drei Monate erscheinende CONTRASTE-Serie für alle, die neben politischen Aktionen und alternativem, selbstverwalteten Leben Krimis lesen wollen.

Von Roman Schweidlenka ● Krimis? Das ist doch das Primitive, Ausgeburten billiger Unterhaltungsindustrie, bei denen es keinen Funken gesellschaftskritischer Reflexion gibt. Und: Die Kriminalkommissare, das sind doch diese patriarchalen Macho-Kraken, die meist gut gelaunt, mit glänzend-weißen Zähnen und je fünf blonden Frauen an einer Hand ihrer grimmigen Profession nachgehen.

Nun – schon bei dem Individualanarchisten und Bohemien Simenon und seinem öfters schnaufenden Maigret erscheinen die kleinen Leute, auch jene unter den Brücken, nur allzu menschlich und nicht als Ausgeburten des Teufels, denen biedere gesellschaftliche Verachtung gebührt. Dann erschien Donna Leon, die all das Böse rund um die Lagunenstadt Venedig brandmarkte und dabei denen da oben kein gutes Zeugnis ausstellt – bis hin zur katholischen Organisation Opus Dei, die in der deutschen Ausgabe unter einem Tarnnamen publiziert werden musste. Henning Mankell, der Kommunist Andrea Camilleri ... die Namen politisch engagierter Schriftsteller häufen sich, fast hat Mensch den Eindruck, die politische Agitation habe sich von den Straßen in die Seiten der Kriminalromane verlagert.

Wer jetzt die Nase rümpfen sollte, dem seien etwas Entspannung und die Worte von Gramsci empfohlen: Um so genannte triviale Literaturgattungen für emanzipative Interessen aufzubereiten, »muss das Vorurteil abgebaut werden, das den Popularroman in die Niederungen der Literatur verbannt. Durch dieses Vorurteil ist das Volk der Willkür von Spekulanten ausgeliefert, deren Vorgehen korrumpierend wirkt.«

Na bitte! Das nahm sich auch die 1988 gegründete Reihe »Ariadne Krimis« zu Herzen, die im altlinken »Argument Verlag« erschien und bis heute erscheint. Die feministischen Macherinnen der Reihe waren samt Autorinnen fleißig und brachten über 150 Krimis auf den Markt. Dabei war es oft alles andere als einfach, mit sozialkritischer, feministischer Literatur am kapitalistischen Markt zu bestehen. Die »Ariadne Krimis« werden von Else Laudan betreut. Sie meint: »Für uns und die meisten unserer Autorinnen ist es tatsächlich eine primäre Aufgabe von Kriminalliteratur, gegen Manipulation und Verblödung zu opponieren und herrschende Normen zu bezweifeln bzw. zum Selberdenken und Selberzweifeln anzuregen.«

Wer jetzt motiviert ist, selbst einen Krimi zu versuchen, was immer noch besser ist, als sich zuviel Fernsehserien reinzuziehen, kann auf ein Handbuch für KrimiautorInnen zurückgreifen, das in verständlicher, gut aufbereiteter Form alles über Morde, deren Aufklärung, Gerichtsprozesse und Polizeiarbeit enthält. Erschienen im – erraten! – Argument Verlag / Reihe Ariadne.●

Manfred Büttner, Christine Lehmann: Von Arsen bis Zielfahndung. Das aktuelle Handbuch für Kriminalautorinnen und Neugierige, Hamburg 2009

Anzeige

Hochschule München
Susanne Elsen I Klaus Weber (Hrsg.)
Aktiv für Kinderrechte
ISBN 978-3-940865-11-3

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

20 JAHRE CARL-VON-OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG FLENSBURG

»... auch die Herzensangelegenheiten der Szene pflegen«

Wie fing es vor 20 Jahren an?

Henning Nielsen: Vor 20 Jahren gab es in Flensburg den Buchladen »Tigerberg«, unsere Flensburger linke, alternative Buchhandlung, eine 10-jährige konstante wenn auch immer arg krisengebeutelte Institution. Der Buchladen konnte nur mit größeren Krediten u.a. vom »Netzwerk« überleben. Um diese Zeit gab es einen Wechsel im Buchladen-Kollektiv. Die neuen Leute waren junge Autonome, überwiegend Schüler. Denen war der Laden sozusagen »vor die Füße geworfen« worden, sie hatten eine Einarbeitungszeit von gerade ein, zwei Wochen. Sie stellten allerdings fest, dass sie einen Laden übernommen hatten, der völlig überschuldet war. Von Büchern hatten sie kaum Ahnung, sie wussten deshalb nicht, wie sie aus den Schulden rauskommen sollten. Als ersten Schritt haben sie im Sommer 1989 versucht, daraus einen Plattenladen zu machen. Sie merkten aber schnell, dass man mit Platten noch weniger als mit Literatur verdienen kann. Sie haben es wieder rückgängig gemacht und dann tauchte in der »taz« im Herbst 1989 die Anzeige auf: »Buchladen zu verschenken«. Ich dachte, das kann nicht angehen. Es stand sonst nichts dabei, nur die Telefonnummer kam uns allen bekannt vor.

Es gab in den Tigerberg-Jahren die Konstruktion, dass auf der einen Seite das Laden-Kollektiv die Fäden in der Hand hielt, organisiert als eingetragener Verein, und es gab einen hin und wieder tagenden »Unterstützerkreis« aus der linken Szene. Dazu gehörten verschiedene Einzelpersonen und Mitglieder aus Initiativen, usw. Aus diesen Kreisen kam die Reaktion »Nein, verschenken, das geht nun gar nicht.« Es ging auch um praktische Fragen, dass dort z.B. Anwälte ihre Fortsetzungen drüber laufen hatten und keine Lust hatten, alles umzuorganisieren.

Einer von ihnen sagte mir – ich war gerade arbeitslos: »Du musst jetzt Buchhändler werden.« Ich hatte auch keine fachliche Vorbildung, gehörte »nur« zum Unterstützerkreis. Ich habe dann in Hamburg in der »Gegenwind«-Buchhandlung ein paar Wochen ein Praktikum gemacht und mir einen Grundstock von Kenntnissen angeeignet, ein Konzept mit einigen Freunden entwickelt und bin dann ins kalte Wasser gesprungen. Wir haben eine Kommandit-Gesellschaft gegründet, die den »Tigerberg« übernommen hat. Einige haben mir damals geraten, weil der Laden so verschuldet war, ihn lieber pleite gehen zu lassen. Aber dann hätten wir die Räume nicht gekriegt, und das war damals aus unserer Sicht das Wichtigste. Der Laden hatte immerhin eine Nähe zur Einkaufsstraße, er hatte vorher schon verschiedene Standorte am Burgplatz und in der Norderstraße ausprobiert, das hatte alles erheblich größere Nachteile. Wir waren froh, dass wir so dicht dran waren.

Wir wollten eigentlich eine GmbH gründen, aber das dafür nötige Geld kriegten wir am Anfang nicht zusammen. Deshalb kam es zu einer Kommanditgesellschaft, die wesentlich undemokratischere Rechtsform: Die GesellschafterInnen geben ihr Geld, sonst haben sie mit den Abläufen wenig zu tun, und der Komplementär, der »persönlich haftende Gesellschafter« ist der Alleinentscheidende. Aber er ist auch der Dumme, wenn es schief geht.

Andrea und Henning Foto: Gegenwind

Und das warst Du dann?

Ja. Unser Konzept sah vor, auf der einen Seite die politischen Ansprüche des »Tigerberg« nicht fallen zu lassen. Auf der anderen Seite wollten wir uns aber auch als normale Buchhandlung etablieren, uns die Möglichkeit erarbeiten, andere Kreise anzusprechen. Wir wollten Schulen und die Universität, damals noch die PH, als Kunden gewinnen, außerdem wollten wir für ein interessiertes literarisches Publikum eine Adresse werden. Es gab viele Hindernisse, weil es schwer war, vom alten engen »Szene«-Image loszukommen. Daher waren die ersten Jahre ein Hürdenlauf, bei Institutionen war Vertrauen verloren gegangen, um es mal so zu sagen. Wir haben bei der Uni unheimlich lange gekämpft, um von dort auch Bestellungen zu bekommen. Es kam damals ein neuer PH-Professor aus Würzburg, sehr engagiert, der wollte, dass seine Bücher bei uns bestellt werden. Es gibt zum Einstieg in diesen Einrichtungen immer einen größeren Sonderetat, aber die Leiterin der Bibliothek sagte, sie müsste sich den Laden erst mal angucken bevor sie dort bestellen würde. Aber er lag nie auf ihrem Heimweg, sie hat es nie geschafft, nur einen Blick hineinzuwerfen. Prof. B. erzählte, er sei noch nie so auf Granit gestoßen wie hier in Flensburg. Aber irgendwann trudelten »versuchsweise« die ersten Aufträge ein, und seitdem sind wir ein normaler Lieferant wie andere auch.

Wie viele Jahre hat es gedauert, bis Du sicher warst, der Buchladen existiert wirklich?

Ende der 90-er Jahre haben wir besseres Fahrwasser erreicht, aber Flensburg ist und bleibt ein schwieriges Umfeld, es gibt eine vielfache, etablierte Konkurrenz, die auch nicht schläft und irgendwelche Nischen für uns übrig lässt. Die Lage in einer Nebenstrasse war ein weiteres Handicap. Wir sind seit zwei Jahren hier in der Fußgängerzone, anfangs sah es sehr rosig aus und wir haben damit umsatzmäßig einen enormen Sprung gemacht – leider jetzt auch in den Kosten. Seitdem hier eine Mieterhöhung wirksam ist, müssen wir wieder kämpfen. Wir werden ja auch alle nicht jünger, deshalb muss es einfach gehen, weil es keine Alternative mehr gibt. Heute ist es so, dass wir das Buchhandelsgeschäft zu zweit machen. Ich bin Geschäftsführer, Andrea ist hier angestellt. Wir sind beide immer noch sehr motiviert, die Lust auf die Literatur ist geblieben!

Aber in Flensburg ist alles sehr zentralisiert. Das geschäftliche Leben tobt dort hinten am Holm, und hier in der Großen Straße, der Fortsetzung, passiert weniger bei einem enorm hohen Mietniveau. Seit der Sanierung der Fußgängerzone vor 2 Jahren ist dieser Teil der schönere Teil der Fußgängerzone, im Sommer haben wir mehr Touristen, weil es hier die besseren, netteren Cafés gibt. Aber die Hauptkundenströme konzentrieren sich auf das Zentrum, und das liegt ein paar Hundert Meter entfernt. Und alle können alles bedienen: Wer ein Buch bestellen will, kann es überall bestellen, sie oder er muss es nicht in der »Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung« bestellen.

Foto: Gegenwind

Wie ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Leuten aus der Szene, die bei Euch einkaufen, und Laufkundschaft oder Touristen, die zufällig hier rein geraten, wenn Du die Situation vor 20 Jahren mit heute vergleichst?

Wir sind aber immer der Buchladen für die alternative oder linke Szene geblieben. Wir sind auch stolz darauf, das zu sein und auch nach wie vor die Herzensangelegenheiten der Szene zu pflegen. Aber schon im Heiligengeistgang haben wir mehr von den Krimilesern gelebt als von denen, die politische Bücher haben wollten. Politik war am Umsatz immer ein verschwindender Anteil, selten über fünf Prozent. Wir haben immer weitaus mehr von literaturinteressierten Menschen gelebt und von Institutionen wie Schulen und Hochschulen. Heute haben wir durch die bessere Lage zusätzlich mehr Laufkundschaft. Es entdecken mehr Literaturinteressierte, dass wir das anspruchsvollere Programm anbieten. Und wir haben jetzt, wie die Meldorfer seit zwei Jahren, ein »Sommergeschäft« mit Touristen, das ist eine sehr erfreuliche, notwendige Entwicklung.

Welche Rolle spielen heute die Unterstützer der Buchhandlung?

Die sind zum großen Teil Gesellschafter geworden, aber das schon seit Jahren. Wir sind sehr froh, dass uns fast alle die Treue halten. Nur ganz Wenige sind aus persönlichen Gründen ausgeschieden oder sind weggezogen. Unser nächstes Umfeld, unser Stammpublikum ist uns enorm wichtig, weil das unser Standbein ist, ohne die geht es nicht.

Aber die Gesellschafter sind politische Anteilseigner, also legen ihr Geld nicht wegen der Rendite an?

Genau sie haben ihr Geld hier angelegt, damit das Projekt existiert. Die Rendite hängt vom Jahresergebnis ab und da haben sie über die 20 Jahre eher finanziell zugesetzt.

Was macht die Buchhandlung denn außer Bücher zu verkaufen?

Nach wie vor organisieren wir Lesungen. Es hängt allerdings davon ab, was einem angeboten wird, welche Möglichkeiten sich ergeben. Lesungen sind für uns eine Werbemaßnahme, wir setzen dabei finanziell zu. Es gibt nur ganz wenige Veranstaltungen, aus denen wir plusminus Null herausgekommen sind, zum Beispiel früher mit Rafik Schami oder Dorothee Sölle, also mit bekannteren Autorinnen und Autoren. Zum Umzug haben wir vielleicht etwas zu anspruchsvolle literarische, politische Veranstaltungen mit Clemens Meyer und anderen gemacht. Die waren inhaltlich sehr gut, aber schlecht besucht. Auch eine politische Veranstaltung wie zum Beispiel mit Karl-Heinz Delwo ist kein Selbstgänger: Eine wunderbare Veranstaltung, aber leider kamen nur 10 Leute.

In den letzten Jahren fällt auf: Wir können nicht einfach nur eine Lesung machen, wir müssen daraus ein richtiges Event zelebrieren. Wir müssen etwas Unterhaltsames drum herum organisieren, es reicht für ein größeres Publikum nicht, wenn jemand »nur« liest.

Unser letztes Highlight war eine Lesung mit Edgar Hilsenrath. Wir hatten ihn bereits im Gründungsjahr 1990 ins »Volksbad« eingeladen, und 2008, ein halbes Jahr nach dem Umzug, haben wir ihn zusammen mit seinem Verleger wieder eingeladen. Er ist inzwischen sehr alt, aber sehr hellsichtig und sehr klar. Mit leiser Stimme, aber trotzdem sehr bestimmt hat er aus seinen jüngsten Werken vorgetragen. Diesmal hatten wir einen Sponsor gefunden, da sind wir finanziell solide rausgekommen, aber das ist die Ausnahme. Wir möchten gerne das machen, wozu wir auch Lust haben, aber das finanzielle Risiko ist nur schwer zu (er-)tragen: Zu unserem Jubiläum machen wir eine szenische Lesung mit zwei guten Schauspielern über das Leben von Erika und Klaus Mann, ich bin sicher das wird eine wunderbare Veranstaltung, aber ich fürchte auch: ein finanzielles Desaster.

Worin besteht heute das Politische am Laden?

Auf der einen Seite haben wir nach wie vor einen großen Bereich von aktueller politischer Literatur, also z.B. zur Finanzkrise, zur belasteten deutschen Vergangenheit, zum Thema Umwelt, zur Migration – alles was aktuell interessiert. Darüber hinaus haben wir Ansprüche an die »schöne Literatur«, die Romane und Erzählungen. Wir führen natürlich auch »leichtere« Literatur, wobei die Bemessungsgrenze bei jedem anders ist. Der eine findet dieses unter Niveau, die andere jenes. Für einige sind schon Krimis an sich unter Niveau, das ist natürlich immer relativ. Wir sehen schon zu, dass unsere politischen Interessen sich auch in der Belletristik wieder finden lassen.

Gibt es spezielle Kontakte zu anderen Buchläden in Schleswig-Holstein, zum Beispiel Meldorf und Kiel?

Das ist alles eingeschlafen. Man kennt sich persönlich, aber es gibt keine speziellen Kontakte mehr, vielleicht liegt das auch daran, dass wir alle spezifische Bedingungen vor Ort haben, die sich nicht einfach vergleichen lassen. Wenn ich da bin, gucke ich gerne rein, aber das gilt generell für alle kleineren oder spezielleren Buchhandlungen.

Henning Nielsen Foto: Gegenwind

Wie sind die Kontakte zu anderen Buchhandlungen in Flensburg? Seid Ihr Außenseiter oder seid Ihr als Kollegen akzeptiert?

Da gibt es keine Probleme. Überall haben Generationswechsel stattgefunden. Kontakte zu großen Häusern wie Weiland gibt es kaum, zu einzelnen Angestellten vielleicht und bei den alteingesessenen Läden kennt man sich gut.

Welche Bedeutung hat dieser Buchladen für die Szene?

Bei Aktionen ist dies natürlich die erste Anlaufadresse. Jetzt bei der Menschenkette, von Krümmel nach Brunsbüttel, gab es hier wie auch in den Bio-Läden die Busfahrkarten, aber die meisten Karten wurden hier verkauft. Auch bei Antifa-Demos, mit der Fördebande oder Antifa-Bündnissen, sind wir immer der Anlaufpunkt, wo die Busfahrkarten angeboten werden, zuletzt bei der Fahrt nach Dresden.

Wie sieht die Zukunft aus?

Je mehr die gegenwärtige Krise in den Alltag vorrückt, desto mehr berührt sie uns auch. Die Leute sind vorsichtiger, auch wenn sie aus meiner Sicht vielleicht das Geld hätten, gehen sie sorgfältiger mit ihrem Geld um. Man hört wieder öfter »Ich warte auf die Taschenbuch-Ausgabe.« Auch die öffentlichen Einrichtungen sind ein Problem. Studenten kaufen immer weniger Bücher, sie leben heute von »Skripten«, zusammenkopierten Readern und vom Internet. Und die Technik-Bereiche von der FH sind an uns schon immer vorbei gegangen, die haben die großen Buchhandlungen schon immer besser bevorratet. Und dass eine Studentin, ein Student ein grundlegendes Buch zur Erziehungswissenschaft kauft, ist leider eher die Ausnahme geworden.

Gerade weil wir inzwischen gute Kontakte zur Zentralen Hochschulbibliothek haben, hat es für uns eine immense Bedeutung, wenn die neue Landesregierung die Uni zur PH zurückstufen würde.

Es gibt keine sichere Bank für die Zukunft. Und wie der Markt sich entwickelt, kann man auch nicht vorhersagen. Es bleibt schwierig.●

Interview: Reinhard Pohl

Aus: Gegenwind – Politik und Kultur in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 261, Juni 2010

Anzeige

KOMMUNIQUE # 3

AUTONOMES ZENTRUM KÖLN

»Der Kampf hat gerade erst begonnen«

In einer öffentlichen Erklärung haben die BesetzerInnen der ehemaligen Werkskantine im Kölner Stadtteil Kalk gegen die trickreiche und fantasiearme Politik von Stadtverwaltung, Oberbürgermeister Jürgen Roters und Stadtsparkasse im Juli Stellung genommen. »Eine Gesellschaft, in der die bewaffnete Staatsmacht dafür sorgt, dass ein Haus seinen menschlichen Zweck nicht erfüllt, ist offenkundig verrückt.«

Seit 77 Tagen besteht das Autonome Zentrum in Köln-Kalk. In dieser Zeit haben – ganz ohne Übertreibung – zigtausende BesucherInnen in über 180 Veranstaltungen diesen besonderen Ort genutzt und selbst mitgestaltet. Das erste rechtsrheinische Kino wurde gegründet, in zahlreichen Workshops wurden Fähigkeiten weitergegeben, die wöchentliche Arbeitslosenberatung half vielen Menschen bei Problemen mit der AR-

Eine Gesellschaft, in der die bewaffnete Staatsmacht dafür sorgt, dass ein Haus seinen menschlichen Zweck nicht erfüllt, ist offenkundig verrückt.

GE, dutzende Konzerte verschafften lokalen Bands endlich kostenlose Auftrittsmöglichkeiten, Ausstellungen fanden ihr Publikum, politische Gruppen nutzten das Haus für ihre Arbeit – alles selbstverwaltet und unkommerziell, ohne einen Cent von der Stadt. Die Idee eines Ortes, an dem Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel Kultur genießen und schaffen können, ist angekommen. Das Autonome Zentrum ist seit seiner Gründung am 16. April 2010 ein voller Erfolg. Dass dazu ein Gebäude illegal besetzt wurde, ist die eine Sichtweise. Dass die Stadtsparkasse dieses Gebäude seit fast 10 Jahren verrotten lässt und es nun zum ersten Mal wieder sinnvoll genutzt wird, die andere. »Eine Besetzung ist der falsche Weg« erklärte uns OB Roters im gestrigen Gespräch. Wir finden: nach 1 1/2 Jahren erfolgloser Gesprächsgesuche durch die Kampagne Pyranha war die Besetzung der einzig richtige Schritt.

Dabei haben Stadt und Stadtsparkasse in den letzten Jahren immer wieder eindrucksvoll bewiesen, dass aus illegalen Aktionen Recht werden kann. Ob Oppenheim-Esch, Verkauf der Messehallen, unzulässige Gutachten zum Ausbau des Godorfer Hafens oder das Müllverbrennungsmonster: sobald es um Millionenbeträge geht, drückt man gerne mal alle Augen zu. Doch wenn ein ungenutztes Spekulationsobjekt mit Leben gefüllt wird, ruft man nach der Polizei. Die Doppelmoral wird dabei fleißig durch Lügen gestützt: trotz anderslautender Fakten will niemand etwas von einer geplanten Räumung gewusst haben; unbewiesene und von Architekten und Statikern offiziell widerlegte »bauliche Mängel« werden vorgeschoben; in Pressemitteilungen werden Gelder »abgelehnt«, die nie von uns gefordert wurden.

Die Hofseite des Autonomen Zentrums Köln Foto: AZ

Zur Erinnerung: von den BesetzerInnen des »Sozialen Zentrums Pingutopia« am Eifelwall (2004) wurde eine Zwischennutzung vorgeschlagen – doch das Gebäude wurde noch am Tag der Räumung abgerissen und lag dann 3 Jahre als Schutthalde herum. Die 200 frisch renovierten Wohnungen des Barmer Blocks wurden nach der Besetzung 2006 ebenfalls abgerissen – seitdem kann man dort »Deutschlands teuersten Parkplatz« bewundern. Wird es mit der Wiersbergstraße genauso laufen? Ein weiteres Brachgelände in Kalk scheint Stadt und Stadtsparkasse lieber zu sein als ein kostengünstiges kulturelles Angebot im sogenannten »Problemstadtteil«.

Wir sind stinksauer. Während wir seit vielen Wochen mit Entscheidungsträgern aus dem Kölner Rat und der Kalker Bezirksvertretung über eine Legalisierung des Autonomen Zentrums verhandeln, hat ein kleiner Kreis aus SPD, Stadtverwaltung und Stadtsparkasse schon lange beschlossen: das AZ soll geräumt werden. Das Gespräch mit Jürgen Roters am letzten Donnerstag war unter diesen Vorzeichen nur mehr eine Farce, die Ergebnisse standen schon lange vorher fest. Es war ein seltsames Spiel: sobald wir gute Argumente gegen die Bedenken des Oberbürgermeisters vorgebracht haben, wurde das Thema gewechselt. Damit ist für uns klar, dass OB Roters kein Autonomes Zentrum will. Sein Wahlkampfgeschwätz, ein Autonomes Zentrum sei ihm »eine Herzensangelegenheit«, ist damit endgültig als Lüge enttarnt und kann zu den zahlreichen anderen Lügen (wie war das mit der Kulturförderung?) abgelegt werden.

Dass OB Roters dabei seinen Koalitionspartner hintergeht, bedarf keines Kommentars – Dienstag morgen sollte das AZ ohne Wissen der Grünen-Fraktion geräumt werden. Nachdem wir über verschiedene Kanäle mobilisiert haben, sagte die Polizei die Räumung noch in der Nacht zu Dienstag ab. Wir, die NutzerInnen des Autonomen Zentrums, haben eine Stärke erreicht, die weit über militantes Gebaren hinausgeht. Das Autonome Zentrum kommt – so oder so. Wir sind weiterhin offen für Verhandlungen. Wenn es aber kein Interesse gibt, über eine Legalisierung des Gebäudes zu sprechen, bleiben wir eben illegal. Wenn das besetzte Gebäude in der Wiersbergstraße geräumt wird, besetzen wir eben ein anderes. Und wenn Herr Roters nicht versteht, warum wir das alles machen, werden wir ihn gerne immer wieder besuchen, um das zu erläutern.

Unser Dank gilt allen Menschen, die uns seit vielen Wochen ernsthaft und mit großem Engagement begleiten und unterstützen. Der Kampf um ein Autonomes Zentrum hat gerade erst begonnen. Wir sehen uns auf der Straße. Wir sehen uns im Autonomen Zentrum.●

BANNER IM AUTONOMEN ZENTRUM KÖLN KALK

Ein Ort für intergalaktische verrückende ungeschminkte rumprobierende autonome pinkvermummte blumenschmeißende kreuz- und queerliebende utopische realistische träumende pogotanzende unvernormte gottlose haschischspritzende bäumeumarmende aussteigende konsumverweigernde dunkelbunte gutmenschelnde zottelige rebellische gipfelstürmende tofuessende selbstorganisierende freiheitsliebende globalvernetzte radikale solidarische Wesen dieser Welt.

AUS DEM BENUTZER/INNEN-HANDBUCH DES AUTONOMEN ZENTRUMS KÖLN KALK

Das Autonome Zentrum ist ein Treffpunkt für organisierte und nicht-organisierte Menschen aus den verschiedensten sozialen, politischen und kulturellen Zusammenhängen. Es bietet einen unkommerziellen Raum für Ausstellungen, Infoveranstaltungen, Gruppentreffen, Konzerte, Parties, Kneipe, Essen, Kino und vieles mehr. [...] Im Autonomen Zentrum wird entlang emanzipatorischer Inhalte parteiunabhängige Politik und Kultur betrieben. [...] Das Gelingen der Veranstaltungen und der Fortbestand des Autonomen Zentrums liegen bei verantwortungsbewussten BesucherInnen, die sich immer als handelnde Subjekte und nicht als passive KonsumentInnen wahrnehmen.

HOFFNUNGEN UND PROBLEME IM FREIRAUM »AZ«

Punk neben Dreadlock-Hippie, Mama und Alt-Hausbesetzer

Anna ist 26 Jahre alt und arbeitet als Logopädin in einer Praxis mit Kindern. Dabei merkt sie täglich, wie schwer es viele Kinder haben, in der Schule zurechtzukommen. Und wie schmerzlich es für viele Eltern ist, ihren Kindern nicht das ermöglichen zu können, was sie möchten, weil sie zu den Randgruppen, den Ausgegrenzten der bundesdeutschen Gesellschaft zählen. Dass die Kluft zwischen ganz Reichen und ganz Armen immer breiter klafft, wurmt sie ebenso wie alltägliche Unterdrückung, Rassismus und Sexismus. Der Vorsatz, daran etwas zu ändern, hat sie zur »Kampagne Pyranha« und zum Autonomen Zentrum Köln gebracht. Dort wirkt sie jetzt in der »AG Heimkinder-Aktion« mit.

Dabei hatte sie sich zunächst dagegen gesträubt: »Schon wieder ein Sozialjob? Ich bin doch hier nicht auf der Arbeit!« Ihre FreundInnen konnten sie aber schließlich überzeugen, dass gerade Anna genau an diesem Platz gebraucht wird, weil sie anders als die meisten anderen AZ-Aktiven Erfahrungen und Vorwissen in diesem Feld einbringen könne. Was sie auch tat. Das verlief keineswegs konfliktfrei. Etwa, was den Umgang mit Menschen mit Psychosen angeht. »Schließlich«, so Anna, »finden wir, dass jeder Mensch erst mal hier sein darf. Wir wollen nicht sagen: Du hast einen an der Birne, du musst hier raus; wir wollen hier nur gesunde Menschen sein! Das sind ja Leute, die die Gesellschaft ausgrenzt.

– Inwiefern ist es aber auch so weit, dass ein Verhalten nicht mehr tragbar ist?« Einige plädierten, wenn NutzerInnen des AZ sich selbst- oder fremdgefährdend agierten, für die Klinik, andere empörten sich über derlei Ansinnen: »Ihr schickt diese Menschen in den Knast!« Annas AG plant nun eine Veranstaltung zu diesem Thema, die Vorurteile gegen psychiatrische Fachkliniken thematisieren und abbauen soll. Allerdings liegt dieses Vorhaben erst mal wieder auf Eis, »weil es angesichts von Räumungsabsichten derzeit wichtigere Dinge gibt«.

Es jagen sich die Krisen-Plena. Nie hätte Anna zuvor geglaubt, dass sie vor vierzig, fünfzig Menschen sprechen und sogar die Redeleitung übernehmen könnte. Aber wenn sich sonst niemand findet, übernimmt sie es mittlerweile gar nicht ungern. Und was sich noch verändert hat im »AZ-Rausch«: »Dass ich mich unglaublich verantwortlich fühle, auf das Haus aufzupassen, damit es schön und einladend ist. Ich feiere auch ganz anders, übernehme immer irgendwelche Dienste, wenn hier Feten sind. Ich habe das Gefühl, in diesem Haus herrscht ganz viel Begeisterung.«

Anna fasziniert es auch, dass sich hier Generationen mischen und die freie Selbstorganisation ausstrahlt in andere Szenen in anderen Städten und Staaten. Man besucht sich gegenseitig. AZler aus Köln haben sich in ähnlichen Projekten in Hamburg und in Freiburg umgesehen. Und Anna hofft auf Nachfolgeprojekte auch andernorts in Nordrhein-Westfalen, dass »Leute zusammenkommen, um sich zu politisieren – linksradikale, linksautonome, links whatever, die sich treffen, um Aktionen zu planen und rauszuwirken in die Gesellschaft.

Dazu braucht man große Häuser wie die ehemalige Werkskantine hier in Kalk, damit wirklich viele Menschen kommen können, wo man Material lagern und zusammenbauen kann, Großpuppen, Riesen-Transparente usw. Hier kann man in großem Stil große Sachen machen.«●

Der Eingang zum Autonomen Zentrum Köln Foto: AZ

INTERVIEW MIT EINEM AZ-AKTIVEN

AUTONOMES ZENTRUM KÖLN

»Wir sind gewaltfrei, friedlich, lustig«

CONTRASTE: Alberto, du bist von Anfang an dabei gewesen beim Aufbau des Autonomen Zentrums in Köln. Magst du etwas zu dir und deinem Hintergrund und deiner persönlichen Motivation sagen?

Alberto: Ich bin aus Italien, bin 25 Jahre alt und wohne seit drei Jahren in Köln und arbeite hier. In Italien habe ich visuelle Kommunikation studiert und in Spanien Filmwissenschaft. Hier habe ich ein Praktikum gemacht. Und weil es mir in Köln gefallen hat, bin ich geblieben. Vor eineinhalb Jahren bin ich in die Kampagne »Pyranha« eingestiegen. Das kam so: Mein Freund und ich sind nach einem Kinobesuch nach Hause gegangen, und zufällig habe ich da die »Finanztransaktion« gesehen.

Was war das für eine Aktion?

Da haben Menschen im Vorraum einer Bank eine Party gefeiert! Dann kam plötzlich die Polizei. Aber bevor die noch irgend etwas sagen konnte, sind alle wieder rausgegangen – zur nächsten Filiale, um da weiter zu feiern. Ich dachte: Hej, da muss ich mitmachen. Das ist eine geile Aktion, während der Finanzkrise einfach zu sagen: ej, die Banken haben Scheiße gebaut. Und die Allgemeinbevölkerung soll zahlen, und für kulturelle und soziale Einrichtungen ist kein Geld da. Ich fand das eine gute Idee, die Vorräume der Banken zu nutzen, um zu tanzen, und der Stadt zu zeigen: wenn wir kein Gebäude bekommen, dann machen wir alle unsere Aktionen auf der Straße. Seitdem bin ich bei der Kampagne »Pyranha«.

Was macht die Kampagne »Pyranha« denn sonst noch?

Es gab zum Beispiel auch Lesungen in den U-Bahnen, Impro-Theater, Konzerte, Open-Air-Kino. Jede Menge Kultur-Aktionen. Das fand ich total lustig und schön. Vor allem zu beobachten, wie die Leute, die nichts mit der Kampagne zu tun hatten, mit eingestiegen sind. Es war so lustig und gleichzeitig politisch – eine gute Mischung. Das Ziel war ein Autonomes Zentrum. Wir haben zuerst versucht, das durch den legalen Weg zu bekommen, haben mit den Politikern gequatscht, bisschen Druck gemacht. Sie haben viel versprochen: jaja, das ist mir eine Herzensangelegenheit, sagte Oberbürgermeister Jürgen Roters vor seiner Wahl. So sind die Politiker: Vor der Wahl versprechen sie viel, und nach der Wahl vergessen sie alles. Und wir sagten: Okay, wenn ihr nichts macht, dann machen wir das. Und dann haben wir uns das AZ genommen. Das fand ich auch richtig und gut.

Was machst du im AZ?

Ich mache viel, wie andere auch. Vor allem Putzen. Man muss da viel putzen, und es gibt viel Orga zu tun. Die Verwaltung frisst viel Zeit und Energie. Aber es bleibt auch noch Zeit und Energie, um anderes zu tun: Die Veranstaltungen, Kunst und Kultur. Ich versuche beides zu machen, nicht nur Verwaltung. Am Anfang war das ein bisschen schwierig: Wir mussten ja erst alles aufbauen und organisieren. Jetzt haben wir schon etwas mehr Zeit für Kunst, Kultur und Politik.

Was machst du außer Putzen und Orga-Kram?

Es macht mir Spaß, Aktionen zu organisieren. Ich mache bei verschiedenen AGs mit. Und ich gebe Italienisch-Unterricht. Fünfzehn, zwanzig Leute haben den Kurs begonnen, beim jüngsten Termin waren wir immerhin noch zehn. Ich bin da nicht der klassische Lehrer. Zusammen mit einer Frau, die auch mitmacht, fragen wir die Teilnehmenden: Was wollen wir heute machen? In der letzten Stunde haben wir dann Verben konjugieren geübt. Da lernt man vielleicht nicht so schnell wie im herkömmlichen Unterricht, aber jede und jeder kann seine Interessen einbringen. Dann bilden wir kleine Gruppen. In jeder Gruppe ist ein Mensch, der schon gut Italienisch kann und den anderen etwas beibringt.

Was gefällt dir noch gut im AZ?

Es ist schön, dort andere Menschen kennen zu lernen. Die meisten bleiben ja immer in ihrer Szene. Aber im AZ gibt es die Möglichkeit, mit vielen sehr verschiedenen Menschen in Kontakt zu kommen. Es gibt Punker, alternative Leute, normale Bürger, viele Kiddies, Leute aus anderen Städten und anderen Ländern. Das ist richtig schön. Man kann von deren Erfahrungen lernen.

Warst du in Italien auch schon politisch aktiv?

Da habe ich auch schon Autonome Zentren besucht. Aber nur als Nutzer. Ich war auch auf verschiedenen Demos. In Spanien ebenso. Dort auch schon als Mit-Veranstalter. Aber ich bin nicht so richtig reingekommen. Da gab es so eine Wand zwischen den Leuten, die es veranstaltet haben und den Nutzer_innen. Leider habe ich nicht so viel getan, um diese Wand einzureißen. Ich habe mich gepuscht gefühlt, und dann habe ich nichts mehr gemacht, sondern es nur genutzt. Aber hier mit den »Pyranhas« habe ich mich komplett anders gefühlt, es war sofort: ja, komm mach mit, obwohl ich am Anfang nicht so gut Deutsch konnte. Sie haben mir immer Zeit gelassen, meine Meinung zu sagen. Ich liebe diese Kultur, die es hier in der deutschen linken Szene gibt, dass jeder die Möglichkeit hat, was zu sagen, diese Plenumskultur mit Handzeichen und Redeliste. In Spanien oder Italien ist das ganz anders: man muss fast schreien, muss kämpfen, um etwas zu sagen. Wer am lautesten sprechen kann, gewinnt. Das finde ich doof.

In welchen AGs bringst du dich im Kölner Autonomen Zentrum ein?

Ab und zu in der Party-AG. Und in der Struktur-AG; ich versuche, überall ein bisschen mitzumischen.

Heute sind wir hier mit vielen Leuten vor dem Rathaus, um die drei, die mit dem Oberbürgermeister reden, zu unterstützen. Da habe ich auch die Verhandlungslinie im Plenum mitbestimmt. Ich verspreche mir allerdings nicht viel davon. Schon dass er uns eine Stunde warten lässt, ist schon ein Zeichen, was wir von ihm erwarten können. Er hat uns ja schon einmal belogen. Vor der Wahl hieß es »Herzensangelegenheit«, und seitdem hat er gar nichts mehr verlauten lassen. Diesen Termin haben wir nur bekommen, weil wir das Rathaus besetzt hatten. OB Roters hatte da einen Auftritt und wollte uns loswerden, deswegen bekamen wir den Termin. Das finde ich scheiße. Dieses Wartenlassen ist respektlos.

Wie viele seid ihr jetzt in der Kampagne?

Viele. Unterstützer – ich würde sagen zwischen fünfzig und dreihundert, vielleicht sogar mehr. Es gab Veranstaltungen, wo drei- bis vierhundert Leute da waren. Der Kern sind vielleicht fünfzig. Unter anderem Leute aus der »Pyranha Kampagne«, die schon vorher dabei waren, die übrigen sind jetzt beim AZ dazugestoßen. Es ändert sich auch je nach Aktion.

Wie würdest du euren ideologischen Hintergrund beschreiben?

»Pyranhas« sind viele verschiedene Menschen mit vielen verschiedenen Meinungen. Ich würde es nicht als Anarchismus beschreiben, obwohl es auch Anarchist_innen dabei gibt. Es hat Komponenten davon: der Ungehorsam zum Beispiel. Aber der »schwarze Block« z.B. sind auch Anarchist_innen, aber wir haben gar nichts mit dem »schwarzen Block« zu tun. Wir sind gewaltfrei, friedlich, lustig, kreativ. Ich würde das nicht unter ein politisches Label definieren.

Aber antikapitalistisch?

Ja, antikapitalistisch, sofern es möglich ist. Es ist uns bewusst, dass wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben und arbeiten, zahlen Steuern und Gebühren. Das Ziel ist, da rauszukommen, aber ich bin vorsichtig mit den Begriffen. Ich will zwar den Kapitalismus überwinden – aber Tatsache ist, dass ich auch mitmache. Ich zahle z.B. meine Steuern. Das AZ ist ein Inselchen. Wir können nicht so schnell raus. Es ist ein Prozess. Das AZ ist ein guter erster Schritt.

Was gefällt dir am besten am AZ?

Die Selbstorganisation. Wie alle mit entscheiden. Trotzdem gibt es auch viel Spielraum, allein etwas zu machen. Die wichtigen Entscheidungen treffen wir alle zusammen. Aber wenn man einen Sprachkurs anbieten will, muss das nicht aufs Plenum. Man sagt: ej, ich habe Bock das zu machen, klebt das Plakat an die Veranstaltungswand und macht es. Ohne Bürokratie. Wir haben ganz, ganz wenig Verwaltung, und das finde ich cool, weil so das Potential, das in den Leuten steckt, sich schneller entfaltet. Nicht immer warten, dass jemand ein Okay gibt. Man braucht kein Zertifikat, keinen »Abschluss«. Diese Selbstorganisation ist verdammt schwierig. Weil – es gibt so viele verschiedene Menschen mit verschiedenem Bewusstseinsstand. Wir müssen versuchen einen Minimalkonsens zu finden und zusammen zu arbeiten. Das ist richtig schwer, aber wenn das klappt, ist es richtig geil.

Was sind die hauptsächlichen Schwierigkeiten?

Sie sind in uns. In uns als Menschen. Am Anfang z.B. gab es Leute von den »Pyranhas« und den Antifa-Gruppierungen, die ein konkretes Ziel haben. Aber es sind auch viele gekommen, die gar nichts mit politischen Gruppen zu tun haben, auch viele verschiedene Bewusstseins-Levels. Viele Jugendliche auch. Anfangs war es so: Die mit einem klaren politischen Ziel haben Verwaltung und Organisation gemacht, und andere, die sogar hier wohnten, haben gar nichts gemacht, aber viel Dreck hinter sich gelassen. Wir haben geräumt und geputzt und uns nicht die Zeit genommen, mit diesen Menschen zu sprechen. Es kam ein Punkt, wo wir keine Energie mehr hatten. Dann haben wir ein Plenum einberufen, wo diese Punker und Jugendlichen zum ersten Mal auch gekommen sind. Und dann haben wir gesagt: Ej Leute, wir brauchen euch und eure Unterstützung. Das ist ein AZ und keine Disco und kein Mama-Hotel, hier müssen alle mitmachen. Und wenn ihr das nicht tut, ist das gegen uns. Weil wir Zeit opfern müssen, um euren Dreck wegzuputzen. Und dann war ihnen klar, dass sie mitmachen müssen. Und das macht auch Spaß. Es war so schön zu sehen: diese jugendlichen Punker – sechzehn, siebzehn Jahre alt, die, glaube ich, vorher nix gemacht hatten, gar nix, dass die sich auch eingebracht haben: Sie haben Tagesverantwortung übernommen, Nachtverantwortung, Putzerei – alles. Das war zum Weinen, richtig schön zu sehen: Ah, die machen auch mit! Danach war es so einfach. Trotzdem kommen natürlich wieder Probleme. Aber ihnen war dann klar: Das ist auch unser Haus. Das war schön zu erleben.

Würdest du dir etwas anders wünschen?

Na ja, mir ist klar, dass für viele Leute die Prioritäten woanders liegen – Arbeit oder Studium, keine Ahnung. Viele Menschen kommen vorbei und nutzen das AZ. Aber es ist nicht ihre Priorität, weil sie denken, andere Menschen machen das. Ich kann es immer nutzen, wenn ich will, aber ich muss nicht so viel machen. Das finde ich ein bisschen schade. Ich glaube, vielen ist nicht klar, was dieses AZ bedeuten kann. Das ist ein erster Schritt zu einer Revolution – obwohl sich das ein bisschen naiv anhören kann. Ich würde mir wünschen, dass mehr Leuten klar wird, was es bedeuten kann, und dass sie ihre Prioritäten verändern und sagen: Okay, ich kann im Studium eine Pause einlegen, oder ich kann öfter blau machen und hier bleiben, um etwas hier zu tun. Wenn wir das jetzt nicht machen – wann dann? Es ist einfach, zu sagen: Ja früher oder später wird ein Tag kommen, dieser gewisse Montag – und die Revolution ist da. Nee, die Revolution ist ein Prozess. Ein verdammt langer Prozess, und ganz schwierig. Man muss viel Energie investieren und auch den Kleinkram lösen. Es gibt geile Aktionen, tolle Shows – aber dazwischen gibt es jede Menge kleine Probleme, auch Teller zu spülen, und das ist auch Revolution, das muss jemand machen.

Und wenn geräumt wird, was dann?

Weitermachen, weitermachen, weitermachen. Scheißegal, wir machen weiter. Wir lassen uns nicht stoppen. Das ist nur ein Gebäude, nur Backsteine und Fensterglas. Das AZ ist in uns. Auch wenn wir es ab und zu vergessen. Wir sind das AZ. Nicht dieses Gebäude. Auch wenn die uns räumen, machen wir weiter. Das muss ihnen klar sein.●

Interview: Ariane Dettloff, Redaktion Köln

Beflaggter Schornstein des Autonomen Zentrums Köln — Foto: AZ

Anzeige

Schutz für Menschenrechtler

Handlungsspielräume in den Philippinen als Menschenrechtsbeobachter_in ermöglichen

Aktiv werden, Team kennenlernen
I.P.O.N.: Hinrichsenstr. 40, 20535 Hamburg
040-25491947, www.ipon-philippines.org

FREIRÄUME

AUTONOMES ZENTRUM KÖLN

Auf jede Hierarchie wird verzichtet

Joachim, 25, studiert in Köln Design und ist seit zwei Jahren in der Initiative für ein Autonomes Zentrum engagiert. Schon als Schüler war er in seinem dörflichen Umfeld in Sachen Antifa unterwegs. Seine Mutter hatte sich für KZ-Überlebende aus der Gruppe der Roma und Sinti eingesetzt, die aufgrund schikanöser bürokratischer Hemmschwellen immer noch keine Rente bekommen. Bei der Weinernte hatte Joachim mit Wanderarbeitern aus verschiedenen Nationen zusammengearbeitet und lehnte jegliches Klischeedenken ab – sei es rassistisch oder sexistisch oder sonst wie begründet. Der Aufkleber mit durchgestrichenem Hakenkreuz auf seinem Rucksack hatte ihm damals Attacken aus der Nazi-Szene eingetragen. Joachim hat CONTRASTE seine Entwicklung zum Aktivisten im »Autonomen Zentrum« geschildert und dabei die Entstehungsgeschichte des AZ aus seiner Perspektive dargestellt.

Von Joachim ● Als Kölner Student bin ich über Freunde in die »Schnapsfabrik« gekommen, die von April bis Dezember 2008 als Freiraum für alternative Kultur und Politik funktioniert hat. Dort habe ich zum ersten Mal Umsonst-Flohmärkte mitbekommen, preiswerte Parties und solidarische Aktionen. Anlässlich des »Anti-Islamisierungskongresses« von »pro Köln«, einer rechten Populistenpartei, hatten die Betreiber der »Schnapsfabrik« dort ein Convergence Center (1) für Demo- und Blockadeteilnehmer eingerichtet, eine Anlaufstation für Protestierende mit Infostelle, Rechtsberatung, Erster Hilfe, out-of-action-Räumen, Essen und Schlafplätzen. Da habe ich mitgemacht. Wir haben versucht, so viel zu organisieren wie möglich.

Die AZ-Fassade an der Wiersbergstraße Foto: AZ

Anzeige

ZAG EXTRA INFO

Antiziganismus

Heute leben in der Bundesrepublik Deutschland noch verschiedenen Schätzungen etwa 80 – 120.000 Sinti und Roma, die landläufig und in der Regel diskriminierend als "Zigeuner" und von den Behörden verantwortlich mit dem alten Nazibegriff als "Landfahrer" bezeichnet werden. Sinti wanderten erstmals im 15. Jahrhundert nach Deutschland ein, außerhalb des deutschsprachigen Raumes ist der Sammelbegriff Roma.

Der Begriff Antiziganismus ist ein Neologismus, der die Feindschaft gegenüber Roma und Sinti auf einen Begriff bringt. Obwohl mittlerweile auch Roma und Sinti diesen Begriff benutzen, handelt es sich um einen Neologismus, der von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft geprägt wurde – und nicht von den Roma und Sinti selbst. Antiziganismus wurde im Gegensatz zum Antisemitismus niemals in Frage gestellt, er gehört immer zum kulturellen Code der Mehrheitsgesellschaft.

Im Gegensatz zum Antisemitismus steht die Erforschung der Entstehung und Entwicklung des Antiziganismus noch in den Anfängen. Im Unterschied zur "Fzigeunerlogie" oder "Zigeunerforschung", die die Roma und Sinti zum Sozialobjekt der Forschungen macht und an rassistische Forschungen aus dem 20. Jahrhundert anknüpft, befreit sich die Antiziganismusforschung mit den Vorurteilen der Mehrheit über die von ihr so genannten "Zigeuner".

Eine Auseinandersetzung mit dieser Variante des Rassismus ist wichtiger denn je. Nach Umfragen Ende der 90er Jahre haben zwei Drittel aller Deutschen starke Vorbehalte gegenüber Roma und Sinti. In den Medien und im Alltagsbewusstsein werden Stereotypen über "Zigeuner" immer neu reproduziert.

Wie kommt es, dass Antiziganismus so ungebrochen tradiert wird? Auf diese Fragen sollen die auf anti-ziganismus.de versammelten und bereits in verschiedenen Ausgaben der Zeitschrift ZAG veröffentlichten Artikel eine Antwort geben.

zag – antirassistische zeitschrift
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Mehringhof | Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
fon: +49 (0)30 785 72 83
fax: +49 (0)30 691 30 85
email: redaktion@zag-berlin.de
http://www.zag-berlin.de/
http://anti-ziganismus.de/

Anti-Ziganismus.de

Ich bin dort mit Menschen zusammen gekommen, die auf eine unglaubliche Art zu reden verstehen – ich habe strukturelle Abläufe, Redelisten, Konsensdenken zum ersten Mal mitbekommen: es muss nicht alles abgestimmt werden, sondern man kann auch auf kleine Minderheiten hören. Das war total faszinierend, ne super Zusammenarbeit, und es hat genial funktioniert und geklappt, für 1.000 Leute Mahlzeiten und Schlafplätze zu organisieren. Auch mit Hilfe von anderen Vereinigungen in Köln, die sich beteiligt haben, eine Art Bündnisarbeit. Wir waren dreißig, vierzig Leute. Da wurde einfach ausgetauscht: wer kann was und wo kann jeder helfen? Wo sind die einzelnen Stärken der Leute? Jeder guckt halt, wie er helfen kann.

»Ein feuerfestes Aquarium«

Kurz vor Weihnachten ist dann die Kampagne »Pyranha« entstanden. Alle waren zuhause bei ihren Familien, und dann kamen Anrufe: Die Schnapsfabrik wird geräumt! Jeder war geschockt. Es war auch unverständlich. Wir hatten das gemietet, und es war komplett legal. Und plötzlich steht das Ordnungsamt vor der Tür und schließt das Ding. Begründung: Brandschutzbedingungen. Absolute Gefahr für Leib und Leben für jeden. Innerhalb von drei Tagen und noch vor Weihnachten müsse jetzt sofort alles und jeder raus. Verdammt viele Leute wussten nicht, wohin mit ihrem Kram. Wir haben dann auch jemanden bei uns in der WG aufgenommen.

Direkt danach wurde beschlossen, eine Kampagne für ein Autonomes Zentrum zu gründen. Der Name »Pyranha« mit dem »Y« war ein bisschen eine Antwort auf die Brandschutzgeschichte – alles klar, wir sind die Pyranhas, wir verstehen, dass wir ein feuerfestes Aquarium wohl benötigen. Und danach wurde dann ja auch gesucht. Kampagne für ein AZ mit feuerfester Tanzfläche. Wir waren über hundert Leute bei dem ersten Treffen in der »Alten Feuerwache«. Es wurde lange dagesessen und gewartet, dass jemand sagt: du machst das und du machst das. Aber das ist nicht passiert. Das hat anfangs ganz viele stark verstört. Es wurde festgelegt, dass eine Demo stattfindet und dass die angemeldet wird. Aber wie die organisiert wird, ob Redebeiträge, ob Lauti, ob Musik – das blieb komplett offen. Beim zweiten Treffen waren wir immer noch über fünfzig. Und es war klar: es läuft wie beim Convergence Center. Auf jede Hierarchie wird verzichtet, jeder ist gleich viel wert, jeder guckt, wie er sich einbringen kann und wie viel Zeit er oder sie spenden kann. Mensch hat ja noch Sachen neben der Kampagne zu tun.

Es war klar: Man braucht einen Raum, wo die Gruppen politisch arbeiten können, wo Künstler arbeiten und ausstellen können, wo Musiker proben können. Dafür müssen wir kämpfen, dass wir so einen Raum bekommen.

Dann haben wir angefangen mit dem offenen Kulturprogramm. Auf die Straße zu tragen, was wir in so einem Haus machen würden. Um Leuten zu zeigen, was alles Tolles passieren kann und was noch viel Tolleres passieren könnte, wenn wir nur ein Gebäude bekommen würden. Viele sind dazugestoßen. Es war einfach: Es gab kein Aufnahmeritual und keine Hierarchie. Zunächst bestanden noch informelle Hierarchien – dass die Neuen noch nicht alles wussten – aber das wurde alles aufgearbeitet.

»Kulturell total mau«

Wir haben überlegt, in welchem Stadtviertel so ein Zentrum am stärksten benötigt wird und sind schnell auf Kalk gekommen, weil es rechtsrheinisch überhaupt nichts gibt, weil es hier kulturell total mau ist – kein Kino, kein Club, wo man hingehen könnte.

Dann wurde angefangen, mit der Politik in Kalk zu reden – mit den Grünen, den Linken, die haben dann mit der SPD geredet, die haben mit der CDU geredet, das läuft hier im Bezirk noch sehr familiär ab.

Da ist aber einfach nichts passiert. Wir haben probiert, gemacht und getan. Worauf es hinausgelaufen ist: »Gründet einen Verein! Dann bringt´s vielleicht was.« Mit der Idee konnten wir uns nicht anfreunden. Ein Verein und damit ein Vereinsvorstand und Hierarchie – das war aus unserer Sicht nicht nötig. Das Gespräch verlief einfach ins Leere. Und dann gab es testweise eine Wochenendbesetzung. Das war in der Südstadt in einer alten Tankstelle. Ein Wochenende lang haben wir da eine Reihe von Veranstaltungen gehabt. Am Ende wurde die »Freie Tankstelle« friedlich wieder verlassen. Im Anschluss gab es eine kleine Demonstration, die von der Polizei umzingelt wurde. Die »Ordnungshüter« haben Leute gegen die Wand gedrückt und verhaftet. Mit einer Härte, die durch nichts gerechtfertigt war. Es war überhaupt keine Aggression von uns ausgegangen. Sie haben versucht, Leute, die angeblich in dem Haus waren, zu fangen, indem sie die Demo gefangen nahmen. Aber die Menschen, die im Haus waren, waren nicht unbedingt auf der Demo und umgekehrt.

Im Sommer 2009 haben wir die »Linke-Basics-Reihe« organisiert. Was ist Feminismus? Was ist »links sein«? Was ist Autonomie? Dazu liefen Veranstaltungen, um alle auf einen gleichen Stand zu bringen und keine informellen Hierarchien weiter bestehen zu lassen, damit es nicht denjenigen gibt, der der absolute Checker ist und alles weiß und alle im Plenum in Grund und Boden redet . Wir haben uns mit anderen Gruppen in Köln vernetzt. Sie wurden besucht und gefragt: »Was erwartet ihr von einem autonomen Zentrum?« Und dann wurde die seit zehn Jahren leerstehende ehemalige Werkskantine der Maschinenbau-Firma Klöckner-Humboldt-Deutz besetzt. Die Gruppen sind gekommen und haben gemacht, was sie sich gewünscht haben.

Zum Beispiel die Kino-AG

Ich bin in der Kino-AG und mache hier viel Technik.. Wir versuchen einen Raum mit Beamer zu bestücken, so dass jeder jederzeit kommen kann und nur seinen usb-stick in den Rechner zu stecken braucht und seinen Film zeigen kann.

Außerdem soll es auch ein festes Kino-Programm geben, d.h. es gibt einen Wochentag, an dem politische Filme gezeigt werden, wo sich jeder informieren kann. Dann gibt es Leute, die wollen ein bisschen mainstreamlastigeres Kino für die Bevölkerung hier als Anlaufpunkt schaffen. Nicht unbedingt den sexistischen Hollywood-Scheiß, sondern irgendwas zwischen Mainstream und der linken Kultur entsprechend unserem Nutzungskonzept. Und jeder kann eine DVD herbringen, und einmal im Monat werden die hier ausgestellt und die Leute können entscheiden, welchen Film sie schauen möchten. So können wir einem breiteren Publikum einen Film zeigen, den es vielleicht noch nicht gesehen hat. Man kann sich einfach überraschen lassen von so einem Abend.

Einmal ist es passiert, dass ein Film angefangen wurde zu schauen: »Fritz the Cat« – und dann sagten einige: »Stopp mal, wir müssen mal kurz drüber reden.« In der Diskussion wurde das Publikum dafür sensibilisiert, warum der Film sexistisch ist und inwiefern sich Leute dadurch gestört fühlen. Warum das nicht für jeden ein Superspaß ist, diesen Film zu schauen.

Jegliches Frauen-Männer-Klischee: »Frauen sind soundso, Männer sind soundso« funktioniert hier überhaupt nicht. Also da lässt sich keiner in irgend 'ne Ecke drängen. Und es gibt hier so viele Leute, die einfach überhaupt nicht in das Klischee passen, dass jeder und auch ich Klischeedenken komplett über den Haufen werfen muss.

No Gender, no Nation

Man lernt hier, das Geschlecht einfach mal hinten stehen zu lassen. Ich sehe häufiger Grafitti: »männlich« mit Kästchen zum Ankreuzen, »weiblich« mit Kästchen, und »fuck you« ist angekreuzt.

Seit ich hier bin, komme ich weniger gut mit dem alltäglichen Sexismus und Rassismus klar. Vorher war es mir zwar nicht egal, aber ich habe gut drüber wegsehen können. Das fällt mir jetzt schwerer, weil ich Menschen erlebe, die darunter echt leiden.

Ich rede mit den Leuten, die an den Schablonen hängen und versuche denen zum Beispiel zu erklären, warum »Pussy« kein Schimpfwort ist.

Der Aufbau des Autonomen Zentrums – das macht total viel mit einem. Man hat das Gefühl, man kann super viel erreichen. Direkt in den ersten Tagen hier hat sich z.B. eine »Kinder-AG« gegründet, die dann mit Leuten zusammen hier ein Fußballtor gebaut hat. Für Jugendliche hier aus der Gegend, die keinen Platz haben, wo sie spielen und sich austoben können. Und hier wird denen einfach ein Raum dafür geboten.

Hier wird aber kein WM-Fußball geguckt. Diese Reduzierung bei der WM auf irgendwelche Nationen – und am besten ist angeblich überhaupt, dass jetzt das Nationalgefühl gestärkt wird und man wieder stolz auf Deutschland sein kann – ich frage mich: warum muss ich jetzt stolz auf Deutschland sein können? War das irgendwie wichtig für mich? Hab ich was vermisst die ganze Zeit? Und merke: nee, hab ich nicht. Ich kann wunderbar leben, ohne stolz auf Deutschland zu sein. Deswegen wird hier kein Fußball geguckt. Diese Art, in Nationen zu denken und stolz irgendwie zu sein, ist hier fremd, das passt nicht hier hin.

Was ich hier so gut finde: Ich habe in Schülervertretungen, Antifa-Gruppen, sonstige alles mögliche mal reingeschnuppert und mit Leuten diskutiert – ich habe das noch nie so erlebt wie hier, wie man gegensätzliche Meinungen und trotzdem ein freundliches Verhältnis miteinander haben kann. Dass man ohne sich zu verstellen den Menschen total mögen kann und mit ihm diskutieren ohne Ende, ohne sauer oder wütend auf ihn zu werden. Diese Art miteinander zu reden und zu plenieren und Entscheidungen zu treffen ist grandios. Ohne Hierarchie – im Konsens – und das funktioniert auch noch!●

1) Ein Convergence Center (CC) (deutsch: »Ort des Zusammenkommens«) ist ein temporär eingerichteter zentraler Platz für Wissensverteilung, Kommunikation und Aktionsvorbereitung von Personen, die zu Protesten anreisen.

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

KLEINE MEDIEN-AUSLESE

AUTONOMES ZENTRUM KÖLN

»Nach dem Haus ist vor dem Haus«

Einen Tag, nachdem die Kampagne »Pyranha« ohne Ergebnis mit Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD) über ihre Forderung nach einem dauerhaften Autonomen Zentrum gesprochen hatte, erschien am 5. Juli auf der Internet-Plattform »indymedia« folgende Meldung:

»Köln – Sparkasse schenkt Autonomen Haus«

»Sparkasse schenkt Autonomen Haus – prangt in großen Lettern auf den Verkaufsboxen des Express, eine Art Bildzeitung für Köln. Während außen auf vielen der im gesamten Stadtgebiet verteilten Kästen das zu lesen ist, was wohl niemand für möglich hielt, findet sich im Innern der Zeitung als Beilage eine Pressemitteilung der Sparkasse KölnBonn. »Bereits eingeleitete rechtliche Schritte« werden zurückgenommen heißt es dort und Ziel sei es »in sofortige Verhandlung mit den derzeitigen NutzerInnen und Nutzern zu treten«. Die Sparkasse scheint verstanden zu haben, dass nach dem Gespräch mit Oberbürgermeister Roters nun sie selbst am Zuge ist.

Etwas ungläubig und kopfschüttelnd steht ein älteres Ehepaar vor den Verkaufsboxen. Ob sie sich wirklich über die Ankündigung der Sparkasse unterhalten oder doch eher der Fußball für Aufregung sorgt, bleibt unklar. Doch viele Menschen in Köln werden heute über die Schlagzeile stolpern. In die scheinbar festgefahrenen Verhandlungen um das seit April besetzte Autonome Zentrum in Köln-Kalk ist Bewegung gekommen.

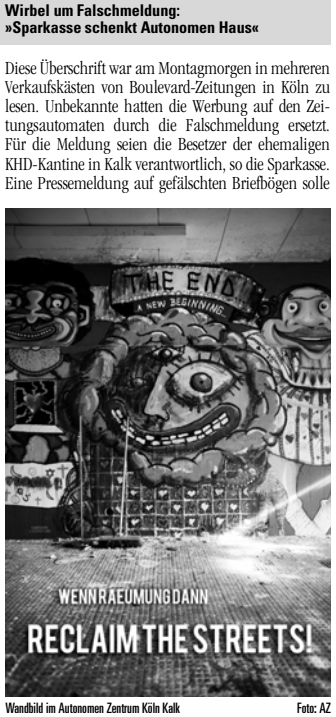
Nicht weiter zuschauen wollte die Sparkasse Köln-Bonn, lange hatte sie auf ein positives Signal aus der Politik gewartet. Nun endlich hat OB Roters letzten Donnerstag bei einem Gespräch mit VertreterInnen der Kampagne Pyranha grünes Licht gegeben – Verhandlungen mit den BesetzerInnen dürfen selbstverständlich geführt werden. Und die Sparkasse Köln-Bonn, als große Förderin der Kultur in Köln, möchte da natürlich nicht zurückstehen.... Oder ist da etwas nicht mit der Führungsetage abgesprochen worden? Gibt es vielleicht Unstimmigkeiten innerhalb der Sparkasse? Fragen wir nach...!

Gratuliert der Sparkasse zu ihrem mutigen Schritt!! Informiert PressevertreterInnen, schreibt LeserInnenbriefe an den Express, den Kölner Stadtanzeiger. Telefoniert mit OB Roters und der gesamten SPD Fraktion!! Es ist ein freudiger Tag, das müssen wir feiern, das müssen wir ihnen mitteilen!! Uns werdet ihr nicht los! Kein Tag ohne!«

Am darauffolgenden Tag, 6.7. reagiert der »Kölner Stadtanzeiger«:

Wirbel um Falschmeldung: »Sparkasse schenkt Autonomen Haus«

Diese Überschrift war am Montagmorgen in mehreren Verkaufskästen von Boulevard-Zeitungen in Köln zu lesen. Unbekannte hatten die Werbung auf den Zeitungsautomaten durch die Falschmeldung ersetzt. Für die Meldung seien die Besetzer der ehemaligen KHD-Kantine in Kalk verantwortlich, so die Sparkasse. Eine Pressemeldung auf gefälschten Briefbögen solle zudem suggerieren, dass die Sparkasse das Gebäude der »Kampagne Pyranha« überlasse und auf rechtliche Schritte verzichte. Die Besetzer kündigten Widerstand gegen eine mögliche Räumung an. »Wenn das Gebäude geräumt wird, besetzen wir eben ein anderes.«



Wandbild im Autonomen Zentrum Köln Kalk Foto: AZ

Im Juli folgen Solidaritätsbekundungen von der Piratenpartei, dem Jugendring, der Bezirksvertretung und dem Asta der Fachhochschule Köln sowie eine wohlwollende Berichterstattung in der Kölner Lokalpresse. Das ändert allerdings nichts an den Räumungsabsichten der Rhein-Estate, einer Immobilientochter der Stadtsparkasse Köln Bonn. Darauf bereitet sich das Autonome Zentrum vor. Auf seiner Internet-Plattform publiziert es seinen

AZ-Mobiliar in Arbeit Foto: AZ

Aktionskonsens:

»Von den BesetzerInnen wird keine Eskalation der Räumungssituation angestrebt. Dies beinhaltet, dass von Seiten der BesetzerInnen kein aktiver Widerstand gegen die Räumung geleistet wird. (Das bedeutet unter anderem: Keine Steine oder andere Dinge werfen, keine Barrikaden anzünden, keine körperlichen Angriffe auf PolizistInnen u.ä.).

Es ist allerdings in Ordnung und erwünscht, die Entschlossenheit der Besetzung durch körperliche Präsenz zu demonstrieren. Dazu gehört es auch, sich der konkreten Räumung passiv zu widersetzen, z.B. durch wegtragen lassen, Ketten bilden oder anketten.

Bitte denkt bevor ihr handelt! Bitte macht das Haus nicht unnötig kaputt, so dass es nach einer abgewendeten Räumung weiter nutzbar ist. Passt aufeinander auf!«

Der folgende Text (geringfügig gekürzt) spiegelt die Grundtendenz des AZ-Plenums:

Eure Räumung wird lang, laut, hässlich und teuer

Warum wir schon im Vorfeld keine militante Verteidigung ankündigen?

Wir im AZ sind geteilter Meinung über Militanz, aber wir sind uns einig: die Wiersbergstraße 44 ist durch uns nicht dauerhaft zu verteidigen. Auch nicht mit Steinen oder meterhohen Barrikaden aus Sofas, Tofu, Wut und Hass. Spätestens wenn sich die Staatsmacht wie in Erfurt mit Hubschraubern aufs Dach abseilt, zeigt sich die absurde Stärke des »Rechts« in ihrer vollen Pracht. Wir werden in Kabelbinder-Polonaise nach Brühl verfrachtet und der Tag ist vorbei. Das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren?

Unser Ziel ist ein Autonomes Zentrum. In den letzten Monaten sind wir sehr viele mehr geworden. Wir haben uns in dieses Haus und die Idee verbissen, weil wir merken, wie gut sie ist. Die Idee hat tausende angesteckt und überzeugt.

Deshalb rufen wir alle diese Menschen dazu auf, an der Räumung teilzuhaben. Möglichkeiten gibt es viele – ob sitzblockierend auf dem Vorplatz, angekettet im Hof, skatend im Haus oder tanzend auf dem Dach. Von uns wird keine Gewalt ausgehen – aber wir werden es ihnen auch ganz bestimmt nicht zu leicht machen. Dafür hat das Plenum im Vorfeld beschlossen (und wir hoffen dass sich alle daran halten!):

Das staatliche Spiel der Gewalt spielen wir nicht mit. Im AZ gelten unsere Spielregeln – und wir versprechen stattdessen den StaatsvertreterInnen: Wir werden »Katz und Maus im Riesenhaus« mit euch spielen! Und wir kennen das Haus mittlerweile ziemlich gut... Also nehmt euch genug zu trinken mit, denn das wird ein langer und heißer Tag in euren Kampfanzügen,

»Tote Stadt gibt's genug«
(Grafitto im Autonomen Zentrum Köln)

bis ihr uns aus den letzten Winkeln gepflückt habt.

Wir sind gespannt und aus Erfahrung etwas besorgt darüber, wie »fair« die deutsche Polizei in geschlossenen Räumen unter Ausschluss der Öffentlichkeit »spielt«. Unser Aktionskonsens bedeutet nämlich auch: Wenn jemand verletzt wird, dann sind wir das durch euch. Aber das ist uns egal – ihr könnt uns die Köpfe einschlagen, doch nicht unsere Ideen. Viele von uns werden es nicht mehr rechtzeitig auf das Gelände schaffen, bevor im Morgengrauen der Stadtteil abgeriegelt wird. Aber das macht nichts. Stadt, Staat und Bank sagen wir: Das Haus steht in der Wiersbergstraße, doch die Idee ist nun überall. Versucht sie doch zu fangen!

Rund um euren Belagerungsring werden wir auftauchen und immer wütender und zahlreicher an euren Polizeiketten rütteln. Während andere auf Straßenkreuzungen in Köln und ganz Deutschland den RäumungsRave tanzen. Andere lachend in viele weitere leere Häuser einziehen. Wieder andere überall in den Filialen der Stadtsparkasse und den Ämtern der Stadt ihre Meinung kundtun. Ihr werdet hochsommerlich schwitzend den schwarzen Block, sambatrommelnde

»La poprieté cést le vol«
(Grafitto im Autonomen Zentrum Köln)

Hippies und nervige Clowns in Schach halten müssen, während immer mehr eurer Hundertschaften den Berufsverkehr verstopfen und dazu aus einer Armada von Soundsystems 'Bass, Bass, Bass' dröhnt.

Und so wird es die nächsten Wochen weitergehen, denn nach dem Haus ist vor dem Haus. Währenddessen wird in Zeitungen, Blogs und Gesprächen mal wieder all der Dreck unterm kölschen Klüngelteppich beleuchtet, der die Doppelmoral der Urheber dieser Räumung verdeutlicht.

Wir sind schon sehr gespannt was unsren FreundInnen aus Nah und Fern noch so alles einfällt, um ihre Unterstützung und Wut über diese sinnlose Tat auszudrücken... Denn sinnlos wäre eure Räumung, und das wisst auch ihr. Die Wiersbergstraße 44 ist perfekt geeignet für unsere Idee eines Autonomen Zentrums, und ihr habt nicht einmal eine andere dafür. Ein leerer oder zerstörter Raum ist euch wichtiger als eine Nutzung durch hunderte und tausende eurer BürgerInnen.

»Nimm dir Zeit, sie gehört dir«
(Grafitto im Autonomen Zentrum Köln)

Das ist euer Recht. Aber es ist nicht unseres. Und das werden wir zeigen – wenn ihr es so wollt.

Der Kampf für ein Autonomes Zentrum hat gerade erst begonnen. Wir werden ihn weiterhin friedlich, aber entschlossen und kreativ führen. Ob in der Wiersbergstraße oder anderswo. Und das wird lang, laut, hässlich und teuer für euch.●

Aus: Indymedia 3.7.2010
Weitere infos: www.unsersquat.blogsport.eu

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG

Am 06. Juli 2010 solidarisieren sich NachbarInnen mit dem Autonomen Zentrum, darunter Mitglieder und AmtsinhaberInnen der Linken, der Grünen und der SPD und veröffentlichen folgende Erklärung:

Kalkerinnen und Kalker für Gespräche und gegen Räumung!
Seit April ist in der Wiersbergstr 44 in Kalk die ehemalige Kantine von KHD besetzt. Das in der Substanz guterhaltene Haus steht seit ca. 10 Jahren leer und soll nach Aussage der Eigentümerin (einer Tochtergesellschaft der Sparkasse Köln-Bonn) abgerissen werden. Über die weitere Nutzung des Grundstücks gibt es sowohl von politischer als auch von Eigentümerseite keinerlei konkrete Planung.

Die Besetzerinnen und Besetzer haben in den letzten Wochen eine Vielzahl von sozialen und kulturellen Veranstaltungen durchgeführt. Die Forderung nach einem Freiraum für kulturelle und soziale Projekte, unabhängig von nicht bezahlbaren »Event-Locations«, halten viele Unterstützer und Unterstützerinnen der Besetzung für richtig. Das »Aufeinanderzugehen« unterschiedlicher Generationen, von Menschen verschiedener soziokultureller Herkünfte ist durch vielfältige Aktivitäten aus dem »Autonomen Zentrum« belegt und gewünscht. Leider verweigern die Besitzerin sowie die politisch Verantwortlichen der Stadt Köln eine Verhandlungslösung. Das Autonome Zentrum ist nun unmittelbar von Räumung bedroht!

- Wir sind gegen Abriss des Gebäudes ohne Nutzungskonzept für das Grundstück.
- Wir fordern die Verantwortlichen der Sparkasse auf, den Antrag auf Räumung zurückzuziehen.
- Wir fordern Verhandlungen mit den BesetzerInnen aufzunehmen, um eine Zwischenlösung zu ermöglichen.
- Wir erwarten vom Oberbürgermeister der Stadt, sich auch für die Interessen von Jugendlichen, KünstlerInnen, sozial und politisch Aktiven aus dem AZ einzusetzen und jede Eskalation zu verhindern.●

EIN PRAKTISCHER VERSUCH IM SPREEWALD

Der Löwengarten

Frischer als aus Bioläden, solidarischer als im Naturkosthandel – der »Löwengarten« im Spreewald bietet als Verbraucher-ErzeugerInnen-Gemeinschaft Lebensmittel bester Qualität ohne Raubbau an Natur und Gesellschaft. Vereinsvorstand Simon Junge will helfen, die Lücke zwischen Gesinnung und Tun, die sich manche von uns eingestehen müssen, zu verringern.

von Simon Junge ● Sei es Verantwortungsgefühl für die Welt, Gerechtigkeitssinn, sei es das unbestimmte Bedürfnis, Widersprüche zu überwinden: irgendeine Motivation werden Sie zum Weiterlesen brauchen. Es geht um Konsequenz als soziale, praktische Aufgabe – unangenehm, weil eine solche Betrachtung auch zur Erkenntnis der eigenen Inkonsequenz führt. Ich will einen Vorschlag für das gesellschaftliche Leben unterbreiten. Dazu müssen wir erst mal die Frage stellen, ob unsere sozialen Ansprüche, unsere Fortschrittsgesinnung im Leben, eine Berechtigung haben und wie weit es damit her ist.

Zunächst: Wir stehen innerhalb einer sozialen Struktur und tragen eine Kultur mit, die sich in hohem Maße auf Zerstörungsprozesse gründet. Schlaglichtartig: Fundament unserer Industrie- und Konsumkultur sind Verbrennungsprozesse. Der Preis unseres Wohlstands ist krasse soziale Ungleichheit. Mit dem Recht wird Ungleichheit erhalten. Der Charakter des modernen Konsums ist besinnungsloser Verschleiß und Raubbau – an unserer Naturgrundlage, am Menschen selbst.

Ich mache die Grundtendenz zur Zerstörung zum Ausgangspunkt dieser Überlegungen. Wie sieht es demgegenüber mit unseren Idealen aus? Wie steht es um unsere Gesinnung? Gerade Sie werden sich, da bin ich mir sicher, eine fortschrittliche Gesinnung zugute halten. Und wie greift diese Gesinnung tatsächlich ins Leben ein? Was kommt dabei heraus an sozialer Wirksamkeit? Wenn Sie versuchen, darüber einen Überblick zu gewinnen, wird es möglicherweise unübersichtlich. Wir sind wirksam, von morgens bis abends – wir wirken mit an einer Vielzahl von Verhältnissen. Auch durch Unterlassung. Eine kleine Übersicht an Fragen: – Für wen arbeiten wir? – Wem geben wir unser Geld? – Womit verbringen wir unsere Zeit? Bilanzieren Sie in aller Ruhe!

Die Bilanz muss nüchtern sein, auch die uns umgebende Realität spiegeln. Sie haben recht: Es ist zum Verzweifeln. Man spürt die Ohnmacht, wenn man sich den Verhältnissen mit Bewusstsein aussetzt. Dieses Bewusstsein muss weh tun. Es soll uns mit schmerzhafter Vehemenz hinführen zu der Frage: Wie tragen wir Aufbau hinein in die Zerstörung? Ohne dass wir an dieser Frage leiden, werden wir nicht ins Handeln kommen.

Ansatz konstruktiver Dynamik

Wir brauchen Ansätze für eine konstruktive Dynamik. Freilich klafft zwischen unserer Gesinnung und unserem tatsächlichen Tun eine Lücke. Dies ist ein Vorwurf! Wir sind Teil des Problems! Wir können die Ansprüche unserer Gesinnung im Alltag nicht erfüllen. Wir sind sozial inkonsequent. Wir verweisen auf die Verhältnisse, die uns zwingen, so zu handeln. Das ist unumwunden zuzugeben: Ja, die Verhältnisse zwingen uns. Wir haben es nicht nur mit mangelndem Willen zu tun, sondern auch mit einer echten Not, mit einem Mangel an Alternativen.

Hier soll es um etwas gehen, das man tun kann. In der Landwirtschaft. Die kann man ein Stück weit so betreiben, dass man sowohl durch den sensiblen Umgang mit Boden, Tieren und Landschaft aufbauend, belebend wirkt, als auch durch die soziale Struktur gemeinschaftlicher Verantwortung, die sich um diese Prozesse bildet. Nahrungsmittel, die den Menschen gesunden, soziale Kräfte, die »heilend« in der Gesellschaft wirken. Nüchterner ausgedrückt: In der Landwirtschaft ist es verhältnismäßig leicht, Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften zu bilden, die tun, was Wirtschaften soll: mit Gütern tatsächlichen Bedarfs versorgen. Es geht um eine Vereinigung der Interessen von Erzeugern und Verbrauchern, statt dass beide Seiten bestrebt sind, sich gegenseitig auszunutzen. Die Wirtschaft wie sie heute ist, wird einfach aufhören uns zu versorgen, wenn sie keinen Nutzen/Profit mehr aus uns ziehen kann! Sehen Sie aus dem Fenster: Das kommt auf uns zu!

Auf die Landwirtschaft bezogen geht es also aktuell einmal darum: Wir leiten das Geld, das wir fürs Essen ausgeben und die Zeit, die wir fürs Einkaufen verwenden, in sinnvolle Zusammenhänge um. Die Landwirtschaft ist aber keine reine Wirtschaftsveranstaltung. In ihr wird Natur gepflegt und Kultur geschaffen. Wenn sich hier sinnvolle Zusammenhänge bilden, kann aus ihnen durch Alltäglichkeiten konstruktive Dynamik entstehen. Unter heutigen Verhältnissen einen Anfang zu machen, ist schwer. Man muss sich trauen, zum Marktstand des kaltfüßigen Biobauern zu gehen und ihn zu fragen, ob er nicht gemeinsame Sache machen wolle mit seinen Kunden. Man muss sich festlegen. Die Freiheit, spontan gerade jetzt und gerade dort hineinzugehen und sich vom Überfluss der Ladenregale inspirieren zu lassen, muss man (ein Stück weit) aufgeben und sich auf eine Verbindlichkeit einlassen. Verbindlichkeit ist die Kraft des gemeinschaftlichen Impulses. Diese Möglichkeit gehört in das Bewusstsein jedes Einzelnen und sie verlangt nicht Revolution, sondern sie fließt in den Alltag ein.●

VERSORGUNGSGEMEINSCHAFT LÖWENGARTEN

Simon Junge bewirtschaftet seit 2006 zusammen mit einem Berliner Abnehmerkreis eine Gärtnerei in Pretschen (Spreewald). Diese sogenannte »Versorgungsgemeinschaft« finanziert den Betrieb durch die monatlichen Beiträge der Teilnehmer (Richtsatz 70 Euro pro Haushalt). Eine gelegentliche Mithilfe bei der landwirtschaftlichen Arbeit ist Teil der Vereinbarung. Das Angebot erstreckt sich hauptsächlich auf Gemüse, aber auch Obst und Saft.

Zudem laufen Bemühungen, die Dioscorea Batata (Lichtwurzel) im Anbau so weit zu bringen, dass sie regulärer Teil des Angebots wird. Anbauplan und Finanzierung werden gemeinsam erarbeitet und beschlossen. Die Erträgnisse werden ohne weiteres Bezahlen oder Wiegen, abhängig vom persönlichen Bedarf und Verfügbarkeit, untereinander verteilt.

Angestrebt wird, die Versorgung auf alle wesentlichen Bereiche der Ernährung zu erweitern; also auch Getreidebau, Milchwirtschaft etc. Hierfür wird dringend nach einem neuen Standort im Osten von Berlin gesucht, der Raum für 4 oder mehr Familien bietet und mindestens 5 ha Nutzfläche dabei hat. Alle Informationen zum Projekt und zur Hofsuche, incl. Adressen, finden Sie im Internet unter www.land-und-leute.com.

Alle Interessenten sind herzlich eingeladen, Kontakt aufzunehmen.

Der Kalender 2011 »Wegbereiterinnen« kann bestellt werden

Der Kalender »Wegbereiterinnen« – ein autonomes Frauenprojekt – erscheint nun schon zum neunten Mal und kann ab sofort bestellt werden. Das beliebte Sammelobjekt ist nicht mehr wegzudenken aus Büros, Werkstätten, Küchen, Wohnzimmern und Gemeinschaftsräumen. Der Wandkalender im Format DIN A3 präsentiert auch in diesem Jahr wieder zwölf aktive Frauen aus der Geschichte in Bild und Text. Viele historisch arbeitende Frauen und Männer schreiben an den fesselnden Portraits der zu Unrecht vergessenen Wegbereiterinnen mit. Auch im Kalender 2011 sind Frauen versammelt, die sich in Politik, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, im Widerstand, in der Kunst, als Journalistinnen oder als Schriftstellerinnen für die Rechte der Frauen eingesetzt und für ein besseres Leben ohne Unterdrückung und kriegerische Auseinandersetzungen gekämpft haben. Ein schönes Geschenk – für sich selbst und für viele andere Frauen und Männer.

Die Frauen in Wegbereiterinnen IX sind:
Brigitte Alexander (1911-1995) Emigrantin, Schauspielerin, Theaterproduzentin; **Judith Auer** (1905-1944) Mitstreiterin in der Widerstandsgruppe Saefkow-Jacob-Bästlein; **Marie Boehlen** (1911-1999) Kämpferin für das Frauenstimmrecht in der Schweiz; **Martha Fuchs** (1892-1966) Erste Ministerin in Deutschland; **Hope Bridges Adams Lehmann** (1855-1916) Ärztin und Sozialreformerin; **Karin Michaëlis** (1872-1950) Kämpferin für sexuelle Selbstbestimmung; **Georgia O'Keeffe** (1887-1986) Ikone der feministischen Bewegung; **Hilde Radusch** (1903-1994) Mittlerin zwischen den Frauengenerationen; **Larissa Reissner** (1895-1925) Eine kämpferische Journalistin; **Hilde Schimschok** (1913-2001) Mitstreiterin in der Widerstandsgruppe Winzen; **Amalie Seidel** (1876-1952) Revolutionärin in Geist und Tat; **Johanna Tesch** (1875-1945) Streiterin für soziale Gerechtigkeit.

Konzipiert und herausgegeben wird der Kalender wie jedes Jahr von Gisela Notz, Historikerin und Sozialwissenschaftlerin und CONTRASTE-Autorin. Geschrieben haben diesmal: Claudia von Gélieu, Hella Hertzfeldt, Annette Neumann, Gisela Notz, Ulrike Schätte, Christl Wickert (alle Berlin), Monika Jarosch (Innsbruck), Shelley Rose (New York), Therese Wüthrich (Bern).

Sichert Euch das beliebte Sammelobjekt! Die Auflage ist limitiert. Bestellungen zum Preis von 13,50 EUR je Kalender zuzüglich 4,90 EUR Porto gegen Rechnung. Bei Abnahme von 10 Kalendern gibt es 1 zusätzliches Exemplar kostenlos und die Lieferung ist dann portofrei. Außer dem total vergriffenen Kalender 2003 gibt es noch einzelne Kalender aus den Vorjahren.

Bestellungen per Post: Pellens Verlag, Meckenheimer Allee 158, 53115 Bonn, per Fax: 0228/659766 oder per E-Mail: anita@pellens.de

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Aufregung über linke Gewalt
... doch wo kommen die Zahlen her?

»Linke Gewalt erlebt eine Renaissance«, »Linke Gewalt um 300 Prozent gestiegen« oder »Gewalt auf den Straßen und gegen die Polizei« – so oder ähnlich klangen die Horrormeldungen der Innenminister, artig von den sensationsgeilen Medien übernommen. Für die herrschende Starker-Staat-Politik ist das nützlich, denn auf den Glauben an zunehmende Kriminalität folgen mehr staatliche Aufrüstung, Kontrolle, Gewalt und immer höhere Strafen. Passgenau zu einer Innenministerkonferenz wurden Zahlen über angebliche Gewalt gegen PolizeibeamtInnen lanciert. Genau hingeguckt haben nur wenige – trotz des Kampagnencharakters der Warnungen vor einem Anstieg linker Straftaten. Wer nachgefragt hätte, wäre schnell aufgeklärt worden: Es gibt gar keine spezielle Statistik, die diesen Anstieg belegt. Wichtigste Grundlage ist ein Zahlenwerk zur »Politisch motivierten Kriminalität« (PMK). Die erfasst aber nur den Anfangsverdacht – und zwar unabhängig davon, ob sich der Verdacht später erhärtet oder nicht. Eine maulige Anzeige eines Polizisten landet selbst dann hier, wenn die Ermittlungen gleich wieder eingestellt werden. Macht also ein Polizeibeamter nur seinem Ärger Luft oder – was häufig vorkommt – will er eigene Übergriffe durch eine Anzeige gegen sein Opfer vertuschen, so treibt das bereits die Statistik nach oben. Mehr Gewalt durch Polizei führt also wegen der dann typischen Gegenanzeigen zu einer Statistik, die mehr Gewalt gegen Polizei ausweist. Das reicht dann für eine mediale Kampagne, an deren Ende härtere Gesetze, schwerere Polizeiwaffen, höhere Strafen und mehr Legitimation für Gewaltorgien in Uniform stehen. Bericht über die Ergebnisse einer Anfrage der Linksfraktion im Bundestag:
www.jungewelt.de/2010/06-21/036.php.

Dazu passt: Freispruch in Berlin
und staatsanwaltlicher Verfolgungswahn

Auch in der Berufung stand am Ende ein Freispruch. Allzu deutlich offenbarte sich, dass die Polizei in ihrer Hetze nach irgendwelchen AutozündlerInnen, aus ihrem Wunsch, mal TäterInnen zu fassen, Einbildungen nachhängt. Was allen BeobachterInnen klar war, wollte die Staatsanwaltschaft nicht glauben. Denn ungeachtet des Prozessverlaufs hielt sie bis zuletzt an ihrem Anklagekonstrukt fest und forderte aus »generalpräventiven Gründen« eine Haftstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten. Da der Hauptbelastungszeuge Polizeikommissar Thomas Schulze nicht glaubhaft machen konnte, dass er Alexandra R. in der Nähe des Tatortes gesehen hatte, blieb Staatsanwältin Hoffmann nur noch, ihr Plädoyer auf Alexandra R.'s vermeintliche politische Gesinnung zu stützen. So etwas schaffen die Verfolger in Robe, für eine Verurteilung reichte es aber nicht. Infoseite:
http://engarde.blogsport.de.

Selbstverteidigungsrecht des Staates als hohes Rechtsgut?

In Würzburg arbeitet zur Zeit das Landgericht die zweiten Instanzen in den Prozessen gegen die FeldbefreierInnen von 2008 ab. Wie üblich (hier droht ja die Revision) gehen die Gerichte hier nachsichtiger mit den Angeklagten um als am Amtsgericht, doch im Ergebnis zeigen sie die typische Art von Langeweile: Das Recht gilt immer, die Erde ist ein Paragraphenzeichen. Besonders verhasst ist bei RobenträgerInnen der § 34 des Strafgesetzbuches, der eine Ausnahme der Allmacht staatlichen Strafanspruches darstellt. Diese Lücke wollen RichterInnen natürlich nicht anerkennen, denn es ist ihre Allmacht, die da angetastet wird. Die Staatsanwaltschaft schuf daraus in ihrem »erbärmlichen Plädoyer« (O-Ton Verteidigerplädoyer) ein neues Rechtsgut: Das Anrecht des Staates, die Rechtsordnung zu verteidigen, sei selbst abzuwägendes Rechtsgut – und wichtiger als Gesundheit, Umwelt oder Berufsfreiheit. Das Recht braucht also keinen Sinn mehr, es ist der Sinn. Und wenn in § 34 StGB der übergesetzliche Notstand explizit benannt ist, so definiert der Staat, dass wenn das Recht nicht mehr gilt, eben das Recht gilt. Mehr über den Prozess und die Verurteilung:
www.redglobe.de/deutschland/repression/3850-ein-urteil-im-name-der-gentechnik.

Neuer Todesfall nach Pfeffersprayeinsatz

Wie in verschiedenen Medien zu lesen ist, starb in Lindau eine Person nach einem Polizeieinsatz mit Pfefferspray. Offenbar hatte die bekannt gefährliche Mischung aus Drogenkonsum und Pfefferspray den Tod verursacht. Damit zeigt sich polizeilicher Gewalteinsatz als grundlegend gefährlich – auch für etliche PolizeibeamtInnen selbst, denn Drogenkonsum ist in der Ordnungstruppe des Staates ja durchaus auch weit verbreitet. Gesammelte Meldungen zum Fall unter
http://de.indymedia.org/2010/06/284847.shtml.

Meinungsfreiheit auf Saarbrückisch

Propaganda darf in einer Demokratie niemandem vorgeworfen werden, denn die gibt es nur in der Diktatur. Geldwäsche klingt nach Gehirnwäsche und ist deshalb als Vorwurf keine Tatsachenbehauptung. Solche und mehr seltsame Verdrehungen finden sich im sogenannten Maulkorburteil von Saarbrücken. Ein Zivilgericht war dort Gentechnikfirmen und -lobbyisten zu Dienste und verbot dem Autor der Schrift »Organisierte Unverantwortlichkeit«, weiter Internas über Seilschaften zwischen Behörden, Konzernen, Forschung und Lobbygruppen zu verbreiten. Hinter der Klage stehen FDP-Kreise, der Lobbyverband InnoPlanta und einige Firmen, die von der Durchführung der Genversuche leben. Seit 25.8. läuft die zweite Instanz – diesmal am Oberlandesgericht in Saarbrücken. Mehr unter:
www.projektwerkstatt.de/gen/filz_brosch.htm.

Kirche lässt ihr Haus durch Polizei räumen

Eigentlich passierte nur das Übliche: Eine Kirche sollte als Plattform für die Militarisierung der Gesellschaft dienen. Doch einige wollten den Soldatengottesdienst nicht hinnehmen und besetzten das sogenannte Gotteshaus, um diesen Teil des anstehenden Bundeswehr-Gelöbnis am 30. Juli zu verhindern. Nach etwa dreieinhalb Stunden wurden die BesetzerInnen auf Bitte der Kirchenleitung von der Polizei geräumt. Bericht unter
http://de.indymedia.org/2010/07/286686.shtml.

Erneutes Urteil: Polizei darf friedliche Demos nicht filmen

Das Filmen friedlicher Demonstranten durch die Polizei ist rechtswidrig. Über ein entsprechendes Urteil informierte im Juli das Verwaltungsgericht in Berlin. Die Berliner Polizei hatte ihre Videoaufnahmen damit begründet, dass sie Informationen für ihre Einsatzplanung gewinnen wollte. Anlass der Entscheidung war die Überwachung der Anti-Atom-Demonstration vom 5. September 2009 mit mehreren zehntausend TeilnehmerInnen. Gegen die Filmaufnahmen hatten die Veranstalter der Protestaktion geklagt. Die Frage ist nun, ob oder wie lange dieses Urteil anhält. Denn im Beitrag des RBB wird bereits angekündigt, dass der Innensenat von Berlin in Revision geht. Sollte die auch verloren gehen, wollen die Mächtigen eine Gesetzesänderung durchboxen.
Quelle:
www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2010_07/urteil__polizei_darf.html.

6 Monate Haft für Feldbefreiung

Leicht haben es sich die Richter in Frankfurt gemacht: Ohne jegliche Prüfung der vorgetragenen Gründe lehnte es am 15. Juli die Revision des vom Landgericht Gießen verurteilten Feldbefreiers Jörg Bergstedt ab. Damit ist nicht nur das Urteil rechtskräftig und Ladung zum Haftantritt jederzeit möglich. Sondern es ist auch juristisch bescheinigt: Wenn Gerichte fast 300 Beweisanträge (100% aller gestellten) als bedeutungslos abtun, sich dabei sogar noch verzählen und mindestens 8 Anträge »vergessen«, ist eine Revision dagegen »offensichtlich unbegründet«. Das nun bestätigte Urteil stammte vom Landgericht Gießen. Hier lief letztes Jahr der Abschreckungsprozess gegen KritikerInnen der Agrogentechnik. Diese mit Steuermillionen geschmierte Technologie ist nur profitabel, wenn es dafür auch Vermarktungssicherheit in Form von Patenten gibt. Bis dahin überbrücken Steuermillionen die klammen Uni-Institute und Firmenabteilungen zur Agrogentechnik. Damit aber die Anlage von Versuchsfeldern überhaupt möglich ist, zerschlägt der autoritäre Staat alle direkten Formen von Protest, die angesichts der Dynamik von Gen-Auskreuzung nötig sind, da Unterschriften- und Spendensammlungen nicht reichen. Der gesamte Prozess zeigte, dass die Waffe des Strafrechts zur Durchsetzung politisch erwünschter Neuerungen scharf geschliffen ist. Mehr unter http://de.indymedia.org/2010/07/286738.shtml.

Auf diese Rubrik in der CONTRASTE könnte sich das Urteil auswirken: Es ist der bisherige Autor, der damit für sechs Monate inhaftiert wird.●

Jörg Bergstedt

16 JAHRE AUFSTAND DER ZAPATISTISCHEN BEWEGUNG IN CHIAPAS / MEXIKO

Die »widerspenstige Schnecke«

Am Neujahrstag 1994 erhoben sich ein paar tausend schlechtbewaffnete Indios und Mestizen im südöstlichsten Bundesstaat Mexikos, erklärten dem Staat einen nationalen Krieg und begannen Ländereien zu besetzen. Der Aufstand scheiterte und die anfängliche Guerilla transformierte sich in der Folgezeit in eine einzigartige soziale Bewegung. Aus revolutionären Absichten wurden reformerische. In bis dahin nicht gekannter Weise verbinden die Zapatisten bis heute lokale Protestanliegen gegen Gewalt an Minderheiten – insbesondere indigenen Frauen – mit nationalen Forderungen an die Zivilgesellschaft für eine Demokratisierung Mexikos in einem globalen Problembewusstsein der zunehmenden Neoliberalisierung.

Von Torben Ehlers ● Seit nunmehr 16 Jahren widersetzt sich eine kleine ländliche Bewegung, die Zapatisten, in Chiapas der staatlichen Politik von Kooption und Korporatismus, Assimilation und Repression. 40.000-60.000 Soldaten, mehr als ein Viertel des mexikanischen Bundesheeres, belagern die Gebiete der sich seit längerem selbst verwaltenden Kleinbauern, Handwerker, Busfahrer, ehemaligen Gewerkschaftler, Plantagen- und Straßenbauarbeiter, Frauenkooperativen und deren geschaffene autonome Verwaltungszentren. Seit langem führen Militär, Geheimdienst und Paramilitärs von Großgrundbesitzern einen »Krieg der niederen Intensität« gegen die Anhänger dieser Bewegung, auch »Ejercito Zapatista de Liberación National« (EZLN) genannt, wozu Vergewaltigungen, gezielte Tötungen, Psychoterror, Folter, Demütigungen, willkürliche Verhaftungen, Landvertreibungen, Denunziation, Bestechungs- und Spaltungsversuche der Bewegung zählen.

Der EZLN gelingt es jedoch politisch immer wieder, sich der physischen Umklammerung zu entziehen, und appeliert wortgewandt via Internet und linksorientierten Tageszeitungen (wie dem »Proceso« oder der »Jornada«) in regelmäßigen Abständen an die mexikanische Zivilgesellschaft, sich gegen den »Ausrottungskrieg« und für ein demokratisches Mexiko einzusetzen. Gehör finden sie bei den Millionen verarmter Mexikanern, die die Verlierer des neoliberalen Modernisierungskurses des Staates sind.

Grund für den Aufstand waren der Eintritt Mexikos in die nordamerikanische Freihandelszone 1994, zusammen mit den USA und Kanada sowie die Abschaffung des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung zwei Jahre zuvor. Chiapas (über 4 Mio. Einwohner) mit seinem hohen Indigenen-Anteil von etwa einem Drittel steht aufgrund struktureller Rassismen in vielen mexikanischen Statistiken auf dem letzten Platz: ob bei der Lebenserwartung, dem Lohnniveau, den Wohnverhältnissen, der medizinischen Versorgung, der Analphabeten- oder Kindersterblichkeitsrate. Ca. 20.000 Menschen, meist Indios, sterben jedes Jahr an heilbaren Krankheiten wie Keuchhusten, Masern, Tuberkulose, Cholera oder Unterernährung. Hinzu kommt eine extrem ungerechte Landverteilung in einem Bundesstaat, dessen Bevölkerung sich alle 20 Jahre verdoppelt ohne das neues Land nutzbar gemacht werden kann (Einwohnerzahl 1970: 1,5 Millionen). Der oben erwähnte Artikel regulierte in den vergangenen Jahrzehnten durch staatliche Landvergabemechanismen die letzten brauchbaren Flächen, doch seit zwei Jahrzehnten hat Mexiko nichts mehr zu verteilen. Die Lage wird im Bundesstaat noch durch 100.000 ehemalige guatemaltekische Bürgerkriegsflüchtlinge verschärft, die in ihrer Not die sowieso schon kargen einheimischen Löhne als Saisonarbeiter unterbieten.

Obwohl schon 1982 nach der verherrenden Weltwirtschaftskrise durch einen Staatsbankrott via IWF und Weltbank eingeleitet, schwenkte Mexiko seit 1992 vollends auf einen kapitalistischen Kurs ein und gab die letzten »sozialistischen« Ambitionen zu ungunsten Millionen Angestellter der fragilen Mittelschicht in Staatsbetrieben agro- wie industrieller Art auf, die dann in den tertiären Sektor abrutschten. Die staatlichen Löhne wurden dem privatwirtschaftlichen Marktprinzip angepasst und die Subventionen für Preisgarantien der wichtigsten Lebensmittel wurden gestrichen. Letzteres traf besonders die Kleinbauern im ländlich geprägten Chiapas, von denen sich viele daraufhin der EZLN anschlossen.

Aber auch jene ehemaligen Landlosen aus ganz Mexiko, die in den 1970er Jahren in die letzten Landrefugien des Lakandonischen Regenwaldes an der Grenze zu Guatemala geströmt waren und dort neben den ansässigen Ethnien jenseits des Staates eigene Strukturen für ihre kleinen Ackerflächen aufgebaut hatten, sahen keine Möglichkeit mehr, die Landrechte zu erhalten, auf die sie seit Jahrzehnten gewartet hatten. Die Kleinbauern hatten zahllose Anträge gestellt, jahrelang demonstriert, protestiert, Verhaftungen und Gewalt in Kauf genommen und gewartet. 1992 riss der Faden der Geduld und Vorbereitungen für eine neue Form politischer Aktionen wurden getroffen, die sich im Aufstand 1994 entzündeten. Gleichzeitig zeigten die Zapatisten, wie die Regierung mit wenig Aufwand ihr immer noch diktatorisches Gesicht enthüllen musste, denn der Neujahrsmorgen 1994, mit seinen Repressionen, war auch der Tag des Inkrafttretens des NAFTA-Abkommens. In dieser Zeit schaute die Welt eben auch auf Mexiko und diese ungewöhnlichen Aufständischen, die den Tag bewusst gewählt hatten um sich für Demokratie einzusetzen. Seit jener Zeit herrschen bürgerkriegsartige Zustände zwischen den großen Rinderzüchtern, Plantagenbesitzern mit Privatarmeen, geschützt von Polizei und Militär, und den eher schlecht ausgerüsteten Zapatisten um einigermaßen gutes Land.

»Der Aufstand der Zapatisten – die widerspenstige Schnecke«, Coverabbildung

Neben dieser chaotisch anmutenden Situation vollzieht sich zudem in und um die zaptistisch gehaltenen Gebiete das wohl größte überstaatliche Entwicklungsprojekt der Welt: der Puebla-Panama-Plan. Dieses Mammutprojekt sieht eine flächendeckende (Agro-) Industrialisierung in nahezu allen Lebens- und Arbeitsbereichen im verarmten Südmexiko, ausgehend von der Stadt Puebla über Guatemala, Belize, Honduras, San Salvador und Costa Rica bis nach Panama vor. »Jaguarstaaten« sollen in den nächsten zwanzig Jahren aus den lateinamerikanischen Entwicklungsländern werden, die mit den asiatischen »Tigerstaaten« um Billiglohnarbeit und niedere Dienstleistung zu konkurrieren haben – zum Wohle der USA und der EU. Eine Entwicklung, gegen die sich die zapatistischen Gemeinden zusammen mit anderen betroffenen Netzwerken zur Wehr setzen, zum Unwillen der großen Wirtschaftskonsortien, die riesige Touristen- und Handelszentren planen und zum Wohle ihrer Investitionen keine renditedrückenden Revolten gebrauchen können.

Da ist die Frage schon erlaubt, wie es diese kleine Bewegung mit ihren weltweit auf Gehör stoßenden Nachrichten aus dem Lakandonischen Regenwald schafft, sich gegen die global größten Konsortien zu behaupten. Die Zapatisten besitzen ein einzigartiges Charakteristikum: ihr hybrides Identitätskonstrukt. Die Anhänger sind bei weitem nicht mehr nur Indigene der vier indianischen Hauptethnien (der Chol, Zoque, Tzotzil oder Tojolabales) bzw. der Maya-Ethnien. Viele junge Mestizen, die nach dem Ende der staatlichen Landverteilung 1992 keine Chance mehr auf einen eigenen kleinen Acker sahen und ganze, durch Bevölkerungsexplosion in den 1970er Jahren neu gegründete Gemeinden sind Teil der lokalen Bewegung. Die Beginne der Bewegung von 1983 resultieren zwar durchaus aus einer Mixtur marxistisch-leninistischer Großstadtrevolutionäre mit guevaristischer Strategie und indigener Entscheidungsfindung im radikaldemokratischen Konsens, deren Symbiose an sich schon etwas völlig Neues darstellte, doch hat sich die Bewegung im Laufe der Entwicklungen der letzten 30 Jahre immer wieder selbst neu erfinden müssen, um sich den durch Transformationen in der mexikanischen Gesellschaft neu entstandenen Begebenheiten anzupassen, so die Abwahl der sozialistischen Partei nach 80 Jahren Diktatur durch eine USA-freundliche Alternative unter dem Ex-Coca-Cola-Manager Vicente Fox im Jahr 2000. Auch das ist ein Novum, an dem viele Bewegungen, nicht nur in Lateinamerika, zerbrochen sind.

Indigene gelten heute immernoch als der Abschaum der mexikanischen Gesellschaft, die es kulturell durch Assimilation in das Mestizentum auszurotten gilt (»Indigenismus« genannt). Die Zapatisten drehen die Diskriminierung soziopolitisch um, und setzen sich vom Boden der hierarchischen Gesellschaftspyramide an deren Spitze, als die »wahren mexikanischen Menschen«, die noch frei von Korruption und kapitalistischer Profitgier existieren. Als strategische Ressource im Kampf um soziokulturelle Rechte ein politisch genialer Schachzug. Freilich ist dies die romantisierende Konstruktion des »edlen Wilden« an der auch Karl May seine Freude gehabt hätte. Doch die anfängliche indigene Guerilla mit linksintellektueller Führung konnte sich so für alle Mexikaner öffnen, da Mestizen selbst ein hybrides Ergebnis aus Indigenen und Spaniern sind. Die Bewegung hatte so die Möglichkeit zu wachsen und Sympatisanten im ganzen Land, insbesondere den urbanen Zentren, zu gewinnen. Mit der Verknüpfung von Demokratie, Gerechtigkeit, Bodenrechten und fairen Produktionsbedingungen, gerade an die Zivilgesellschaft und nicht den Staat gerichtet, traf sie den Nerv der Zeit:

Die EZLN mit ihren allgemeingültigen Forderungen der Zivilgesellschaft gegen die Regierung wurde zum Symbol des Widerstandes kontra des Ausverkaufes der mexikanischen Nation an das global agierende Kapital. Damit konnten die Zapatisten nun große Teile der mexikanischen Gesellschaft identifikatorisch ansprechen: Linke, Indigene, unabhängige Gewerkschaften, nichtstaatliche Agrarorganisationen, Arbeiter, Apo-Vereinigungen, Frauen und alternative jugendliche Milieus.

Die zapatistische Bewegung war auch eine der ersten, die bei der Nutzung des Internets eine Vorreiterrolle einnahm und dessen Relevanz erkannte, um asymetrische Berichterstattung offizieller Kanäle zu umgehen. Bis heute artikuliert die EZLN über globale Internetformen ihre Forderungen und Positionen zu Protesten andernorts, die weltweiten Anklang finden. Dies hat ihnen sogar die Titulierung der »Diskursguerilla« oder der »Cyberrevolutionäre« eingebracht. Die »rückständigen« Zapatisten bauten somit eine Achse auf, die über eine regionale Bedrohung ihrer Lebenswelt die nationale Gefährdung der mexikanischen Gesellschaft durch kapitalistische Tranformation im Zuge der weltweiten Neoliberalisierung klar benannte. Damit hatte die EZLN drei Ebenen (lokal, regional/national, global) des Protestes für sich nutzbar gemacht und soziokulturelle mit politischen als auch ökonomischen Forderungen verbunden, was bisher auch noch keiner lokalen Bewegungen gelungen war.

Einzigartig sind auch ihre Aktionen, die sich von allen anderen Guerillas und sozialen Bewegungen, nicht nur Lateinamerikas, sondern weltweit unterscheiden: schon ein Jahr nach dem Aufstand führten die Zapatisten an über 6.000 Anlaufpunkten in ganz Mexiko eine »Befragung über den Frieden und die Demokratie« mit über einer Millionen abgegebener Stimmen bezüglich ihres eigenen weiteren Vorgehens durch, 1996 willigte sie in das »Abkommen von San Andres über die Anerkennung indigener Rechte und Kultur« ein, welches vom Kongress im Nachhinein jedoch bis zur Unkenntlichkeit verändert wurde, im gleichen Jahr lud sie zum »Ersten Intergalaktischen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus« im Lakandonischen Regenwald ein, zu dem über 3.500 Delegierte aus 54 Ländern anreisten sowie zum »Marsch nach Mexiko-Stadt«, wo sie auf einer Großveranstaltung zum ersten Mal offiziell in Erscheinung trat. Selbiges wiederholte sie im Jahr 2001 als »Marsch der indianischen Würde«, diesmal mit dem ehemaligen Führer der Bewegung Subcommandante Marcos vor über hunderttausend Menschen.

Zu den Präsidentschaftswahlen 2006 vollführten die Zapatisten »die andere Kampagne« gegen die nationale Elite und transnationale Konzerne: ein Zusammenschluss zahlreicher Netzwerke, Gewerkschaften, Indigenenorganisationen und Gruppierungen der mexikanischen Linken gegen die etablierten Parteien zusammen mit weiten Teilen der Zivilgesellschaft. Ziel war die Selbstdarstellung sowie die sozialen Kämpfe der Apo in Mexiko zu verbinden und über verschiedene Plattformen in einen dauerhaften Dialog zu treten. Anfang letztes Jahr wurde dann auf dem zentralen Platz in der Hauptstadt das »Festival der würdigen Wut« veranstaltet, bei welchem vor allem Minderheiten wie Sexsklavenarbeiterinnen, Aidskranke, Flüchtlinge und Indigenenorganisationen Artikulationsmöglichkeiten in der Öffentlichkeit für ihre Lebenswelten geboten wurde. Der Ansturm und das nationale Feedback dieser Aktionen war so gewaltig, dass es sich die Regierung – zumindest vor den Medien – nicht erlauben konnte, diese ernsthaft zu behindern. Gespannt bleibt abzuwarten, was die zapatistische Bewegung an neuen Aktionen plant, von denen andere soziale Bewegungen weltweit nur lernen können. Ihre Kernaussagen gehen derweil weiter um den Globus: »Eine andere Welt ist möglich«, »für eine Welt in die viele passen« oder »ya basta!« (es reicht!).●

Torben Ehlers ist Diplom-Sozialwissenschaftler in Hannover. Zuletzt von ihm erschienen: »Der Aufstand der Zapatisten – die 'widerspenstige Schnecke' im Spiegel der Bewegungsforschung«, Tectum-Verlag (2009).

ENERGIE IN BÜRGERHAND: BÜRGERBETEILIGUNG IM ENERGIESEKTOR STÖSST AUF WACHSENDES INTERESSE

Spannende Verhandlungen mit Stadtwerken und Stadtwerkeverbünden

Über 10 Millionen EUR wurden bisher auf den Treuhandkonten der »Energie in Bürgerhand eG« eingezahlt und weitere 20 Millionen EUR als Zusagen gegeben. Erstes Projekt sollte der Einstieg in die »Thüga AG« sein, frühere Tochter der E.ON und seit Anfang dieses Jahres in der Hand zweier Stadtwerkeverbünde, der »Kom9« und der »Integra«. Monatelang führten die Verantwortlichen von »Energie in Bürgerhand« Gespräche vor allem mit Vertretern der »Kom9«, um über eine Beteiligung an der »Kom9« den Einstieg in die Thüga AG zu erreichen. Ende Juli kam die Absage: Genussrechte wurden als Möglichkeit in Aussicht gestellt, aber kein Einstieg als gleichberechtigter Gesellschafter.

Beya Stickel, Red. Genossenschaften ● Ende 2009 wurde die »Thüga AG« durch E.ON verkauft. Seitdem halten die drei großen Stadtwerke Hannover, Frankfurt und Nürnberg gemeinsam 62,25% und die »Kom9« – ein Zusammenschluss von knapp 50 Stadtwerken – 37,75%. Die Genossenschaft »Energie in Bürgerhand« (EiB) wollte Atomausstieg, effizienten Klimaschutz, Bürgerbeteiligung, Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft bei den Stadtwerken in der »neuen Thüga AG« verankern. Sie wollte sich mit großem Engagement für eine ökologische und nachhaltige Energieversorgung einsetzen.

Keine wirkliche Partizipation

Anfänglich wurde Zustimmung zu den Themen und den Vorstellungen der Bürgergenossenschaft geäußert. Im weiteren Verlauf der Gespräche, die mit der »Kom9« und Vertretern der »Thüga« geführt wurden, zeigten sich zunehmend Vorbehalte gegenüber einer Mitsprache der Bürger: Das Geld der Bürger war sehr erwünscht, aber jegliche Form einer Mitsprache oder ein Stimmrecht wurde als »unerwünschte Einmischung« und »Knabbern an der Macht« empfunden.

»Kom9« bzw. die »Thüga« wollte zwar das Geld, aber keinerlei direkte Beteiligung bei ihren Stadtwerken. Sie möchte »EiB« mit Genussscheinkapital ohne irgendeinen Einfluss abspeisen. »Das entspricht nicht der Zielsetzung von »EiB«, dafür haben uns die Menschen das Geld nicht zur Verfügung gestellt« betont Michael Sladek aus dem Aufsichtsrat der Genossenschaft. Diese folgerichtige Haltung, dass sich das eingebrachte Kapital der Bürgerinnen und Bürger auch in den Gremien als Möglichkeit der Mitsprache und Einflussnahme wiederfinden muss, war offensichtlich das entscheidende Kriterium der Ablehnung. Eine Haltung, die weit entfernt von Bürgernähe ist.

»Thüga« auf dem falschen Weg

Die jetzt erkennbaren Entwicklungen zeigen, dass bei »Thüga« – trotz anders lautender Bekenntnisse – kein wirkliches Interesse an einer Umstrukturierung des Energiemarktes besteht. Eine dezentrale Versorgungsstruktur mit ökologischer Ausrichtung wollen sie nicht konsequent angehen. Damit verpasst die »Thüga AG« die Chance, sich nach der Befreiung aus dem E.ON Konzern deutlich von den bestehenden Energie-Kolossen abzuheben und eine echte Alternative anzubieten.

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Vor dem Hintergrund der Debatte um die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke ist diese Entscheidung ein weiteres Signal für falsche Entwicklungen im Energiesektor. Auch bei der teilweise rückwärtsgerichteten Unternehmenspolitik vieler Stadtwerke, geht es allein darum, ihre Monopolstellung und ihren Machterhalt zu sichern. Die zunehmend zentralistische Unternehmensentwicklung der »Thüga AG« in den letzten Wochen hatte bereits innerhalb der Aktivengruppe der »EiB« die Diskussionen ausgelöst, ob es nicht andere Möglichkeiten und Partner gibt, mit denen sich das Ziel der unmittelbaren Bürgerbeteiligung an Versorgungsunternehmen umsetzen ließe.

Visionen einer Stadt der Bürger

Bei zahlreichen Stadtwerken laufen Verträge der Atomkonzerne in den nächsten Wochen aus. Sie wollen sich mit Unterstützung der »EiB« von deren Beteiligung befreien. Auch steht die Genossenschaft in Verhandlungen mit Stadtwerkeverbünden, die die gleichen Zielsetzungen vertreten und nachhaltige Energieversorgung und Bürgerbeteiligung zu ihrem Selbstverständnis entwickeln wollen. Sie sehen das große ökologische und ökonomische Potential des Bürgerzusammenschlusses und erkennen Chancen, ein einmaliges verbrauchernahes und umweltverantwortliches Profil mit der »EiB« als Gesellschafter zu entwickeln. »EiB« ist überzeugt, dass eine moderne, innovative, dezentrale und nachhaltige Energieversorgung nur umgesetzt werden kann, wenn die Bürger mitgenommen werden. Bürger-Partizipation, verbunden mit einer finanziellen Beteiligung, die auch Verantwortung übernimmt, ist die zukunftsweisende Form, ökonomische und gleichzeitig ökologische Unternehmenspolitik nachhaltig umzusetzen.

Stadtwerke Kassel als Vorreiter?

Aufgrund der schon längere Zeit spürbaren Vorbehalte bei den Thüga-Gesellschaften gab es bereits Kontakte mit anderen Versorgungsträgern. Einige haben von sich aus Kontakt mit der »EiB« aufgenommen, weil sie die Ziele selbst als zukunftsweisend ansehen und umsetzen wollen. Vor diesem Hintergrund laufen eine Reihe Verhandlungen mit Stadtwerken und Stadtwerkeverbünden über eine echte Beteiligung der Bürger.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der »EiB eG« von der EWS Schönau, Dr. Michael Sladek, steht für konsequenten Ausstieg aus der Atomindustrie

Im August hat sich »EiB« erstmals den Stadtratsfraktionen in Kassel vorgestellt. Hintergrund ist der mögliche Verkauf des Anteils von Vattenfall an den städtischen Werken Kassel in Höhe von 24,9%. Angeblich soll der Anteil einen Wert von 60 Mio. haben. Fundierte Zahlen sind der Öffentlichkeit aber nicht zugänglich. Die Gespräche verliefen sehr offen und freundlich. Das Pikante an der Thematik, auch die Thüga hat ihr Interesse an dem Einstieg bei den Stadtwerken schon bekundet. Auf jeden Fall benötigt »EiB« nun viel Unterstützung der Bürger vor Ort, damit die Chance für ein erstes größeres Stadtwerk mit Bürgerbeteiligung Wirklichkeit werden kann.●

PORTRÄT PRÜFUNGSVERBAND: 15 JAHRE PKMG

Bundesweit, branchenoffen, unabhängig

Der Prüfungsverband für kleine und mittlere Genossenschaften (PkmG) versteht sich als Ansprechpartner für Genossenschaften, die sich aufs Wesentliche konzentrieren, die ihren Prüfungspflichten so effizient und kostengünstig wie möglich nachkommen wollen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Seit Gründung des PkmG, eines von den genossenschaftlichen Spitzenverbänden unabhängigen Verbandes, im Jahr 1995, hat sich die Zahl seiner Mitglieder verzehnfacht. Der überwiegende Teil der Mitglieder rekrutiert sich

Eine richtige Idee ist auch stets die beste Grundlage für die Praxis.

(F.W. Raiffeisen)

aus Neugründungen. Betreut werden Neugründungen von Genossenschaften, die in der gesamten Branchenbreite des Verbandes tätig sind: Wohnung-, Bau- und Siedlungswesen, Produktion und Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Versorgungswirtschaft und Soziales. Gründungsprüfungen sind ein Schwerpunkt der Tätigkeit.

Steigendes Gründungsinteresse

Wöchentlich erreichen den Verband Anfragen von Initiativen, die sich mit dem Gedanken tragen, ihre wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Tätigkeit in dem Rechtskleid der Genossenschaft auszuüben. Durch die Vereinfachungen gerade für kleine Genossenschaften, die der Gesetzgeber mit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes in 2006 zuließ, steigt die Zahl der Gründungswilligen. Die genossenschaftliche Rechtsform wird in der Öffentlichkeit und in der Unternehmensberatungspraxis stärker wahrgenommen. Da jede Neugründung in der Regel erst einmal klein anfängt, liegt es nahe, dass sie sich einem Prüfungsverband zuwendet, der sich auf die besonderen Bedürfnisse kleiner und mittelgroßer Unternehmen spezialisiert hat.

Die Voraussetzungen, die Gründungswillige mitbringen, sind sehr unterschiedlich. So finden sich in der Praxis die Idealisten und die Pragmatiker, die Zielstrebigen und die Basisdemokraten sowie auch die professionellen Macher und die Anfänger. Jede einzelne Gründungsprüfung sieht der PkmG als Herausforderung an. Worauf basiert sein Testat für eine Zulassung als eingetragene Genossenschaft: Keine Gefährdung der Belange der Mitglieder oder der Gläubiger! Folgende Fragen sind u.a. zu beantworten:

Ist die Gründungsinitiative auf Grund der persönlichen Verhältnisse der Mitglieder, insbesondere des Vorstandes und Aufsichtsrates, in der Lage, den Gegenstand und Förderzweck der Genossenschaft umzusetzen? Reicht das definierte Eigenkapital als Startkapital aus? Ist das wirtschaftliche Konzept der Genossenschaft praxistauglich und umsetzbar?

Selbstverständnis: Prüfungsdienstleister

Im Zuge der Gründungsprüfung kommt es auch vor, dass die Initiatoren erkennen, dass Ideen unrealistisch sind, oder einfach die Rechtsform nicht passt. In einer kostenlosen Erstberatung können Fragen zur Rechtsform gestellt, das Projekt einer ersten Begutachtung vorgestellt werden. Mehr als 15 erfolgreiche Gründungsprüfungen pro Jahr stärken den genossenschaftlichen Sektor in unserer Gesellschaft, führen zu mehr Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.

Der Schwerpunkt der Arbeit des Prüfungsverbandes liegt naturgemäß in der Durchführung der gesetzlichen Pflichtprüfung und dies zügig und qualitätsgerecht zum Nutzen der Mitglieder. Diese Prüfung ist kein Selbstzweck. Der PkmG versteht sich als Prüfungsdienstleister. Deshalb sehen es die Verantwortlichen als Aufgabe an, den Mitgliedsgenossenschaften nicht nur Prüfungen zur Verfügung zu stellen, die den gesetzlichen Anforderungen genügen, sondern deren Ergebnisse auch der unternehmerischen Praxis der Mitglieder dienen.●

Weitere Informationen:
www.pruefungsverband.de
info@pruefungsverband.de

AKTIONSFORSCHUNG: SENIO-KOOP

Handlungshilfen für Kooperativen

Winfried Haas, Red. Genossenschaften ● Entwicklung von Handlungshilfen für Kooperativen im Bereich Haushaltshilfen für Senioren und Familien im Grenzbereich Bürgerschaftlichen Engagements und genossenschaftlicher Professionalisierung ist Gegenstand eines kleinen Aktionsforschungskonzepts mit dem Namen SENIO-KOOP. Möglich wurde dies nur, durch eine Förderung des Generali Zukunftfonds.

Ergebnis der explorativen und dennoch gleichzeitig umsetzungsorientierten Forschung ist das Zurverfügungstellen eines erfahrungsbasierten, unkompliziert zu handhabenden Manuals. Dieses richtet sich an Sozial- bzw. Seniorengenossenschaften im Grenzbereich zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Professionalität. Auf diese Weise wird Selbsthilfeansätzen im Bereich Haushaltsnaher Dienstleistungen für Senioren und Familien, insbesondere, wenn sie auch ältere Arbeitslose einbinden, eine bessere Bestandsfähigkeit am Markt ermöglicht.

Konkret werden dabei zwei soziale Ziele gleichzeitig verfolgt: preiswerte Dienstleistungs- und Unterstützungsstrukturen für Senioren zu entwickeln und Arbeitsplätze für ältere Menschen zu schaffen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Zielgruppen 50+ wird über imitationsfähige Unternehmensbausteine erleichtert. Die Mitarbeitenden der zugrundeliegenden Sozialgenossenschaften sind dabei nicht ausschließlich Senioren, integrieren aber oftmals ältere Menschen.

Um das Erfahrungswissen der skizzierten Genossenschaftsansätze aufzubereiten, steht im Mittelpunkt ein gut vorbereiteter und systematisch auszuwertender Workshop mit den betreffenden Genossenschaften. Dieser hilft, drei Lernpotentiale zu heben:

- Die Verantwortlichen in den Genossenschaften beschäftigen sich systematisch mit ihren bisherigen Erfahrungen und verbessern so ihr Konzept.
- Der Erfahrungsaustausch mit anderen Teamgründern der gleichen Branche verhilft zu neuen Erkenntnissen und gibt Anregungen für Problemlösungen.
- Die systematische Aufbereitung der wichtigen Bereiche betrieblicher Themen unterstützt die beteiligten Genossenschaften, indem diese ein Manual zur besseren Bewältigung ihrer Alltagsprobleme nutzen können.

Zusätzlich steht das Ergebnis auch anderen Team- und Genossenschaftsgründungen im Bereich Haushaltsnahe Dienstleistungen für Senioren als sehr konkrete Gründungshilfe zur Verfügung. Dadurch werden in diesem Sektor verstärkt Low-Budget-Team- bzw. Genossenschaftsgründungen etabliert. Auf diese Weise lässt sich ein sinnvoller Lösungsweg für Probleme, die aus dem demographischen Wandel resultieren, erheblich leichter umsetzen. Als Vorbereitung für den Workshop dienen eine Bestandsaufnahme der bestehenden Sozialgenossenschaften in diesem Sektor mit veranschaulichenden Kurzporträts und eine intensive systematische Vorabbefragung zu den Themen, die im Workshop vertieft werden.

Die Durchführung erfolgt durch zwei Organisationen, die sich hervorragend in ihrem Know-how zu dem Thema ergänzen, der innova eG, die eine wichtige Impulsfunktion für die Umsetzung von Sozialgenossenschaften in Deutschland innehat und dem Arbeitskreis integriertes Wohnen e.V., dem für die Themen leitbildgeprägtes Wohnen und Wohnen im Alter besonders in Ostdeutschland eine Pionierrolle zukommt.●

Kontakt: Dr. Burghard Flieger, innova eG,
Projektbüro Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23
Email: Genossenschaft@t-online.de
(siehe auch www.innova-eg.de und www.sages-eg.de)

Soziale Bewegungen in der Schweiz 1968 bis 1978

»Die 68er Bewegung in der Schweiz: Politisches Engagement als Lebensinhalt und als Lebensform 1968-1978«: das ist der Name eines Forschungsprojektes, in dem die Herausgeberin des vorliegenden Bandes unter der Leitung von Brigitte Studer (Universität Bern) und Jean Batou (Lausanne) arbeitet. Das Projekt soll in erster Linie die biographischen und subjektiven Ebenen von »1968« erschließen helfen. Zwar fehlen Angaben zu den AutorInnen des hier anzuzeigenden Bandes, ihre Beiträge dürften in der Regel aus studentischen Abschlussarbeiten entstanden sein, während das Buch selbst wohl im Zusammenhang des 2010 sein Ende findenden Projektes steht.

»1968-1978« enthält ein ausführliches Vorwort und sodann 23 Beiträge, die den vier Kapiteln »Die schweizerische 68er Bewegung im Kontext der globalen Protestwelle«, »Die internationale Solidarität als politisches Engagement«, »Die Geschlechterbeziehungen im Fokus der 68er Bewegungen« und »Gegenkultur und Reaktion des Establishments« zugeordnet sind. Acht der Beiträge sind in französischer Sprache verfasst.

Marianne Studer lässt in ihrem Artikel die gemeinsamen kognitiven Orientierungen der 68er Revue passieren, um dann den Subjektivismus und die »Betroffenheit« als zentrale politische Praxis zu reflektieren. Marica Tolomelli vergleicht nochmals 1968 in der Bundesrepublik und in Italien. Das zweite Kapitel widmet sich einem bis heute wichtigen Feld der schweizerischen Linken, dem Internationalismus. Die internationale Solidaritätsbewegung darf in der Schweiz als eines der am besten historisch erforschten Aktionsfelder der 1968er und ihrer NachfolgerInnen gelten, auch aus diesem Grunde wurden dazu im letzten Jahrzehnt etliche Veröffentlichungen (auto-)biografischer und organisationsgeschichtlicher Couleur vorgelegt. Manuel Schär untersucht die Wandlungen, die der Begriff »Entwicklung« um 1968 herum in der Schweiz erfuhr und die verkürzt mit dem Satz »Von der Modernisierungs- zur Dependenztheorie« umschrieben werden können. Konrad Kuhn stellt mit der »Erklärung von Bern« einen wichtigen entwicklungspolitischen Akteur der 1970er Jahre näher vor. Marc Griesshammer berichtet über die Vietnamsolidarität in der Schweiz und Marcel Dreier untersucht am Beispiel der politischen Arbeit zu einigen afrikanischen Ländern, wie durch die Vorherrschaft eines »sehnsuchtsvollen Romantizismus« in der antiimperialistischen Solidaritätsarbeit die konkrete historische Realität des Modells »nationaler Befreiung« allzu oft aus dem Blick geriet. Schließlich berichtet Nuno Pereira über die schweizerische Solidaritätsarbeit zu Portugal.

Das nächste Kapitel widmet sich der (neuen) Frauenbewegung und der Veränderung der Geschlechterbeziehungen. Anfang 1975 fand in der Schweiz die erste öffentlich wahrnehmbare Auseinandersetzung zwischen der etablierten und der neuen Frauenbewegung statt. Die feministischen Proteste gegen den 4. Schweizerischen Frauenkongress waren zugleich der Auftakt der national koordinierten »Abtreibungskampagne«, wie Renate Schär berichtet. Stefan Bittner nimmt in seinem Beitrag wieder das Motiv des »Romantischen« auf und untersucht am Beispiel einer Aussteiger-Gruppe ein Beispiel aus den experimentell-emotionalen Subkulturen. Das in der Forschung zu »1968« immer wieder aufgegriffene Phänomen der transnationalen Kommunikation und Interaktion ist das Leitmotiv des Beitrages von Ariane Tanner. Sie berichtet über die Entstehung der bis heute existierenden Kommune »Longo maï«, die auf der Grundlage eines transnationalen Projekts unter Beteiligung verschiedener AktivistInnen aus Österreich und der Schweiz entstand. Die »Zürcher Produzentengalerie« (Produga) ist ein Beispiel für kollektives Handeln von Kunstschaffenden. Die Produga arbeitete ab 1972 in und für die Neue Linke; sie gestaltete vor allem Plakate, am bekanntesten wurde ihre Arbeit für die Anti-Atombewegung Ende der 1970er Jahre. Sarah Minguet untersucht die »harte Reaktion« der Verwaltung der Universität Lausanne auf die vom französischen Mai inspirierten Studierendenproteste und ihre Bemühungen, unter anderem durch eine enge Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden, die Proteste zu kontrollieren. Der Gegenkulur widmet sich wiederum abschließend Maria Tortajada. Sie zeigt, wie das »nouveau cinéma suisse« neue visuelle Formen von Repräsentation entwickelte.

2008 erschienen zwei Bände, die »1968« und die Folgen am Beispiel der beiden wichtigen deutschschweizerischen Städte Bern und Zürich thematisieren. Der Band »1968-1978« kann in diese Reihe der in Buchform publizierten gesammelten Mikrostudien eingeordnet werden. Der einleitende Beitrag von Studer geht zwar etwas tiefer, argumentiert aber nur entlang von Linien, die in der deutschsprachigen Debatte gängig sind. Eine Kontextualisierung innerhalb der schweizerischen Kultur- und Sozialgeschichte findet in den Beiträgen nur fragmentarisch statt. Insofern ist der Band auch kein – wie angesichts seines Titels vermutet werden könnte – Beitrag zur Debatte um die Boom-Jahre des Fordismus, sondern begrenzt sich eher auf die Bewegungsgeschichte im engeren Sinne.●

Bernd Hüttner

Janick Marina Schaufelbuehl (Hg.): 1968-1978. Ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz. Chronos Verlag: Zürich 2009, 334 Seiten, 31 EUR

Die sie Bauern nannten

Der 1943 geborene Schweizer Schriftsteller Wüthrich bearbeitet in seinem Buch das Sterben der bäuerlichen Landwirtschaft literarisch. Hintergrund seines Werkes ist die Situation der Landwirtschaft in der Schweiz. Die Schweiz gilt ja immer noch als Agrarland, obwohl dort die Industrialisierung der hochsubventionierten Landwirtschaft unter dem Motto »Fit für Europa« seit einigen Jahren in vollem Gange ist. Die Verstädterung schreitet bis hin zu den Tälern der Alpen voran und die Mittelschweiz zwischen Winterthur über Zürich bis Bern ist heute im Grunde ein von Verkehrswegen und namenlosen Baumärkten gekennzeichnetes einziges Siedlungsband. Wüthrich verschont die Leser/innen mit Fakten und Statistiken, ihm geht es mehr um Agrarkultur und das innere Erleben der Generation von Bauern, die sehen, wie ihr »Stand« zum Unternehmertum wurde: In vier fiktiven Geschichten lässt er Bauern, die am Ende ihres Arbeitslebens angelangt sind, über Sinn und Zweck ihres Daseins, ihrer Existenz als letztes Glied in der vielzitierten Kette der Generationen sinnieren. Einen lässt Wüthrich zum Beispiel, nachdem der Tag mit der Versteigerung seines Inventars vorüber ist, des Nachts über seinen Hof gehen – und schreibt seine Gedanken und Gefühle auf.

Es ist ein manchmal, durch den Handlungsort Schweiz, nicht ganz leicht zugängliches Buch, das aber Tiefgang hat, anrührt und neue, ungewohnte Perspektiven bietet. Der fünfte Text war der für mich anregendste. Es ist der innere Monolog eines – unschwer als Wüthrich erkennbaren – mit der bäuerlichen Landwirtschaft sympathisierenden Journalisten über die Motivation seines Tuns. Er konstatiert, dass es die Landwirtschaft seiner Kindheit definitiv nicht mehr gibt. Er bemerkt, dass durch Nostalgie gespeistes Agieren als politisches Programm heute nicht ausreicht – und das nicht nur, weil es sich vergangene Verhältnisse in der Erinnerung zu schön macht. Nicht zuletzt wäre dann unter diesem Blickwinkel die Frage nach der »Heimat«, nicht die nach dem »woher«, sondern die nach dem »wohin«.●

Bernd Hüttner

Werner Wüthrich: Die sie Bauern nannten. Vom Mythos und Überleben unserer Landwirtschaft; 168 S., 23,90 EUR, Verlag Huber Frauenfeld/Stuttgart/Wien 2009

Economie Sociale

Angesichts von 248 Millionen Europäern, die Mitglieder einer Genossenschaft, einer Versicherungsvereinigung auf Gegenseitigkeit sind und/oder einem Verein angehören, ist die Economie Sociale ein Schwergewicht in der europäischen Wirtschaft. Bei Berücksichtigung von Mehrfachmitgliedschaften sind nach Schätzungen 30% der europäischen Bevölkerung Mitglied einer Organisation der Economie Sociale.

Thierry Jeantet bietet die Economie Sociale als eine Alternative zum Kapitalismus an, die sich allerdings zu Teilen selbst nicht so sieht und auch nicht so darstellt. Ähnlich der deutschen »Solidarischen Ökonomie«, wie sie Elisabeth Voss in ihrem »Wegweiser Solidarische Ökonomie« darstellt. Jeantet diskutiert die Notwendigkeiten, die es braucht, damit »Economie Sociale« als die Alternative zum Kapitalismus wahrgenommen werden kann. Denn das sie es tun kann ist eindeutig.

»Die Economie Sociale kann den internationalen Organisationen internationale, nachhaltige Lösungen vorschlagen:

- Vergenossenschaftlichung (oder Regelung auf Gegenseitigkeit/Mutualisierung) statt Privatisierung,
- Schaffung von Unternehmen in Gemeinschaftseigentum statt Deregulierung,
- Soziale und ethische Orientierung der Finanzflüsse und Investitionen,
- Wiederentfaltung des gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Sektors durch Gründung von Vereinigungen statt Kommerzialisierung,
- Schaffung gerechter Wirtschaftsbeziehungen statt Liberalisierung,
- Beherrschung der Energiequellen ohne Gewinnstreben statt Verschwendung,
- Demokratisierung der Kommunikationssysteme statt deren kapitalistischer Übernahme,
- Wiedergeburt der Gemeinden statt deren brutaler Verschandelung.«

Damit will Jeantet keine neue Ideologie beschreiben, sondern Wege »um Frauen und Männern zu ermöglichen, sich an vielfältigen Entwicklungen der Welt zu beteiligen.« Es handelt sich hierbei weder um einen einfachen Traum noch um eine Utopie, sondern um eine weltweite, in einer Vielzahl von Räumen und Sektoren bereits feststellbare Realität. Hierin zeigt sich die Economie Sociale als eine starke, bereits voranschreitende Alternative in einer Welt, die für verschiedene Systeme offen ist. Darin verpflichtet sie uns zu erkennen, dass das Spiel weder gespielt noch beendet ist. Das ist ein vernünftiger, »ziviler« Weg, der bereits offen steht.

Es gibt viel zu tun und Jeantet regt mit seinem Text die Akteure an, die Möglichkeiten zu ergreifen, die bereits in Teilen auch berücksichtigt werden. Organisationen, Publikationen, Universitäten, Gewerkschaften die kreativen Kulturellen und andere sind dabei die Economie Sociale so zu formen und zu begreifen, dass sie als eine »Alternative zum Kapitalismus« wahrgenommen wird und korrektiv eingreift.

Jeantet regt unter anderem »ein internationales Observatorium für die Ergebnisse der Economie Sociale (Pasul Singer)«, eine »bilan sociétal« (Bilanz der gesellschaftlichen Effektivität) und universitäre Netzwerke zur Entwicklung und Unterstützung von Economie Sociale an sowie die Beziehungen und Kooperationen mit Gewerkschaften, Kommunen und Politik zu fördern.

Gewiss passiert davon bereits einiges auch in Deutschland. Thierry Jeantets Buch ist eine Ermutigung, weiter zu arbeiten und die Arbeit zu erweitern und zu intensivieren.●

Dieter Koschek

Thierry Jeantet: Economie Sociale – eine Alternative zum Kapitalismus, ISBN 978-3-940865-10-6, AG SPAK Bücher 2010, 114 S., 16 EUR aus dem Französischen übersetzt von Hans-H. Münkner, Marburg

Warnung!

Zum Buch »Protest« von Sandra Benz und Vera Walter

Nur wenige Bücher erhalten eine solche Aufmerksamkeit – und derart viel Lob wie dieses neu erschienene Buch von zwei Kunstdesign-Studentinnen aus Mainz. So auch in der CONTRASTE, mehr aber noch andernorts (z.B. eine Seite in der »Freitag«).

Klar: Hübsch ist es und beim Durchblättern scheint es auch spannende Themen abzuhandeln. Doch ein Blick ins Detail fällt nicht so positiv auf. Ja – es muss gewarnt werden vor diesem Buch, denn die Anzahl von Fehlern ist hoch. Die reichen von technischen Problemen, die auftreten würden, bis zu falschen rechtlichen Hinweisen. Hier schreiben offensichtlich keine Autorinnen, die aus der Praxis kommen. Das Buch wirkt eher wie Kunst, inhaltlich aus dem Internet gezogen und mit einem hohen Grad an Naivität zusammengestellt.

Fröhlich wird über strafrechtliche Folgen spekuliert – die fehlende Erfahrung lugt aus allen Sätzen hervor. Seitenweise wird zu strafbaren Handlungen aufgerufen: »Während der- oder diejenige aufpasst, solltest du in Ruhe einige Motive an die Wand sprühen«. Der Rezensent in der »Freitag« schreibt trotzdem: »Ein Aufruf zu Straftaten findet sich in dem Buch nicht«. Der Mensch sieht, was er sehen will. Nicht dass ich missverstanden werden will: Die Ohrfeige von Beate Klarsfeld, Rosa Parks' Hinsetzen an falscher Stelle – das und mehr waren verbotene Handlungen, gleichzeitig aber Sternstunden menschlicher Emanzipation. Wo Recht nicht mehr gebrochen wird, entwickelt sich Gesellschaft nicht weiter. Aber Bücher über Aktionen sind dafür da, Erfahrungen und Wissen weiterzugeben – und nicht Kunstdiplome zu erwerben und dann mit Vorschlägen aus der Retorte ein protest-dekadentes BürgerInnentum zu unterhalten.

Logischerweise sind auch die Hintergrundberichte Reportagen aus der Vergangenheit, die sich vom Uni-Schreibtisch aus recherchieren lassen. Gäbe es nicht schon andere Veröffentlichungen über Aktionsformen, wäre es ein freudiges Ereignis, endlich solch ein Buch zu haben. So aber muss angesichts der Oberflächlichkeit, Fehlinformationen und dramatischen Lücken her empfohlen werden, die Finger davon zu lassen. Schade – aber so sehen halt Bücher aus, die in den Elfenbeintürmen deutscher Universitäten und Bewegungsagenturen entstehen. Und die in solchen Kreisen gefallen. Denn die das Buch bejubelnden Rezensionen beweisen wahrscheinlich zweierlei: Die RezensentInnen haben von Aktionen auch keine Ahnung. Aber sie gehören den Kreisen dieser Gesellschaft an, in der der Flair, nicht jedoch Qualität und Wirkung zählen. Insofern findet das Buch seine passenden UnterstützerInnen – die leider oft auch im realen Protest die mediale Inszenierung steuern. Insofern möchte man Autorinnen wie RezensentInnen zurufen: So – und nun macht mal ein paar Aktionen! Wer hingegen nach Ratgebern sucht für Aktionen, sollte auf »Go. Stop. Act« oder den Direct-Action-Reader (www.aktionsversand.de.vu) zurückgreifen.●

Jörg Bergstedt

Rechtsextrem – Symbole, Codes, Musik, Gesetze

Rechtsextreme Umtriebe alarmierten im letzten Jahr die österreichische Öffentlichkeit. Wurde die Existenz einer organisierten Neonazi-Szene lang unter den Tisch gekehrt, lässt sich nicht mehr verleugnen: Es gibt sie, auch in Österreich, wobei der massivste schwelende Brandherd in Oberösterreich sein dürfte. Moderne junge Nazis tragen oft keine Springerstiefel und Glatzen mehr, entsprechen immer weniger dem gängigen Bild des gewaltbereiten Skinheads. Sie erkennen sich an Codes und Symbolen, mit denen geschickt das Verbotsgesetz umgangen wird, tragen eigene Markenklamotten wie z.B. Thor Steinar, und werben über verschiedene Musikstile Jugendliche an. Rechtsrock boomt. Der vorliegende Band des Mauthausen Komitees versucht, umfassende und verständliche Informationen zu geben. Bunt und reich bebildert spricht das Buch auch die Augen und Sinne an. Es eröffnet ein trauriges Stück Zeitgeschichte und enttarnt die geheimen Zeichen, die heute als Erkennungsmerkmale für Rechtsextreme dienen. Nicht nur Jugendlichen, auch Jugendverantwortlichen, LehrerInnen und allgemein an der Thematik Interessierten, bietet der Band wertvolle Informationen und vermutlich so manches Aha-Erlebnis. Aufklärung über die rechtliche Situation in Österreich rundet das Werk ab. Was diesem verdienstvollen Buch sicherlich fehlt, sind die Hinweise und Kontaktadressen auf jene zahlreichen NGOs, Organisationen und Netzwerke in Österreich, die Demokratie sichernde und antifaschistische Aufgaben übernommen haben.●

Roman Schweidlenka

Christa Bauer, Willi Mernyi: Rechtsextrem; Symbole, Codes, Musik, Gesetze. Wien, ÖGB Verlag, 2010. 19,80 EUR

Fakten statt Fälschungen

Der moderne Rechtsextremismus arbeitet auf zwei Ebenen: Einerseits mit dem Aufbau kaderartiger Strukturen, andererseits mit einem Populismus, der die wahren antidemokratischen Ziele zumindest teilweise verbirgt. In den Diskussionen werfen rechtsextreme Agitatoren immer wieder Behauptungen unter das Volk, die nicht wahrer werden, wenn sie hunderte Male wiederholt werden. Oft ist es aber schwierig, mit Fakten den populistischen Parolen – von Islamisierung über Überfremdung bis zu Ausländerkriminalität – entgegen zu treten. Das vorliegende Buch darf getrost als Standardratgeber gelten. Kurz und verständlich werden die gängigen rechtsextremen Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt hin analysiert und es bleibt wenig Wahres über. Eine unverzichtbare Hilfe in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien liegt hiermit vor. Interessant, nicht nur für deutsche LeserInnen, ist die kurz und prägnant vorgestellte Entwicklung der NPD und eine Übersicht über jene neonazistischen Symbole und Darstellungen, die in Deutschland verboten sind.●

Roman Schweidlenka

Harald Bergsdorf: Fakten statt Fälschungen. Argumente gegen rechtsextreme Parolen, Olzog Verlag, 14,90 EUR

Anzeige

Thierry Jeantet
Economie Sociale
eine Alternative zum Kapitalismus
ISBN 978-3-940865-10-6
114 S., 16 €

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

Anzeige

319
iz3w
Indépendance Cha Cha – 50 Jahre postkoloniales Afrika
Außerdem: ▸ Rothemden in Thailand ▸ Kolonialles im ZDF ▸ Enttäuschungen in Eritrea ▸ Zentralasien im Grenzkonflikt ...
52 Seiten, € 5.30 + Porto
iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org
iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

PROJEKTE

Selbstverwaltetes Hausprojekt in Süddeutschland / Ravensburg sucht ab sofort und später interess. Projekte und MitbewohnerInnen zum kollektiven Wohnen, (politisch) Arbeiten, bauchlich Gestalten.
Mehr Infos unter: www.pumuck.de
Kontakt: wohnprojekt@pumuck.de

Interessenten für Wohngemeinschaft / Kommune in Konstanz, Bodensee gesucht. Ioana und Thomas Koch, thomas@koch.ro, www.koch.ro, Finkernstraße 11, 8280 Kreuzlingen, CH
☎ +41 71 670 0240

JOBS

Ingenieurkollektiv in Berlin, Bereich Energieeffizienz / erneuerbare Energien sucht **IngenieurIn** (Wärme- / Energietechnik) und Software-EntwicklerIn (Python Programmierung). Ab Sept. / Okt. 2010.
www.energyxperts.net
info@energyxperts.net
☎ (0 30) 221 60 67 59

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb! Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/ MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuetner@niatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289)) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm
E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:
- zusammen leben und arbeiten,
- gemeinsame Ökonomie, Entscheidungsfindung im Konsens,
- gemeinsame Verantwortung füreinander,
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 20.-24.9.2010
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

Gemeinsam leben – gemeinsam pflegen
Unser Tagespflegekollektiv ist Teil der Kommune Niederkaufungen, die es seit 1986 gibt. Zur Zeit leben 60 Erwachsene und 19 Kinder und Jugendliche auf dem Gelände. Unser Ziel ist es, selbstverwaltete Betriebe und Hierarchiefreie Strukturen aufzubauen und zu erhalten.
Wir suchen Menschen, die Lust auf das Arbeiten mit dementiell erkrankten Menschen haben.
Es wäre schön wenn du eine examinierte Pflegekraft bist, das ist aber keine Bedingung.
Dazu findet ein extra Kennenlernwochenende vom **22.-24.10.2010** statt.
Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 3, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 55
E-Mail: info@tagespflege-lossetal.de
www.kommune-niederkaufungen.de

ÖSTERREICH

Hofkollektive umsetzen und leben
Entwicklung gemeinsamer Strategien
Das Wieserhoisl-Hofkollektiv gibt es nun seit mehr als drei Jahren. Da sammeln sich einige Erfahrungen an, aber es entstehen auch laufend neue Fragen. Und so schreiten wir voran und laden euch, HofkollektivistInnen und Leute, die dabei sind solche zu werden, ein, eure Erfahrungen zu teilen. Wir wollen gemeinsam Strategien entwickeln zu Themen wie Zugang zu Land, Hierarchien, Finanzierung, Geschlechterverhältnisse, Mobilität, Kinder im Kollektiv, Motivation, solidarische Ökonomie, usw. Lasst uns unsere Erfahrungen und verrückten Ideen nutzen, um ein Stück weiter an einer Welt zu bauen die wir wollen und diese gemeinsam feiern.
Termin: 23.-26.9.2010
Ort: Wieserhoisl Hofkollektiv, Warnblickweg 32, 8530 Deutschlandsberg, Österreich
Information und Anmeldung
(bis 5.9.):
wieserhoisl@riseup.net oder
☎ +43.(0)3462.26870

TAUSCHRINGE

Bundesarbeitstreffen der Tauschsysteme
Termin: 22.-24.10.2010
Ort: Nordwalde bei Münster
Information & Anmeldung:
www.tauschringe.net/batt_10

AK ANNA

Vom **19. bis 21.11.2010** findet in Bremen im Paradox das Treffen/Tagung »Selbstbestimmte Technikentwicklung und -nutzung« statt. Die gesellschaftliche Entwicklung ist auf das engste mit der Technologieentwicklung verknüpft. Selbstbestimmung setzt insofern voraus, dass wir auch über die Technikentwicklung und -nutzung (mit)bestimmen.
Wo liegen die Probleme und wie ist das umsetzbar?
Infos unter:
www.ak-anna.org/selbstbestimmte_technikentwicklung.html

BUKO

Die Politisierung des Unmöglichen
Es ist offensichtlich, dass die Krise in den Metropolen keine Entsprechung auf der subjektiven Seite hat. Zwar ist überall ein Donnergrollen zu vernehmen. Aber ansonsten geht alles seinen Gang. Offensichtlich ist außerdem, dass ökonomistische Argumentationsfiguren nicht weit genug tragen – insbesondere dann, wenn sie auch noch eine stark nationalstaatliche Schlagseite haben. Ebenso auffällig ist, dass es auch auf theoretischer Ebene und der Ebene des politischen Aktivismus keinen Aufbruch gibt. Gerade in der Sozialforumsbewegung, – aber auch bei ATTAC und anderen Organisationen – ist eher ein Rückgang des Aktivismus festzustellen. Nirgends ein Aufbruch, nirgends ein Versprechen. Der Glaube etwas verändern zu können, ist weitgehend abhanden gekommen. Oder?
Wie ist diese Situation zu denken? Vor allem: Wie ist die Krise anders zu denken? Was sagen uns theoretische Ansätze, die etwas abseits vom Mainstream sind. Weltsystemtheorie (Arrighi, Wallerstein, Amin und Frank), Poststrukturalismus (Deleuze/Guattari, Foucault), Postoperaismus (Negri, Virno) sowie Postmarxismus (Zizek, Badiou, Agamben).
Dies ist u.E. der Rahmen, in dem die Krise heute gedacht werden muss. Können sie in eine produktive Debatte gebracht werden oder ist dies aufgrund ihrer Differenzen illusorisch? Gibt es Fingerzeige aus der Geschichte? Zu denken ist da v.a. an die Konstellation Brecht-BenjaminBataille mit ihren Interventionen im Vorfeld des II. Weltkrieges.
Termin: 11.-12.9.2010
Ort: Nürnberg
Anmeldung: mail@buko.info

VÖÖ

Wirtschaft ohne Wachstum
Die VÖÖ (Vereinigung für ökologische Ökonomie e.V.) steht am Scheideweg: Weiter wie bisher, umgeben von immer mehr Begleitern, die angeblich alle für Nachhaltigkeit sind, oder einen neuen Pfad beschreiten, der anspruchsvoller ist, aber letztlich lohnender zu werden verspricht, weil er die Ursachen für Nachhaltigkeitsdefizite anpeilt? Fast anderthalb Jahrzehnte nach der VÖÖ-Gründung in Heidelberg soll Freiburg das Symbol für Fortsetzung und Neubeginn zugleich werden. Fortsetzung, da keines unserer Ziele in vollem Umfang erreicht, aber ebenso wenig auch obsolet geworden ist. Neubeginn, weil wir unseren Fokus gegen das allenthalben herrschende Wachstumsdogma richten müssen.

Wir beginnen erstmals mit einer prominent besetzten öffentlichen Podiumsdiskussion. Die eigentliche Tagung wird im Forstökonomischen Institut stattfinden. Hier möchten wir dem neuen Pfad einen wichtigen Impuls geben: durch den Entwurf eines VÖÖ-Leitbildes »Wirtschaft ohne Wachstum«. Notwendig ist hierzu die breite Diskussion unter Mitgliedern, Freunden und Interessierten.

Im Vorfeld der Tagung wird der Vorstand den angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Thesenpapier zum Tagungsthema zusenden als Impuls zum Mitdenken, Mitverändern, Mitplanen.

Während der Tagung möchten wir hierzu zwei WorldCafés veranstalten (diese Form des Austausches hat auf unserer letzten Heidelberger Tagung großen Anklang gefunden). Im Plenum sollen dann gemeinsam Konturen des künftigen Einsatzes für eine Wirtschaft ohne Wachstum erarbeiten werden.
Termin: 23.-25.9.2010
Ort: Universität Freiburg
Information und Anmeldung bis 10.9.2010:
www.voevoe.de

KONGRESS

Öffentlichkeit & Demokratie
In welchem Zustand befindet sich die politische Öffentlichkeit in Deutschland und was kann dagegen getan werden? Antworten auf diese Frage sollen Workshops, Diskussionen und Vorträge in 4 Themensträngen finden:
1. Geheimhaltung und Transparenz – Barrieren des Informationszugangs und ihre Überwindung,
2. Politik mit Worten und Bildern – Wie Medien unsere Wahrnehmung beeinflussen,
3. Massenmedien von innen und außen – Gesellschaftlicher Auftrag versus Profit?
4. Öffentlichkeit von unten – Kritische BürgerInnen, Initiativen und soziale Bewegungen mischen sich ein.

Der Kongress soll konkrete Aktionsvorschläge hervorbringen und unterstützen.
Termin: 1.-3.10.2010
Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung und Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin
Mehr:
www.oeffentlichkeit-und-demokratie.de

KULTURFESTIVAL

Vom **17.-19.9.10** findet das 3. autumn leaves-Festival im Ökodorf zwischen Wolfsburg und Salzwedel statt:
Knockin'on heavens door – Musik der Stille und Ekstase. Neben Künstlern verschiedener Kulturen gibt es workshops Landschaftskunst, Meditation, Begegnung und vom **15.-17.9.** eine Kulturwerkstatt zum Festivalthema.
Infos:
www.autumn-leaves.org
E-Mail: info@siebenlinden.de

VERKEHR

Konferenz Auto.Mobil.Krise
Vom **28.10. bis 30.10.2010** findet in Stuttgart die internationale Konferenz Auto.Mobil.Krise. statt.
www.auto-mobil-krise.de/ ist das Blog zur Konferenz.
Hier ist das aktuelle Programm zu finden:
www.auto-mobil-krise.de/files/2010/05/amk-t.pdf

KRISIS

Identitäten und Ideologien in der Krise
Verarbeitungsformen und Tendenzen
Mit Referaten zu folgenden Themen:
- Von »gierigen Bankern« und »faulen Griechen«. Ideologien in der Krise (Ernst Lohoff / Norbert Trenkle, Nürnberg)
- Mit Calvin gegen die Krise. Erosion und Remoralisierung des Leistungsprinzips (Holger Schatz, Freiburg)
- Geschlecht in der Warengesellschaft: Eine Einführung in den Feminismus (Patrick Michaelis, Göttingen)
- Metamorphosen der Homophobie (Georg Klauda, Berlin)
- Finale des Universalismus: Der Islamismus als Krisenideologie der gescheiterten Modernisierung (Karl-Heinz Lewed, Nürnberg)

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Termin: 1.-3.10.2010
Ort: Jugendbildungsstätte Burg Hoheneck, 91472 Ipsheim
Information & Anmeldung:
Krisis e.V., Postfach 81 02 69, 90247 Nürnberg
krisisweb@yahoo.de

STIFTUNG MITARBEIT

Die Zukunft der Bürgerbeteiligung: Herausforderungen – Trends – Methoden
Annähernd 50 Jahre nach dem Start einer gesellschaftlichen Diskussion um mehr »Demokratie von unten« will das »Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie« eine Zwischenbilanz ziehen und fragen, wie es um die kommunale Bürgerbeteiligung in Deutschland derzeit steht. Wo befinden sich Hindernisse, wo Fallstricke und Selbstblockaden? Worin liegt aber auch die originäre Kraft der Bürgerbeteiligung, die Chancen eröffnet, Gesellschaft und Zukunft zu gestalten?
Expert/innen aus Bürgergesellschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft werden zusammen mit den Teilnehmer/ innen darüber debattieren, welche Wege der Beteiligung in den nächsten Jahren beschritten, verbreitert oder völlig neu angelegt werden müssen.
Im Einzelnen wird gefragt, in welcher Weise Bürger/innen in (gesellschafts-) politischen Themenfeldern wie Klimaschutz und Integration einbezogen werden und welche Zukunftsperspektiven sich hieraus ergeben. Die Veränderung von Methoden und Themen der Beteiligung werden ebenso wie künftige Einsatzfelder in den Blick genommen. Hierzu werden innovative Ansätze wie »Aktive Bürgerbeteiligung für Menschen mit geistiger Behinderung«, »Partizipationsräume von und für Jugendliche« oder die Münchner »Carrotmobs« diskutiert.
Schließlich bieten umfassende Strategieansätze zur »Vitalisierung der Demokratie « von Roland Roth und zur »Solidarkommune « von Carsten Herzberg sowie der Beitrag von Brigitte Reiser zu den »Perspektiven der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene« Anlass zu Diskussionen über weitere Entwicklungschancen (der Beteiligung in) unserer Gesellschaft.
Das »Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie« wendet sich an Interessierte aus Bürgergesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die eine bürgernahe, kommunale Demokratie mitgestalten wollen. Es wird zum 15. Mal von der Ev. Akademie Loccum und der Stiftung MITARBEIT veranstaltet.
Termin: 24.-26.9.2010
Ort: Evangelische Akademie Loccum
Anmeldung: siehe unten

Bundestagung Freiwilligenagenturen
Die Bundestagung ist ein wichtiges Forum der Freiwilligenagenturen, -börsen und -zentren, bei dem jeweils ein Thema im Mittelpunkt steht, das für die Arbeit der Freiwilligenagenturen aktuell relevant ist. Die Tagung wird durch zahlreiche praxisnahe Workshops mit Best Practise Beispielen geprägt, die von Mitarbeiter/ innen aus den Freiwilligenagenturen gestaltet werden. Die Vielfalt der Workshops ermöglicht es, den unterschiedlichen Profilen und Arbeitsbereichen der Einrichtungen wie auch den Fragestellungen von neuen und erfahrenen, von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/ innen gerecht zu werden. Zum Auftakt der Tagung wird der Innovationspreis für Freiwilligenagenturen verliehen, den die Stiftung Apfelbaum und die Deutsche Bank stiften.
Die Bundestagung ist eine Kooperation der Bundesarbeitgemeinschaft Freiwilligenagenturen (bagfa) und der Stiftung MITARBEIT. Sie findet 2010 zum 15. Mal statt.
Termin: 3.-5.11.2010, Essen
Anmeldung: siehe unten

Workshop »Arbeit im Verein«
Vereinsgründung, Vereinsentwicklung, Vereinsrecht
Immer mehr Initiativen und Projekte sind darauf angewiesen, sich rechtlich verbindliche Grundlagen und klare Organisationsstrukturen zu geben. Gründe sind beispielsweise veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen oder der Zwang zu unkonventionellen Finanzierungsund Fundraising-Aktivitäten. Der Workshop soll kleinere Initiativen, Projekte und Non-Profit-Organisationen dabei unterstützen, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen bei einer Vereinsgründung zu gestalten und die Vereinsorganisation prozessorientiert weiterzuentwickeln. Dabei sollen
- Kerninformationen zu den einschlägigen Grundlagen des Vereins-, Steuerund (vereinsbezogenen) Arbeitsrechts vermittelt werden;
- die Teilnehmer/innen bei der Ausarbeitung und Formulierung einer Satzung unterstützt und beraten werden;
- die Wege zur Vereinsgründung in allen (vereins-, steuer- und organisationsrechtlichen) Facetten erarbeitet werden;
- die Wege der internen Organisationsentwicklung in der Startphase ausführlich diskutiert und
- Hilfsmittel und Informationen zur ständigen (Selbst-)Überprüfung dieses Prozesses an die Hand gegeben werden.

Termin: 5.-7.11.2010, Mühlhausen, Thüringen
Information & Anmeldung:
Stiftung Mitarbeit, Bundesgeschäftsstelle, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
☎ (02 28) 6 04 24-0, Fax 6 04 24-22
E-Mail: info@mitarbeit.de

MEDIEN

Digitale Fotografie
Bitte wenn möglich Kamera mitbringen! Wie fotografiere ich Menschen für die Zeitung oder das Internet? Wie wird das Foto von der Rede, von der Veranstaltung spannend? Sibylle Christlein zeigt, worauf man bei der Arbeit mit der Digicam achten sollte und gibt Tipps fürs Fotografieren.
Termin: 9./10.10.2010
Ort: Journalistenakademie, München

Bildbearbeitung mit Photoshop
Politische Kommunikation lebt von Bildern. Mit Photoshop von Adobe können Sie Bilder professionell scannen und bearbeiten - für Druckwerke wie fürs Internet. Photoshop bietet hervorragende Möglichkeiten zur Retusche und Bildbearbeitung.
Weitere Stichpunkte: Dateiformate, Imund Export, Systemkalibrierung, Ebenen, Filter, Kanäle, Pfade, Masken und Farbbehandlung.
Termin: 13./14.11.2010
Ort: Journalistenakademie, München
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik, Oberanger 38/1, 80331 München
☎ (0 89) 26 09 06, Fax -07
E-Mail: bsp@baysem.de

BERLIN

Waldorf trifft Özge, Sercan und Ysuf
Vom Abenteuer einer freien interkulturellen Schule
Dr. Albert Schmelzer, Dozent an der Freien Hochschule Mannheim, spricht im Sozialwissenschaftlichen Forum Berlin über die Praxis der ersten interkulturellen Waldorfschule und die gesellschaftlichen Bedingungen eines freien Bildungswesens.
Das deutsche Schulsystem ist Meister im Ausgrenzen: Der Bildungserfolg hängt weitgehend ab vom sozialen Status der Eltern, immer noch verlassen doppelt so viele Jugendliche mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss wie deutsche Schülerinnen und Schüler, nämlich 20% bei den Jungen. Die Folgen liegen auf der Hand: eine höhere Arbeitslosenquote, Perspektivlosigkeit, Anfälligkeit für Kriminalität. Die freie interkulturelle Waldorfschule Mannheim-Neckarstadt versucht Alternativen zu einem solchen Szenario zu entwickeln. Zentrale Elemente ihres Konzepts: soziale und kulturelle Heterogenität der Schülerschaft, ein internationales Lehrerkollegium, Verzicht auf Selektion, Ganztagsschule als Lebensraum, künstlerische Sprachförderung und Begegnungssprachen, eine Pädagogik der Anerkennung und Achtsamkeit.
Das große Problem: die Finanzierung der Schule. Denn viele Eltern können das eigentlich notwendige Schulgeld nicht bezahlen. Damit stellt sich die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen für die Möglichkeit pädagogischer Innovationen...
Im Anschluss an den Vortrag hat jeder Besucher der Veranstaltung die Möglichkeit, seine Arbeit oder seine Initiative vorzustellen. So kann sichtbar werden, wer was kann oder braucht, und mit wem man vor dem Hintergrund der neugewonnenen Erkenntnisse Gespräche über ein gemeinsames Projekt führen möchte.
Termin: 9.10.2010, 16 Uhr
Eintritt frei, Spenden erbeten.
Kontakt:
Bewegung für soziale Dreigliederung e.V., Sylvain Coiplet
☎ (0 30) 26 30 52 02
E-Mail: info@dreigliederung-berlin.org
Ort: Freie Waldorfschule Berlin-Mitte, Weinmeisterstraße 16, 10178 Berlin

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.